Heft 7 Juli 1988 6,- DM C 4143 E

# Konkret

Politik & Kultur

- Das Streitgespräch: Wen seift Gorbatschow ein?
- Dank an Nancy Reagan
- Grüne ohne Zukunft
- Das Lettre-Geschwätz und die »taz«
- Theologie der Befreiung
- Landung auf der Startbahn
- SPD zum 125.

# in konkret Juli 1988

## Von Konkret

## An Konkret

**Newthink und Adabei** von Hermann L. Gremliza

**Yuppie ayeah!** von Thomas Ebermann; Rainer Trampert

Die politischen Fronten innerhalb der Grünen sind geklärt, eine Verständigung der streitenden Fraktionen ist nicht mehr möglich: Nachdem im Frühjahr die Realos ihr Plädoyer für einen »ökologischen Kapitalismus« vorgelegt haben und die »strömungsübergreifende Mitte« sich in der Leugnung innerparteilicher Widersprüche versuchte, melden sich nun auch die Linken in den Grünen zu Wort: Sie sehen die Partei vor der Spaltung

**Runter kommen sie immer** von Oliver Tolmein; Detlef zum Winkel

Seit neun Monaten mühen sich polizeiliche Sonderkommissionen und Bundesanwaltschaft, die Polizistenmorde an der Frankfurter Startbahn l8 West aufzuklären. Obwohl sie dabei keineswegs zimperlich sind, konnten sie bislang den Tatvorwurf gegen die Hauptbeschuldigten nicht erhärten. Dafür ist es ihnen gelungen, den Widerstand gegen den Flughafenausbau gründlich zu demoralisieren. Statt gegen die neuen Pläne zum Bau einer weiteren Piste zu mobilisieren, ist die militante Rhein-Main-Szene damit beschäftigt, ihre Wunden zu lecken

**Kurzer Lehrgang** von Georg Fülberth

125 Jahre deutsche Sozialdemokratie, ein Festakt im Reichstag, eine Festrede des Genossen Jenninger (CDU), ein Festgast Dregger und eine Festhymne, die das Wasser weicht wie Somat (nicht zu verwechseln mit Diamat). Da will sich auch KONKRET nicht lange bitten lassen und ein kleines Sträußchen abgeben: For it’s a jolly good party...

**Ein Blatt wie Pech & Schwafel** von Wiglaf Droste

Mehr Bürokratie wagen! – Auf einem »nationalen Plenum« Ende Mai beschloß die große Mehrheit der »taz«Angestellten, daß die »linke, radikale tageszeitung« in Zukunft von einer sechsköpfigen Führungsclique mit »Weisungsbefugnis« und »Vetorecht« geleitet wird. Weizsäckers Lieblingsalternative räumen auf

**Spring-Gene auf dem Acker** von Mathias Erb-Sommer

Der erste bundesdeutsche Freilandversuch mit manipulierten Genen wird am Kölner Max-Planck-lnstitut durchgeführt. Versuchsobjekt der Gentechniker ist die harmlose südbrasilianische Pflanze Petunia. Damit die Premiere nicht platzt, bemüht sich auch die Polizei um das Gelingen des »anschlagsrelevanten« Experimentes. Denn weitere, weniger harmlose Versuche mit manipulierten Genen sollen demnächst in freier Natur durchgeführt werden

## Nachrichten

**Eine feste Mark...** von Manfred Asendorf

Währungsreform 1940 - ein Datum für zwei Geschichten: einer offiziellen, die den vierzigjährigen Siegeszug der Deutschen Mark feiert; und eine verschwiegene Geschichte, die davon handelt, wie sich das deutsche Kapital von den Kosten seines verlorenen Krieges befreite und wer ihm dabei half: Wissenschaftler, Sozialdemokraten und Gewerkschafter

**Das allergrößte Projekt seit Christi Geburt** von Karl-Heinz Hansen

210 Milliarden Mark in 30 Minuten – der Verteidigungsausschuß des Bonner Bundestags hat einen neuen Weltrekord aufgestellt: In einer halben Stunde

besiegelten die wehrhaften Volksvertreter am 4. Mai 1988 Entwicklung, Bau und Folgekosten des teuersten Militärflugzeugs aller Zeiten. Die »kritische Öffentlichkeit« beschäftigte sich gerade mit der Wahl in Schleswig-Holstein, dem letzten Stadium des »Barschel/Pfeiffer-Skandals«

**Konkret-Streitgespräch»Neues Denken« - Was will der Generalsekretär der KPdSU?** von Anatoli Blinow; Rainer Trampert; Georg Fülberth; Günter Amendt; Hermann L. Gremliza

Unsicherheit in West und Ost, links und rechts: Wohin führt die Perestroika? Zum Streitgespräch in der KONKRET-Redaktion: Anatoli Blinow, Vize-Chefredakteur von »Sowjetunion heute«; Rainer Trampert, früherer Bundesvorsitzender der Grünen, jetzt Mitarbeiter der grünen Bundestagsfraktion; Georg Fülberth, Politik-Professor an der Universität Marburg; Günter Amendt, Soziologe, Kommunist und KONKRET-Autor

**Europa rein - Türken raus** von Thomas Neumann

In der »taz« gab es anfangs Meinungsverscbiedenheiten über die Herausgabe einer deutschsprachigen Variation der in Paris erscheinenden europäischen Kulturzeitschrift »Lettre International«. Sie sind bereinigt. Der paneuropäische Flügel der Redaktion hat gewonnen; die Peinlichkeit ist nicht zu revidieren

**Harald und Eddi** von Diedrich Diederichsen

**Aus dem Tollhaus III** von Wolfgang Schneider

Weltweit sind Religionsgemeinschaften auf dem Vormarsch. Auch die bundesdeutsche Linke wird grad fromm und schwärmt im Zeichen des 'Neuen Denkens' von einem »christlich-marxistischen Dialog«, der sich bei näherem Hinsehen jedoch als innertheologisches Selbstgespräch entpuppt

**ich habe gelesen** von Andreas Herzau

**oebsö+3!4%"öl+ resp § § §** von Franz Lerchenmüller

Als ausgerechnet zu Pfingsten in Hannover ein »interdisziplinärer, interreligiöser und interkultureller« Kongreß namens »Geist & Natur« stattfand, der für 840 Mark Teilnahmegebühr zu einem neuen Verständnis des Menschen von der Natur und seiner Stellung in der Natur« verhelfen und den »Dialog zwischen östlicher und westlicher Welterfahrung«, aufnehmen wollte, gab's unter bundesdeutschen Intellektuellen kein Halten mehr. Ungezählte fühlten sich berufen – auserwählt wurde Franz Lerchenmüller, der Kollege B. und ein älteres Computer-Modell

**Danke, Nancy** von Stephi Minimalrappe

**Musikplaudertasche** von Eckhard Henscheid; Jens Thierfelder

**Polen hätt’ste erschießen sollen** von Walter Boehlich

Schon kurze Zeit nach 1945 erlahmte der Eifer deutscher Gerichte, Verbrechen, die während der Nazizeit verübt wurden, zu verurteilen. Die Integration der großen und kleinen Braunen war viel zu wichtig. Damit eine Verurteilung nicht möglich wurde, half jeder jedem. Ärzte den Ärzten, Juristen den Juristen, Militärs den Militärs. Der Bundestag tat ein Übriges und half mit entsprechenden Gesetzen nach.

**Affäre Aldo Moro** von Dietrich Kuhlbrodt

Aldo Moro, Parteipräsident der Democrazia Christiana, wird am 16. März 1978 von den Roten Brigaden entführt. Am 9. Mai wird er erschossen aufgefunden – in einer Seitenstraße Roms, die die Zentralen der kommunistischen und christ-demokratischen Parteien verbindet. Der Tod Moros beendet den Versuch eines historischen Kompromisses zwischen diesen beiden Parteien. Zehn Jahre später hat Giuseppe Ferrara über diese 55 Tage andauernde Entführung einen Film gedreht, einen dramatischen Krimi, der Authentisches und Erfundenes vermengt und den Politiker Moro zum einsamen, gütigen Menschen macht, der von den wilden,

instrumentalisierten Brigadisten gefangengehalten wird. Eine zugerichtete Geschichte, die niemandem weh tut

**Piwitts kleines Feuilleton** von Hermann Peter Piwitt

**Tomayers ehrliches Tagebuch** von Horst Tomayer

**Gremlizas Express** von Hermann L. Gremliza

Konkret 07/88, S. 4

# Von Konkret

Universität Wien, Hörsaal 33, am 27. Mai um 20 Uhr: KONKRET-Herausgeber Gremliza liest auf Einladung der Hochschülerschaft und des Literarischen Quartiers Alte Schmiede aus eigenen Schriften. Als die Zuhörer um 21.45 Uhr auf Befragen erklären, sie hätten immer noch nicht genug, folgt die Rede zur Verleihung des Karl Kraus-Preises 1987. Daran anschließend (unkommentiert) der Vortrag der Erklärung

*Solidarität mit Günter Wallraff*

*Wir verwahren uns gegen den Versuch eines Rufmordjournalismus, einen unbequemen Autor, der bisher durch Prozesse und Medienkampagnen nicht mundtot zu machen war, durch Diffamierung zum Schweigen zu bringen. Wir schätzen die über 20jährige aufklärerische Arbeit von Günter Wallraff, der unter Einsatz seiner Existenz ein unverwechselbares Werk hervorgebracht hat.*

Und sodann, bei wachsender Heiterkeit des Publikums, die Aufführung aller Persönlichkeiten, die selbstlos und die existenzvernichtende Macht des Preisverleihers nicht fürchtend ihre Namen unter den Aufruf gesetzt hatten – von Franz Alt, Rene Böll, Engelmann, Grass, von der Grün, Freimut Duve über Rühmkorf, Staeck, Biermann, Kelly, Bastian bis Alexander Kluge und Werner Höfer. Zum Schluß meldete sich ein einsamer Rufer, der den Namen Gremliza in der Liste vermißt haben muß, mit dem Aufschrei: »Du unsolidarisches Oarschloch!«

Das wollte sich der Redner nicht zweimal sagen lassen, und als wenige Tage später die schockierende Nachricht die Runde machte, der Rowohlt-Verlag habe dem Herausgeber der revolutionären Taschenbuchreihe »rororo-aktuell«, dem SPD-Bundestagsabgeordneten Freimut (statt Sozialismus) Duve gekündigt, verschickte KONKRET ein Fernschreiben an diverse fortschrittliche Blätter:

*Solidarität mit Freimut Duve*

*Wir verwahren uns gegen den Versuch einer Verlegerwillkür, einen unbequemen Herausgeber, der bisher durch Angriffe und Kampagnen nicht mundtot zu machen war, durch eine unbegründete Kündigung zum Schweigen zu bringen . Wir schätzen die über 18jährige aufklärerische Arbeit von Freimut Duve, der unter Einsatz seiner großen Fähigkeiten eine unverwechselbare Buchreihe hervorgebracht hat.*

*gez.:Heinz-Ludwig Arnold, Thorsten Becker, Manfred Bissinger, Rene Böll, Bernt Engelmann, Rob van Gennep, Günter Grass, Max von der Grün, Karl Heinz Hansen, Peter Härtling, Gerd Heidenreich, Uwe Heittamp, Paul Kersten, Jürgen Manthey, Peter Rühmkorf, Klaus Staeck, Klaus Wagenbach, Franz Alt, Jürgen Alberts, Günter Herburger, Uwe Timm, Dieter Wellershoff, Freimut Duve, Georg Stefan Troller, Hannelore Gaddatsch, Franz Greno, Eckart Spoo, Reinhold Neven DuMont, Peter Turrini, F.C. Delius, Michael Schneider, Ingrid Krüger, Johano Strasser, Theo und Amalie Pinkus, Gerhard Steidl, Prof. Hans Mayer, Prof. Eberhard Richter, Helmut Gollwitzer, Wolf Biermann, Petra Kelly, Gert Bastian, Herbert Achternbusch, Dieter Hildebrandt, Oskar Negt, Dieter Brumm, Peggy Parnass, Erika Runge, Klaus Pierwoss, Jürgen Flimm, Alexander Kluge, Werner Höfer.*

Ein Redakteur der »Hamburger Morgenpost« fragte nach, wieso auch Duve zur Solidarität mit Duve aufrufe, aber es dauerte doch gut zehn Minuten, bis er verstanden hatte und das Solidaritätsopfer um einen Kommentar bitten konnte: »Zynisch«, sagte Duve, und »würdelos« sei diese Aktion. Noch niedlicher reagierte die Rowohlt-Autorin und »taz«-Redakteurin Ute Scheub, die vorschlug, Gremliza »endlich den Konrad Kujau-Preis für die plumpeste Fälschung« zu verleihen: »Wie einsam muß dem KONKRET-König ohne Königreich ums Herz sein, daß er sich in Personalunion zum eigenen Hofnarren macht. Deshalb gibt es nur eine Chance, derlei Spielchen in Zukunft zu verhindern: Liebt Gremliza!«

Auf erotische Belästigung – hier: durch Scheublettengeschwätz beim Betriebsnudelauflauf – stehen fünf Zwangsbesuche bei den Wewelsflether Gesprächen mit Björn Engholm, ohne Bewährung. Mit der Liebe aber verhält es sich so, daß der Einfall nicht neu ist und noch keinem genutzt hat. Dabei wäre es doch so leicht, »derlei Spielchen in Zukunft zu verhindern«: Wenn die bekannten Persönlichkeiten es unterließen, ihre Namen unter Schriftstücke zu setzen, welche ein Wort, das der Unterstützung an Leib und Leben Bedrohter zu gelten hätte, zum Schutz vor Literaturkritik oder zur Abwehr eines Karriereknicks mißbrauchen: Solidarität. Sonst wird man, wann immer eine Solidaritätserklärung mit Grass, Bastian, Alt oder Höfer übern Ticker läuft, nie mehr wissen, ob sie nicht doch vom König ohne Reich ist oder vom Kujau.

Der Versuch, den in KONKRET 5/88 erschienenen Aufruf zur Solidarität mit Ulla Penselin und Ingrid Strobl in der »Frankfurter Rundschau« unterzubringen, ist gescheitert. Auch 9.571,51 Mark für die geplante viertelseitige Annonce haben den Anzeigenleiter der linksliberalsten Tageszeitung, W. Isenbügel, nicht überzeugt: »Die Worte 'Einschüchterung und Kriminalisierung' können wir nicht veröffentlichen.«

Konkret 07/88, S. 6

# An Konkret

Schaurig-Schön

**KONKRET 6/88 »Peter Weiss lesen! Jetzt!« von Franz Lerchenmüller**

Daß Schönes, Wahres, Gutes zusammengehöre, ist eine erzhumanistische Lüge, von der sich die Linken bisher nicht trennen wollten. Auch F. Lerchenmüller nicht. Wenn man sich ernsthaft vorgenommen hat, den Kapitalismus abzuschaffen, dann kümmert man sich um richtige Erkenntnisse über ihn, bringt diese unter die Leute und bereitet die weiteren Schritte vor. So geht Kommunismus.

Peter Weiss hatte mit sowas Praktischem nichts im Sinn. Er war an einer Kritik des Kapitalismus nur insoweit interessiert, als diese ein gutes Material für seine »Ästhetik des Widerstands« abgab. Er widmete sich lieber dem (schaurig-)schönen Schein und gab dabei eine ganze Reihe von Geschmacksurteilen ab.

Soll sich doch ein Lerchenmüller dran erbauen – zu was anderem taugt es eh nichts .

*Karl Engel, Hamburg*

Es gibt ihn, den Lesezirkel »Die Ästhetik des Widerstands« von Peter Weiss. Weil ein gemeinsames Lesen nicht nur hilft fundierter zu lesen, sondern auch unterschiedliche Gesichtspunkte eröffnet.

Richtig: Beim Besprechen einzelner Kapitel wird Klassenkampf direkt vom Arbeitsplatz in die »Studierstube« getragen; erhitzen sich auch schon einmal die Gemüter. Dieses Buch ist auch für Heute geschrieben. Wie politische Fehler auch Heute umgangen werden könnten, dafür gibt es Denk- und Handlungshinweise in Hülle und Fülle. »Die Ästhetik des Widerstands« erleben und von anderen dabei lernen, besser als in einem Zirkel geht es nicht.

*Karl-Hermann Kuhlmann, Hafenarbeiter-Rentner, Hamburg*

*Rausgeflogen*

**KONKRET 5/88 »Von oben für unten«, Georg Fülberth über den Historiker Heinrich August Winkler**

In KONKRET 5/1988 erzählte ich, daß in Dänemark eine Liste der Seeleute-Gewerkschaft über die Zwei-Prozent-Grenze und damit ins Parlament kam. Das war einmal. Nach Redaktions-Schluß von KONKRET war die neueste Wahl zum Folketing, und jetzt erreichten die Seeleute nur noch 1,9 bis 1,95 Prozent und flogen raus. Dies ist der einzige Teil meines Artikels, der nicht mehr aktuell ist. KONKRET ist halt – leider – keine Tageszeitung.

*Georg Fülberth, Marburg*

*Verschämt*

**KONKRET 6/88 »Von der Meuse bis an den Njemen« Klaus Dede über die Nationalhymne**

Eine kleine Ergänzung zur Lüge von Langemarck.

Im »Volksbuch vom Großen Krieg«, das die KPD 1929 herausgegeben hat, befindet sich der Bericht eines Soldaten, der damals in Langemarck dabei war. An dem bewußten 11. November 1914 hatten, so erzählt er, die deutschen Artilleristen ihre Geschütze schlecht eingestellt und feuerten ihre Granaten etwas zu kurz, mitten in die vorne liegenden deutschen Infanteristen hinein. Diese versuchten verzweifelt, sich als Deutsche bemerkbar zu machen, und stimmten zu diesem Zweck schließlich das »Lied der Deutschen« an. Am nächsten Tag entstand jene berühmt gewordene OHL-Meldung von den deutsch singenden und stürmenden »jungen Regimentern«. Knopp und Kuhn bestätigen diese Version, wenn sie etwas verschämt schreiben, das »Lied der Deutschen« sei bei Langemarck »als Erkennungssignal« gesungen worden.

*Jens Jürgen Korff, Köln*

*Schöne neue Welt*

**KONKRET 6/88 »Menschenzucht und Bioethik« von Ludger Weß**

Lieber Hermann Gremliza, lieber Ludger Weß,

herzlichen Dank und Anerkennung für den hervorragenden Beitrag über Tierversuche an Menschen.

Es wird höchste Zeit, daß gerade Linke und Alternative ihren vielfach völlig unkritischen und oft sogar von blinden Fortschrittsträumen geprägten Irrglauben an dem angeblichen Segen der Tierexperimente gründlich hinterfragen. Schon die illegalen Menschenversuche in Krankenhäusern, Altersheimen sowie psychiatrischen Kliniken und erst recht die sogenannte Embryonenforschung zeigen, wohin die Reise jedesmal geht: Was immer den Tieren geschieht, geschieht früher oder später auch uns Menschen. Wir sind die eigentlichen Versuchskaninchen von Wissenschaft und Industrie, ob wir es wahrhaben wollen oder nicht. An Tieren werden die jeweiligen Techniken eingeübt und die natürliche Hemmschwelle abgebaut. Von der Maus zum Menschen ist es dann immer wieder nur ein Katzensprung!

*llja Weiss Bundesverband der Tierversuchsgegner e. V., Beirat, Bonn*

*Reziproker Genitiv*

**KONKRET 6/88: »Gremlizas Express«**

Lieber Hermann,

dein letztes Wort im Express 6/88 heißt Schafseggel. Gestern früh war ich noch, mit meiner Tochter, auf dem Bopster, woher du, glaube ich, stammst. Der Bopster wird anders geschrieben als er dort gesprochen wird. Inzwischen sieht er auch anders aus. Es muß, ich bin mir sicher, Schafsseckel heißen analog Granatenseckel, Sauseckel, Arschlochseckel o.ä., denn der Seckel ist kein Segel, sondern Anhängsel des Sacks, deshalb benötigt er mitunter einen reziproken Genitiv.

*Günter Herburger, München*

*Religionsgeschädigt*

**KONKRET 6/88: »Aus dem Tollhaus II« von Wolfgang Schneider**

Soweit Ihre Ausführungen über antiklerikale »Sekten« die Marxistisch-Reichistische Initiative und deren Ableger betreffen, decken sich meine Bewertungen und Informationen durchaus mit denen des Autors.

Ihre Bewertung der übrigen Vereinigungen von Konfessionslosen respektiere ich, kann sie aber nicht überall teilen. Mit dem Begriff der 'Sekte' wird üblicherweise nicht nur eine geringe Mitgliederzahl, sondern auch ein geschlossenes Weltbild mit einer absoluten »Wahrheit« und eine hierarchische Führerstruktur verbunden. Hier trifft allenfalls die erstgenannte Voraussetzung zu. Und auch die Einstufung der Mitglieder als religionsgeschädigte Opfer des Christentums ist zu einseitig. Können Sie sich nicht vorstellen, daß Ungetaufte ganz einfach nur die Interessen von Konfessionslosen wahrnehmen und für eine weltanschaulich neutralere Gesellschaft eintreten wollen? Da halte ich Herrn Gremliza mit seinen treffenden, aber z. T. auch polemischen antikirchlichen Kommentaren schon weit eher für religionsgeschädigt .

*Gerhard Rampp, Bund für Geistesfreiheit, Augsburg*

Zunächst möchten wir uns dem Urteil Wolfgang Schneiders über die Freiburger Bunte Liste, MRI, INL und Ableger wie die Initiative Birgit Römermanns voll und ganz anschließen. Insbesondere bei den Freiburgern handelt es sich um Gruppen mit totalitärem Politikverständnis und ebensolchen Inhalten (s. z. B. die Forderung nach einem Aids-Zwangstest incl. Tätowierung), die zudem sektenspezifische Merkmale wie Realitätsverlust, Gruppengurus und Sendungsbewußtsein aufweisen. Es ist jedoch falsch – und zeugt von mangelnder Recherche – , den Internationalen Bund der Konfessionslosen und Atheisten (IBKA), den Bund der Atheist/inn/en und Confessionslosen (BAC) und das Ludwig Quidde Forum, mit Bezeichnungen wie »Sekten« und Adjektiven wie »meschugge«, in einen Topf mit den Freiburgern zu werfen.

Wir möchten uns gegen die o.g. Charakterisierungen und gegen Gleichsetzungen mit Gruppen wie den Freiburgern oder der AAO verwahren, und Wolfgang Schneider zu einem klärenden Gespräch mit dem BAC einladen.

*Rainer Holtmann, Thomas Oelschläger, Münster*

*Organisationskollektiv »2. Münsteraner Woche des Unglaubens« (Anarchistisch-Libertäre Initiative (ALibl), Uni-AStA, Uni-GAL, Bund der Atheist/inn/en und Confessionslosen (BAC)*

Mit nicht geringem Vergnügen habe ich Euren Beitrag über die antiklerikalen Sekten in der letzten KONKRET gelesen. Leider habt ihr bei dieser Gelegenheit das Bildungswerk *Lud wig-Quidde-Forum* als »Freigeister-Zirkel« apostrophiert. Das ist faktisch falsch. Das *LQF* ist seinerzeit von zahlreichen JungdemokratInnen und anderen RadikaldemokratInnen

gegründet worden und arbeitet eng mit dem Landesverband NRW der Jusos zusammen. Die AG für die Trennung von Kirche und Staat übrigens ist ein Arbeitskreis, in dem neben dem IBKA auch die Deutschen JungdemokratInnen und die Humanistische Union mitarbeiten. Man kann sich zwar mit guten Gründen über die Effizienz und Relevanz dieses Gremiums lustig machen, es aber im Kontext mit der MRI-Berichterstattung unterzubringen, erscheint mir doch etwas daneben.

*Udo Schüklenk, Waltrop*

Konkret 07/88, S 8

**Hermann L. Gremliza**

# Newthink und Adabei

Im Westen viel Neues: Wer vor knapp einem Jahrzehnt noch die »Fackel« nachdruckte, vertreibt heute Kräuterbüchlein; wer auf den Straßen Frankfurts die Garden des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten angriff, erwägt den Übertritt zur großen Volkspartei; wer aus der Nato austreten wollte, will sie nun doch lieber stärken; wer eine »linksradikale Tageszeitung« gründete, verfaßt Abmahnungen aufsässiger Redakteure; wer über Otto von Habsburg lachte, beschwört den Geist Mitteleuropas; wer auf Umweltpapier Demonstrationstermine ankündigte, schmeckt jetzt – auf Glanzkacke – die örtliche Gastronomie ab; wer für die Ideen Bakunins stritt, sitzt in der Lokalredaktion des Boulevardblatts; wer dagegen war, ist dafür.

So lustig es nun wäre, die handelnden Personen des Verrats zu überführen und in jedem einzelnen Fall jenen biographischen Wendepunkt zu bestimmen, an dem das veränderte Sein die neue Bewußtlosigkeit erzeugte – es hieße die Bedeutung dieses Personals zu überschätzen: Wenn es schon nicht Männer sind, die die Geschichte machen, wie sollten es die Jungs sein, (die zwar ziemlich alt, aber nie erwachsen geworden sind)? Geschichte ist eine Geschichte der Klassenkämpfe, auch dann, wenn keine stattfinden.

Paradox? Daß es die Klassen gibt, ist am Geplänkel zwischen ihnen ablesbar oder an Stoltenbergs Steuerreform: Wer so gut wie nichts, nichts oder weniger als nichts bekommt, gehört zur einen, wer den größten Teil dessen kriegt, was den Millionen abgenommen wird, gehört zur andern. Aber ein Bewußtsein von dieser Lage gibt es (bei den Beherrschten) nicht und darum auch keine Kämpfe. So blieben die Söhne und Töchter des Klein-, Mittel- und Großbürgertums, die ein schlechtes Gewissen in den Jahren vor dem Eintritt ins väterliche Geschäft, vor der Festanstellung, Verbeamtung oder Einheirat an die Seite der Unterdrückten zwang, mit ihrer Sehnsucht allein: Klassenkämpfer ohne kämpfende Klasse, allenfalls verwiesen auf Asiaten und Neger, die doch nicht auf einen hören. Da mochte einer Maos Sprüche auswendig gelernt und Lenins Schriften noch so sehr gebüffelt haben – irgendwann würde er sich doch die Frage stellen, ob es denn lohne, auf Auto, Appartement und Karriere zugunsten einer Klasse zu verzichten, die nach nichts anderem strebt.

Wer mit 20 nicht Kommunist sei, habe kein Herz, wer es mit 40 noch sei, habe keinen Verstand: Mit diesem Bonmot versuchen ältere Schäker (und andere Hofdichter) seit jeher dem Nachwuchs über die mit dem Verrat verbundenen Gewissensstrapazen zu helfen. Auch die Studentenbewegung wurde sofort und nachdrücklich zum Generationskonflikt erklärt, was ja – abgesehen von den psychoanalytischen Allotria, zu denen der Begriff einlud – nichts anderes bedeutete denn eine als Prognose verkleidete Propaganda, nach dem Erwerb der Hochschulreife ins ordentliche Leben zurückzukehren. Links können und dürfen Bourgeois nur sein, solange und wo sie keine »Verantwortung tragen«: in der Opposition, im Feuilleton, in der Jugend. (Ist der Umkehrschluß erlaubt, daß eine linke Bewegung, an der nur Jugendliche sich beteiligen, eine bürgerliche Bewegung ist? Und gilt das nicht auch dann, wenn sich proletarische Jugendliche daran beteiligen, die sich ja trotz allem in einer besonderen, privilegierten, weil dem »Ernst des Lebens« noch nicht gänzlich ausgesetzten Phase ihrer Biographie befinden?)

Die Kids kamen also zu Verstand und entschlossen sich zum »adabei«. (»Adabei«, zu deutsch: auch dabei, ist die Spitzmarke, unter der der Kolumnist einer Wiener Boulevardzeitung seinen Gesellschaftsklatsch absondert, und zugleich die sprachlich knappste Form der Denunziation eines Bürgerdrangs.) Daran wäre, abgesehen vom offenkundig Miesen, das in jedem Verrat steckt, nichts weiter Schlimmes, wenn die Renegaten sich zu diesem »adabei« und ihren Motiven bekennten, nach der Melodie »Ich geb Gas, ich will Spaß«. Ein allzu unfrommer Wunsch. Denn nichts ist dem Bürger, und gar dem deutschen, so eigen, als daß er Treue zwar nicht halten, aber zeigen kann, die ihm beides ist: ein leerer wie ein Lehrer-Wahn. Keine Schufterei ohne die Anrufung von Idealen und die pädagogische Mühe ihrer Verbreitung.

Und so wird, was nichts ist als die Entscheidung zum »adabei«, zur theoretischen Innovation, zum Tabubruch, zur Wiederentdeckung des Mystischen, zur Erlösung der Natur, zur nationalen Frage von links, zum Aufbruch des europäischen Geistes, zur Pflege der politischen Kultur, zum Lobe des konsumfreundlichen Citoyen und zum Sturm auf die Bastille des Ladenschlußgesetzes. Nur schade, daß der Sammelbegriff für derlei Schmonzetten einem anderen eingefallen ist: »Neues Denken«; man hätte auch mit »Newthink« vorliebgenommen .

Als genügte es nicht, die Proleten und die anderen Neger, für die man mit 20 ein Herz hatte, mit 40 der Einsicht in die Notwendigkeit des persönlichen Vorankommens zu opfern – nein: man muß sie auch noch vergackeiern (oder, wie man das früher nannte: sie missionieren): der eine, der schon Senator geworden ist, nennt's »proletarischen Humanismus«, der andere, der's noch werden will, muß einen Zahn zulegen und »ökologischen Kapitalismus« vorschlagen. Da lachen zwar die Hühner, aber nicht der zuständige Chefredakteur der Illustrierten »Stern«, dem er's erzählt und der einstens, als Bundesvorsitzender der Jungdemokraten, die Vergesellschaftung der Schwerindustrie verlangte; auch er hat dazugelernt, und es ließe sich ausrechnen, wieviel tausend Mark pro Monat dieser zweite Bildungsweg die Verlagskasse gekostet hat.

Aber ich schweife ab – in jene Niederungen der Einzelfälle und psychosozialen Umfallziffern, in denen mehr Haß und Verachtung gedeihen als Aufklärung, (obwohl man den Beitrag nicht geringschätzen soll, den jene zu dieser leisten können). Ob es nun fast verschüttete Rudimente von Klassenbewußtsein sind oder ob es – Natur, Natur – Instinkt ist: Die Massen, einst wie heute zu massenhaftem Erscheinen aufgefordert, glauben's ihnen nicht, nicht dem kapitalistischen Ökologen, nicht dem becircten Chefredakteur. Auflage und Wahlprozente fallen. Wenn sie schon beschissen werden sollen, dann doch lieber von den Vertretern einer Organisation, die mit denen der real existierenden Proletarier so eng verbunden, ja verfilzt ist, daß sie ein Minimum an Interessenvertretung nicht unterbieten kann. Ihren Namen sollt ihr nie erfahren: Es ist die Sozialdemokratie.

Im Westen viel Neues? Nicht daß ich wüßte.

Konkret 07/88, S 10

**Thomas Ebermann; Rainer Trampert**

# Yuppie ayeah!

**Die politischen Fronten innerhalb der Grünen sind geklärt, eine Verständigung der streitenden Fraktionen ist nicht mehr möglich: Nachdem im Frühjahr die Realos ihr Plädoyer für einen »ökologischen Kapitalismus« vorgelegt haben und die »strömungsübergreifende Mitte« sich in der Leugnung innerparteilicher Widersprüche versuchte, melden sich nun auch die Linken in den Grünen zu Wort: Sie sehen die Partei vor der Spaltung**

Wir sind ratlos und einigermaßen verzweifelt. Alles deutet darauf hin, daß der Grünen Partei eine Entscheidung aufgedrängt wird: Entweder sie formt sich ziemlich rasch um, nach Vorgaben, die ihr die prominenten Realos abverlangen. Oder sie wird von diesen mit allen Mitteln geschwächt, vielleicht sogar zerstört.

Eine andere Lesart des vorliegenden Entwurfes für ein »Manifest grüner Realpolitik« wäre illusorisch. Die Praxis der Spitzenrealos geht in dieselbe Richtung. Die »Tabu-Brüche« zugunsten der herrschenden Auffassungen und Verhältnisse überschlagen sich. Die Grünen sollen – nach ihrem Willen – diesem Staat eine positive Wertschätzung entgegenbringen. Das ist mehr als die Akzeptanz des staatlichen Gewaltmonopols, worum es vor geraumer Zeit ging. Sie sollen die Nato-Mitgliedschaft befürworten – nicht etwa nur als gegenwärtig unabänderbar akzeptieren. Sie sollen für die kapitalistische Wirtschaftsordnung sein – nicht etwa nur die gegenwärtige Stabilität dieser Wirtschaftsordnung eingestehen. Und die Grünen sollen die Profiteure sozialer Ungleichheit zur bevorzugten Klientel ihrer Politik erheben (»Subjekt unserer Demokratievorstellungen«).

Zusätzlich sollen die Grünen eine Reihe konsequenter Einzelforderungen verwerfen. »Der blöde Spruch vom sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie ist inzwischen nicht mehr vermittelbar«, so Rezzo Schlauch. Ähnlich äußerten sich zahllose Repräsentanten der Realos, und das nicht nur zu dieser Einzelforderung.

Für diese Politik bedarf es einer stinknormalen Partei, die die lästige Bindung von Parlamentsfraktionen an Parteitagsbeschlüsse überwindet – natürlich nur aus Gewissensgründen! – , einer Partei, die ihre »brillantesten« Köpfe dauerhaft im Parlament sehen will – lieber natürlich im Ministeramt – und die sich von der heute noch üblichen Trennung von Amt und Mandat »emanzipiert«, um von den stärksten Händen der Partei glaubwürdig und allseits geführt zu werden.

Wie gesagt, die führenden Realos bestehen auf einer solchen Partei, die von jedem unversöhnlichen Widerspruch zu CDU, FDP und SPD befreit ist. Ihnen geht es längst nicht mehr um einzelne Verschiebungen zu ihren Gunsten. Das haben die Grünen in Schleswig-Holstein demonstrativ zu spüren bekommen. In der rührenden Hoffnung, ein erloschenes Spannungsverhältnis wiederbeleben zu können, den Wunsch nach rot-grüner Zusammenarbeit in Wähler/innenstimmen umzumünzen und dadurch innerparteilich Harmonie und die Unterstützung aller Flügel zu erlangen, hatten sie ihre Wahlaussage zugunsten einer Koalitionsbereitschaft mit der SPD revidiert. Von der SPD wurde diese Aussage nicht honoriert, weil dort schon längst – seit der Hessen-Wahl – beschlossen ist, jede Hoffnung auf rot-grün zu zerstören. Vom sogenannten Wechselwähler wurde das nicht honoriert, weil das Motiv, die Schwarzen abzulösen, von Engholm allein glaubwürdig realisiert werden konnte und ihm keine einzige kriminelle Machenschaft anhing.

Von den Realo-Häuptern wurde das allerdings genausowenig honoriert, weil die Grünen in Schleswig-Holstein noch auf politischen Bedingungen für eine Koalition beharrten, personell unzuverlässig waren und der empfohlenen Prominenz kein Schattenkabinett zur Verfügung gestellt hatten. Außerdem verloren sie in Schleswig-Holstein die Wahl, und kaum etwas wiegt in der Grünen Partei schwerer als das. So gab Otto Schily bekannt: »Ich bin sehr zufrieden mit diesem Ergebnis« (»General-Anzeiger«, Bonn). Willi Hoss, der für die Grünen im Bundestag sitzt, telegraphierte am Wahlabend Punkt 19 Uhr 13 – die Hochrechnungen waren stabil – an Engholm: »Herzlichen Glückwunsch zum Wahlerfolg. Bei dem politischen Kurs der Grünen in Schleswig-Holstein hätte ich auch SPD gewählt, um die CDU-Regierung sicher abzulösen.«

Die Botschaft ist eindeutig. Entweder sind die Grünen so, wie die Realos es vorschreiben, oder die Wahl der SPD wird empfohlen. Nix ist mit Pluralismus, nix mit Viel

falt, nix mit »Autonomie der Landesverbände«. Die Zeiten sind vorbei.

Folgerichtig ist das Manifest der Realos auch keine Auseinandersetzung mit der Politik anderer Parteien, sondern eine einzige Prügelorgie gegen die Grünen und deren heutiges politisches Profil. Einige Kostproben: In der Grünen Partei vollziehe sich eine »Rückentwicklung zum autoritären Sektenwesen des Linksradikalismus der siebziger Jahre«. Die Grüne Partei verharre »radikale Phrasen dreschend« in einem »infantilen Radikalismus«, sei »dogmatisch, abstoßend, erbarmungswürdig«. Die Partei halte »linksradikale Erweckungsmessen« ab und ihr Bundesvorstand sei ein »linksradikaler ASTA«, »der die grüne Bimmelbahn mit Aplomb ('Dreistigkeit', laut Duden) in den Abgrund fährt«.

Um die Klasse des Papiers anzudeuten, soll eine Passage, die noch am ehesten analytische Ansprüche geltend macht, ungekürzt zitiert werden: »Alt sehen die Grünen mittlerweile aus, uralt. Nicht wie eine achtjährige, sondern wie eine

verbitterte, starrsinnige und keifende achtzigjährige Partei, deren Kraft sich in der Selbstverbissenheit erschöpft. Programmatischer Stillstand und Rückschritt, Langeweile und Dogmatismus verbreitend, und organisatorisches Chaos und Schwäche bis auf den Tod, dies sind zwei der wesentlichen Ursachen der Grünen Existenzkrise. Eingesargt wird das Ganze durch den ideologischen Beton...«

Dies ist das Dokument eines Ekelgefühls gegenüber dem einzigen und wahren Feind in der Gesellschaft, der »fundamentalistischen Sektenopposition«. Der Haß geht gegen links, dehnt sich aber auf die Mehrheit der Partei aus, weil immerhin demokratische Mehrheiten diesen Bundesvorstand und den ekelhaften Radikalismus gewählt haben. Er signalisiert vollständige Bruch- und Spaltungsbereitschaft .

Hinter diesem schnaubenden Gehetze kommt – fast ein wenig versteckt – zum Vorschein, welche gesellschaftlichen Träger die Realos für ihr Projekt einer überlebensfähigen Partei anvisieren. Gehen wir einen Satz aus dem Manifest einmal etwas intensiver durch. Er lautet: »Der städtische, liberale, an seinen individuellen Lebensentwürfen zuerst orientierte, konsumfreundliche Citoyen, der zugleich aber gegen Atomkraft und ökologischen Wahnsinn nicht nur protestiert, ebenso wie er den ausgegrenzten und von neuer Armut betroffenen Minderheiten sich solidarisch verpflichtet weiß, ist das Subjekt unserer Demokratievorstellungen.«

Eine bestimmte gesellschaftliche Schicht ist also dazu auserkoren, die grünen Demokratievorstellungen umzusetzen. Diese Schicht ist »städtisch«, denn die von den Realos gemeinte Demokratie ist etwas für gebildete Leute, und diese Eliten trifft man hauptsächlich in den (großen) Städten, besonders abends in Frankfurt. Um unnötigem Streit aus dem Wege zu gehen, werden die Realos im Verlaufe der Debatte behaupten, städtische Citoyens lebten eben manchmal auch auf dem Lande, schon damit bestimmte ländliche Realos nicht so genau merken, was ihre Leader von ihnen halten.

Zweitens ist der Träger grüner Demokratievorstellungen liberal und an seinen individuellen Lebensentwürfen zuerst orientiert. Er ist also ein toleranter Mensch, der Verständnis für vieles hat, solange es nicht seinen individuellen Lebensentwürfen, an denen er nunmal zuerst orientiert ist, in die Quere kommt. Sollten ihm für seinen ganz individuellen Lebensentwurf Karriere und Reichtum zuerst wichtig sein, so hat er Verständnis für fast alles, was ihm in dieser Hinsicht keine Schranken setzt.

Drittens ist er konsumfreundlich. Das verweist auf seine soziale Lage: Ihm geht's materiell prächtig. Und zu seinem unendlich individuellen Lebensentwurf gehört der Anspruch, seine konsumfreundliche Haltung, also das, was er sich leisten kann, auch öffentlich zur Schau zu stellen. Er hat erlebt oder gehört, daß es Milieus gibt, wo sich »Leistung nicht lohnt«, Einheitslohn in Alternativprojekten und (dem Ideal nach) bei Grünen. Das gefällt ihm nicht.

Viertens ist er Citoyen und weiß, daß unser Staat kein Leguan ist – oder so.

Fünftens ist er gegen Atomkraft und ökologischen Wahnsinn. Das wollen wir nicht bestreiten. Darum ist er uns ja auch als Mitkämpfer für einige unserer Ziele, auch als Wähler, willkommen. Subjekt unserer Demokratievorstellungen oder bevorzugter Bezugspunkt unserer Politik wird er dadurch nicht, denn:

Sechstens weiß er sich den ausgegrenzten und von neuer Armut betroffenen Minderheiten solidarisch verpflichtet. Das Subjekt realo-grüner Demokratievorstellungen ist also selbst weder ausgegrenzt, noch durch Armut gebeutelt. Diesen Objekten der Demokratie ist er solidarisch verpflichtet. Das kann Bedauern über deren »Los« sein, Mitleid, vielleicht auch einmal eine materielle Zuwendung. Aber geben muß es die Armen und Ausgegrenzten ewig, denn diese spezifische Qualität unseres Citoyens kann nur erblühen auf der Grundlage der sozialen Ungleichheit, der Klassengesellschaft. Die Träger realo-grüner Demokratievorstellungen sind ausdrücklich nicht die Arbeitslosen, Ausländer, Sozialhilfeempfänger, nicht die Minderheit der Rentner, nicht die Menschen in Fabrik und Bürohallen, an Fließbändern und Schreibautomaten.

Daß Demokratie irgendetwas mit Selbstbestimmung der Produzenten zu tun haben könnte – kein Gedanke daran im Realo-Manifest. Daß das Schicksal von Millionen durch Entscheidungen weniger Kapitaleigner oder -Verwalter bestimmt wird, die über Arbeitslosigkeit und Not verfügen, ohne jede demokratische Eingriffsmöglichkeit der Betroffenen, kommt schlicht nicht vor. Daß geistig und körperlich gegängelte und ruinöse Industriearbeit kein »individueller Lebensentwurf« ist, sondern auf materiellem Zwang basiert, wird schlicht ausgeblendet. Stattdessen: »Freizeit und Eigenarbeit haben so viel Gewicht bekommen, daß Fabrik und Beruf nicht mehr völlig im Zentrum der normalen (!) Lebens- und Arbeitsplanung stehen. Dadurch sind für jeden einzelnen Menschen größere individuelle Gestaltungschancen eröffnet worden.«

Jeder ist seines Glückes Schmied; wer bei den reichen Angeboten dieser Gesellschaft an »jeden einzelnen Menschen« nichts aus seinem Leben macht, ist selber Schuld. Das ist der wirkliche Blick unseres »liberalen Citoyen« auf die Gebeutelten dieser Gesellschaft, und beschrieben haben unsere Realos niemanden außer sich selbst.

So ist das Bekenntnis der Realos zum »ökologischen Kapitalismus« auch zuallerletzt irgendeiner politisch-theoretischen Anstrengung entsprungen. Kein Wort verlieren die Realos über die Frage, wie ökologische Vernunft mit einer Wirtschaftsweise versöhnt werden soll, die um den Preis ihres Untergangs wachsen muß. Kein Wort über die notwendige

Ignoranz kapitalistischen Wirtschaftens gegenüber dem Gegenstand der Produktion. Kein Wort über die Tatsache, daß Kapital dahin strömt, wo die höchste Profitrate erwartet wird, gleichgültig gegenüber dem Gebrauchswert der Produkte.

Stattdessen wollen die Realos endlich als die modernsten Berater von Industrie und Finanz anerkannt werden. »Wollen Sie die Unternehmer ins Grüne locken?«, fragt der »Stern«, und Hubert Kleinert will: »Nötig hätten sie es, denn eigentlich müßten sie ja

selbst Interesse daran haben, daß sich etwas verändert.« Wer das Interesse der Kapitaleigner zu vertreten glaubt, kann nur staunen über die Rückständigkeit seiner Adressaten. Kleinert staunt: »Von daher wundert es mich, daß die ökologische Sensibilität bei Unternehmern noch so unterentwickelt ist. Viele Unternehmen scheinen noch in der Steinzeit zu leben.«

Der Vorwurf sitzt! Die Klasse der Kapitaleigner und -Verwalter hat ihr objektives Interesse noch immer nicht erkannt. Aber das würde schon werden, wenn unsere Realos ihnen glaubwürdig nachweisen könnten, daß ihr Konzept die Gewinnmaximierung voranbringen würde, bei gleichzeitiger Verteuerung einiger Zweige in der Produktion. Unterhalb einer satten Weltmarktoffensive, mit den bekannten Folgen für die Völker der 3. Welt und die Arbeiter/innen hierzulande, lassen die Unternehmer sich nicht locken. Das ist die enge Grenze, die den Kapitalismus Kapitalismus bleiben läßt, und das »ökologisch« davor bleibt das beschönigende Attribut.

Macht nichts, das Spiel ist ausbaufähig. Fordert doch einfach zusätzlich den völkerverständigenden Imperialismus, die basisdemokratische Börse, das frauenfreundliche Patriarchat, den gewaltfreien Staat, die lustvolle Fließbandarbeit und die friedenstiftende Nato. Dann bleibt garantiert alles, wie es ist.

Die Vorstellungen der Realos und die der Linken in den Grünen schließen sich aus. Die Grünen bieten der Öffentlichkeit den Antagonismus an. Der ist real und nicht ausgedacht, wie die Gruppe »Aufbruch 88« gern suggeriert. Sie dichtet ernste inhaltliche und strategische Kontroversen in »Streitereien der Flügel« um. Sie kultiviert im Grunde den Streit oder die Krise, weil sie aus ihm ihre Existenzberechtigung zieht. Der Antagonismus ist einer der subjektiven Verstärker der grünen Krise.

Dieser Zustand führt – unterstützt durch die Bevorzugung der Realos in den Medien – zu einer Art Doppelabschreckung nach außen. Die staatsloyale und kapitalloyale Realpolitik schreckt links-alternative Spektren ab. Die Propaganda der realpolitischen Kronzeugen, die Grünen würden von fundamentalistischen Sektierern beherrscht, schreckt gleichzeitig den typischen Wechselwähler ab. Die Grünen verlieren nach beiden Seiten.

Ein anderer hausgemachter Krisenverstärker ist die andauernde Konzentration grüner Politik auf die Frage: Wichtig ist, wer regiert. Wenn Leitmotiv, die Grünen zu wählen, der unmittelbare Regierungseinfluß sein soll – ob Tolerieren oder Regieren – , dann entfällt das Motiv, sobald die Grünen zu parlamentarischen Bündnissen nicht mehr zugelassen sind. Anders gesagt: Die Abwahl der CDU kann auch von der SPD allein oder mit der FDP zusammen geleistet werden. Die Grünen waren als gesellschaftliche Opposition angetreten, hatten auch damit begonnen, diese wichtige politische Funktion in den Parlamenten zu verkörpern, und sind dann aus dieser Rolle ausgestiegen. Die einen unter dem Druck, als elende Nein-Sager Prügel zu beziehen, die anderen, weil ihnen inzwischen nichts so fremd ist wie Opposition.

In diesem Zusammenhang ist die Position der Linken in den Grünen durch die Vernebelung einer historischen Wahrheit geschwächt. Staatsideologen und die Realos suggerieren, Opposition oder Rebellion würden nichts bewirken, nur das Mitmachen erziele Reformen. Dieses Muster ist uralt und diente immer dazu, Durchsetzungskraft zu schwächen. Nicht die Bittgesuche von Lassalle bei Bismarck, sondern der Kampf für eine bessere Gesellschaft schufen als Abfallprodukt die Sozialgesetze in Deutschland. So kamen auch die anderen Reformen zustande. Wenn uns entgegnet wird, die Verhältnisse seien heute aber nicht gut dafür, wird dadurch nicht das Gegenteil wahr. In der Frage, wie wirkliche politische Durchsetzungskraft zu entfalten sei, stehen wir in einem engeren Bündnis mit außergrünen Linken und gegen die staatsloyalen Realos.

Die Grünen werden einen weiteren hausgemachten Konflikt lösen müssen. Sie wollen aus gutem Grund zweierlei: Den politischen Inhalt nicht opfern und trotzdem in Wahlen möglichst viele Stimmen bekommen. Deshalb wurde tendenziell auf Parteitagen der politische Wunsch beschlossen, und die Parlamentssitze wurden überwiegend an Realos verteilt, weil die von der wahlbeeinflussenden Medienwelt schonender behandelt werden. Das kann auf Dauer nicht gut gehen. So wie einst Helmut Schmidt auch die programmatische Unterwerfung der Partei forderte – oder er mache nicht mehr mit – , so machen's jetzt die Realos.

Damit wollen wir uns nicht einbilden, den Grünen würde eine ähnlich erfolgreiche Wiederauferstehung gelingen wie der SPD nach Schmidt. Wir unterscheiden uns nämlich in einem weiteren Punkt von den anderen Strömungen: In der Beurteilung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Kurz gesagt finden Realos und »Aufbruch 88« die Verhältnisse prächtig für grüne Politik, wenn nur die Partei anders wäre, genauer: ihnen folgen würde. »Aufbruch 88« glaubt, daß die Bundesregierung schon längst nicht mehr so könne, wie sie wolle: »Sie mußten Rita Süssmuth in die Regierung nehmen und die Menschenrechte diskutieren... Mit diesem Volk ist derzeit kein rechter Staat zu machen . « Wir müßten lügen, wenn wir ebenso in der Pose des Erlösers auftreten würden: Sehet, die Verhältnisse sind gut, ihr müßt nur auf uns hören.

Die Krise der Grünen ist auch Ausdruck eines allgemeinen Abschwungs linksalternativer Politik, Konfliktbereitschaft und Lebensvorstellungen. Die Berufung der Realos auf den Citoyen hat seine Entsprechung in einem neuen Lebensgefühl, das der individuellen Karriere dient, statt sich in Konflikten naß zu machen. Vom Wende- oder Yuppiezeitgeist sind weit mehr erfaßt als jene, denen die Karriere gelingt. Zensurenstreß, schwerer Zugang zu Studien- und Ausbildungsplätzen und die Angst, anschließend zu den Arbeitslosen zu gehören, hat Anpassung gefördert. Wer durch alles hindurch ist, will seinen Erfolg auskosten und nicht mehr gefährden. Linke und Grüne sind ein unangenehmer Appell an das schlechte Gewissen.

Dieser Aufschwung des »neuen Denkens« trifft zusammen mit einer Resignation alter Kämpfer. Die Überlegenheit des Kapitalismus, dem es gelungen ist, weltweit seine Gesetzmäßigkeiten zum Maßstab der Entwicklung zu machen, statt zu faulen, schaffte bei vielen, die gegenanrannten, Resignation. Ideale brechen zusammen. Eine Generation tritt ab und springt auf den letzten Waggon des fahrenden Zuges. Die »taz« ist ein Barometer. Abgetakelte Altrevolutionäre loben Nato-Anerkennung, moderne CDU und alles, was nach rechts geht, als sinnvolle »Tabu-Brüche«. Ohnmacht wird kompensiert mit der Anerkennung des Bestehenden.

Die Regierungsparteien fördern das neue Denken und nutzen es wiederum aus. Der Staat wird restauriert bis in alle Lebensbereiche hinein. Es trifft Kranke, Frauen, Ausländer, Arbeitnehmer wie Arbeitslose, Rentner oder Demonstranten. Politischer Leitfaden ist: Alles für das nationale Kapital. Gleichzeitig wird dem kritischen Zeitgeist an

geboten: Blüm's Kritik am Diktator, Genscher's Kritik an der Apartheid, Rita Süssmuth als Frau ohne Folgen. Wir empfehlen eine materialistische Analyse, statt der Freude über die Schaumschlägerei, die natürlich auch ein Ausdruck der gesellschaftlichen Kritik ist.

Wir erleben, daß sich die moderne SPD ebenso in den Wind legt. Lafontaine überzieht die BRD mit einer Kampagne der Opferbereitschaft der Ausgebeuteten. Sie sollen eine geringer werdende Verteilungsmasse unter sich gerechter aufteilen. Produktivitätszuwachs, Wachstum und Überschüsse gehören dem Kapital. Die Enkel steigen um auf die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik der Rechten, bieten das aber zeitgemäß als Solidaropfer an.

Die Bedingungen sind nicht glänzend. Aber es gibt kräftige Gegentendenzen, die nicht übersehen werden dürfen. Wie viele Menschen haben die Volksaushorchung abgelehnt und boykottiert. Wie viele haben sich anstecken lassen vom mutigen Kampf der Bewohner der Hamburger Hafenstraße und ihrer Freunde. Haben die Schüler, denen umfassende Anpassung nachgesagt wird, nicht auch – für uns überraschend – massiv gestreikt und demonstriert? Ist trotz der Niederlage in Rheinhausen dort nicht ein Kampf ausgefochten worden, der für das Milieu der Industriearbeiter radikaler war als vieles zuvor? Wie viele enttäuschte Betriebsräte und Vertrauensleute hinterläßt Lafontaine?

Dies alles sind wichtige Möglichkeiten, alternative Politik voranzubringen. Sie sind allerdings nicht die große Welle sozialer Bewegung, die die Grünen – wie einst – fast zwangsläufig nach oben spülte. Die Grünen müssen eher aufpassen, daß sie nicht mit einer Hinwendung zum Citoyen bei diesen Ansätzen völlig außen vor sind.

Wir bieten in dieser Situation keinen trügerischen Heilsweg an und freuen uns nicht über die mögliche Flucht führender Realos, falls die Partei ihrer Erpressung standhält. Wir ahnen, wie groß der Aderlaß wäre. Wir haben nicht das Interesse, uns totzusiegen. Die andere Vision – den Realos gelingt die Erpressung mit Nato, staatlichem Gewaltmonopol und Kapitalismus, und wir müßten unseren Hut nehmen – wäre die vollständige Niederlage des grünen Ansatzes. Wir bezweifeln, daß einer grünen FDP Wahlerfolge glücken, weil der Platz politisch schon besetzt ist. Schlimmer wäre: Die Hoffnungen und Möglichkeiten politischer Veränderung mit grüner Beteiligung wären gestorben. Die Grünen stehen vor einer Durststrecke und vor der Frage, ob sie die durchstehen wollen als Kraft für gesellschaftliche Veränderungen oder als überflüssige Anreicherung der existierenden Parteienlandschaft.

Konkret 07/88, S 13

**Oliver Tolmein; Detlef zum Winkel**

# Runter kommen sie immer

**Seit neun Monaten mühen sich polizeiliche Sonderkommissionen und Bundesanwaltschaft, die Polizistenmorde an der Frankfurter Startbahn I8 West aufzuklären. Obwohl sie dabei keineswegs zimperlich sind, konnten sie bislang den Tatvorwurf gegen die Hauptbeschuldigten nicht erhärten. Dafür ist es ihnen gelungen, den Widerstand gegen den Flughafenausbau gründlich zu demoralisieren. Statt gegen die neuen Pläne zum Bau einer weiteren Piste zu mobilisieren, ist die militante Rhein-Main-Szene damit beschäftigt, ihre Wunden zu lecken**

Ein dreiviertel Jahr nach den Schüssen an der Startbahn 18 West tappt die Kriminalpolizei noch immer im Dunkeln – der Staatsschutz strahlt dagegen im Rampenlicht. Über den Tathergang am 2.11.87 weiß die Bundesanwaltschaft heute immer noch wenig mehr zu sagen, als daß die angeblich zur Abgabe der tödlichen Schüsse benutzte Waffe in Andreas Eichlers Rucksack gefunden wurde. Dafür konnte die radikale Startbahngegner-Szene, ohne daß Beweise oder konkrete Indizien vorhanden gewesen wären, folgenreich aufgemischt werden.

Jetzt, nach Passieren der Halbwertzeit bürgerlicher Moral, erinnert sich die Bundesanwaltschaft, daß sie außer einer Propagandaschlacht gegen die Linke auch noch eine harte Auseinandersetzung mit deren Anwälten in den Gerichtssälen ausfechten muß. Um dort angesichts der miserablen Beweislage juristisch ohne allzu große Blessuren herauszukommen – und auch den politischen Erfolg der wochenlangen Großaktion nicht zu gefährden – werden nach und nach Anklagepunkte fallen- und einzelne Beschuldigte wieder freigelassen.

Immer noch wird allerdings drei Startbahngegnern vorgeworfen, sie hätten am 2.11.87 zwei Morde begangen bzw. seien an deren Begehung beteiligt gewesen: Andreas Eichler, bei dem die angebliche Tatwaffe gefunden worden ist, Reiner Hübner und Frank Hoffmann, der, nachdem er sich wochenlang auf der Flucht befunden hat, jetzt im Amsterdamer Knast seinem Abschiebeverfahren entgegensieht, sind denn auch die einzigen derzeit noch in diesem Zusammenhang Inhaftierten.

Das Verfahren gegen Mark Steinbrück und Andreas Semisch, die beide vor kurzem aus der Untersuchungshaft entlassen wurden, und gegen einen weiteren Beschuldigten, der sich noch auf der Flucht befindet, wurde abgetrennt. Das Amtsgericht Hanau und dessen Staatsanwälte beschäftigen sich jetzt anstelle der Bundesanwaltschaft damit, den dreien illegalen Waffenbesitz bzw. Raub einer Dienstwaffe nachzuweisen. Der Vorwurf, sie seien Mitglieder bzw. Unterstützer einer terroristischen Vereinigung, ist damit, zumindest vorerst, vom Tisch. Das ist bemerkenswert angesichts der Tatsache, daß die Bundesanwaltschaft noch Anfang dieses Jahres bemüht schien, Semisch, wohl aufgrund seiner politischen Erklärungen aus dem Knast, zu einer Art Kopf der konstruierten »terroristischen Vereinigung« zu machen. Und Mark Steinbrück, der in Kenntnis der gegen ihn erhobenen Vorwürfe aus Nicaragua zurückkam, um sich in Begleitung seiner Anwälte den bundesdeutschen Behörden zu stellen, wurde mit erheblichem Aufwand und internationalem Haftbefehl in der Schweiz vom Flugsteig weg verhaftet – und die Festnahme als »Fahndungserfolg« in Sachen >Terrorismus« gefeiert.

Leider bedeutet die in aller Stille vollzogene Reduzierung eines Teils der Vorwürfe nicht, daß der Kampf des Staatsschutzes um und auf Titelblätter(n) in Studios und vor Parlamentsbänken insgesamt an Wirkung verloren hätte. Innenminister Zimmermanns nächstes Gesetzespaket zur »Inneren Sicherheit«, nach den Schüssen auf den Weg gebracht, hat gerade das Kabinett passiert und wird höchstwahrscheinlich Anfang nächsten Jahres in Kraft treten. Polizei und Geheimdienste haben ihre reichhaltigen Erfahrungen im Umgang mit der Protest- und Widerstandsszene ausgewertet und sind für die Zukunft noch ein Stückchen besser gerüstet. Im neuesten Verfassungsschutzbericht dienen die Schüsse an der Startbahn als Beleg für die »gestiegene Gewaltbereitschaft« und damit für die wachsende Gefährlichkeit der Neuen Linken, trotz Mitgliederstagnation und insgesamt rückläufiger Militanz. Und im Rhein-Main Gebiet selber versuchen die Behörden, mittlerweile fest in der Hand von CDU-Seilschaften, die Wahrnehmung des Versammlungsrechts auf bayerisches Maß zurechtzustutzen: Anfang Juni konnte eine so unbescholtene Organisation wie der Bundeskongreß entwicklungspolitischer Initiativen erst in zweiter Instanz einen Mietvertrag im Bürgerhaus in der Frankfurter Nordweststadt erklagen.

»Das Konzept der sozialen Bewegungen ist am Ende«, resümiert Andreas Semisch, gerade aus halbjähriger Untersuchungshaft entlassen, mit spürbarer Enttäuschung. »Man kann eben nicht den Schulterschluß mit jedem machen, der neben einem steht, nur weil er gegen das gleiche Projekt angeht und die gleiche Jacke anhat.« Langfristig, davon ist Semisch überzeugt, wird vor allem die Demoralisierung der Bewegung Folgen haben. Gespeist wird sie aus zwei Quellen: Zum einen wurde mit den Schüssen auf die Polizisten die Bewegung insgesamt diskreditiert – Semisch bezeichnete die Schüsse deswegen während seiner Haft heraus auch als »objektiv konterrevolutionär«; zum anderen hat die Rhein-Main-Szene aber auch angesichts der über sie hereinbrechenden Repressionswelle kraß versagt.

Aus Angst vor eigener Inhaftierung, enttäuscht vom weitgehend erfolglosen jahrelangen Kampf gegen die Startbahn und teilweise aus Unerfahrenheit haben viele Startbahngegner polizeilichen Vorladungen Folge geleistet. Schlimmer noch, sie haben in den Verhören nicht, wie das in jeder beliebigen Demobroschüre nachzulesen ist, geschwiegen, sondern sich »zur Sache geäußert«: mal mehr, mal weniger ausführlich, zumeist über scheinbare Nebensächlichkeiten, oft über Aktivitäten

anderer, über deren Bekanntschaften, zu informellen Strukturen und vermuteten Zusammenhängen. Die Aussagen, wie wertvoll oder wertlos sie im einzelnen sein mochten, waren doch brauchbares Material für die Vernehmungstechniker: In Feinarbeit setzten sie ein Mosaik zusammen, überraschten neue Beschuldigte mit angeblichen oder tatsächlichen Aussagen von Freunden und Mitstreitern – und provozierten so weitere Aussagen.

Viel zu spät, als die überfallartig vorgegangenen Ermittler bereits ganze Aktenordner voller Selbstbeschuldigungen, erpreßter und herausgelockter Informationen aus erster und zweiter Hand gesammelt hatten, erkannte die Szene das Ausmaß der Katastrophe und zog unter Einsatz aller noch verbliebenen Kräfte eine Aussageverweigerungskampagne durch: »Arthur hälts Maul und Du? Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen!«

Der Schaden allerdings konnte nicht mehr als begrenzt werden: Zwar wurden nach und nach die bereits gemachten Aussagen widerrufen und neue nicht mehr gemacht, das Erschrecken über die Unzuverlässigkeit der eigenen Leute aber blieb. Außerdem erhalten zwei Personen ihre Aussagen aufrecht – und liefern damit den Staatsanwälten mindestens in Sachen »Waffendiebstahl und illegaler Waffenbesitz« das wahrscheinlich wichtigste Belastungsmaterial.

Die Aussagen, vor allem die nicht widerrufenen, gewinnen für die Anklage an Wert, angesichts allmählich zutage tretender Widersprüche bei dem entscheidenden Komplex: den als Mord bezeichneten tödlichen Schüssen auf die Polizisten. Fest steht bisher, daß schon am Morgen nach der Tat eine Polizeipistole Marke Sig-Saur 9mm bei dem gefunden wurde, der bis heute als Hauptverdächtiger gilt: Andreas Eichler. Alle waffentechnischen Untersuchungen – so versichern seitdem die dafür zuständigen Institutionen Generalbundesanwaltschaft, Landeskriminalamt Hessen und das hessische Innenministerium immer wieder – hätten einwandfrei ergeben, daß alle an der Startbahn abgegebenen Schüsse aus dieser Pistole stammten. Woher der Schütze die Waffe hat, gilt gemeinhin als sicher: Sie soll auf der Großdemonstration gegen die Plutonium- und Brennelementfirmen in Hanau am 8. November 1986 einem Zivilbeamten geraubt worden sein. Deswegen steht neben der Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung auch die Anti-AKW-Bewegung am Pranger – angesichts des Hanauer Korruptionsskandals ein für die Atommafia höchst praktischer Nebeneffekt.

Doch das Sichere ist nicht sicher, wofür wir in diesem Zusammenhang weniger die Dialektik zu loben, als vielmehr den staatlichen Fahndungsapparat zu tadeln haben. Der »Arbeiterkampf< wies darauf hin, daß die konservative Presse, »Frankfurter Allgemeine Zeitung« und »Frankfurter Neue Presse«, am 23.12.1987 übereinstimmend von einer Pressekonferenz des hessischen Innenministers Milde berichtet hatten, daß die bei Eichler gefundene Sig Saur nicht anläßlich der Anti-AKW-Demonstration 1986, sondern im Verlauf der »Fulda-Gap«-Demonstration der Friedensbewegung 1984 in Hanau einem Polizisten entwendet worden sei. Und die Bundesanwaltschaft legte tatsächlich in ihren bisherigen Presseerklärungen der »Gruppe Eichler« den Diebstahl *zweier* Sig Saur zur Last. Durch die Widersprüchlichkeit der beiden Versionen wird deutlich, daß die bisherigen Untersuchungen so solide nicht durchgeführt worden sein können: Polizeipistolen sind nummeriert und registriert – es müßte ein Leichtes sein, exakt festzustellen, welche Waffe bei Eichler gefunden worden ist.

Weitaus widersprüchlicher noch als die Antworten auf die Frage, welche Pistole bei Eichler gefunden wurde, fallen die Angaben über die Entfernung des Schützen von den getroffenen Polizisten aus: Behauptete die Bundesanwaltschaft anfangs noch, die Beamten seien »alle in unmittelbarer Nähe voneinander getroffen worden«, wurden in der Folge Distanzen zwischen 80 und 614 Metern angegeben. Mittlerweile behauptet die Bundesanwaltschaft, der getötete Polizeimeister Schwalm sei aus einer Distanz von 85 Metern, der ebenfalls erschossene Hauptkommissar Eichhöfer aus 516 Metern Entfernung getroffen worden. Da aber nur wenige Minuten, nachdem Eichhöfer tödlich getroffen zusammenbrach, auch die weiter vorne unter Beschuß genommenen Polizisten herangetragen wurden, müßten diese Beamten innerhalb kürzester Zeit 350 Meter transportiert worden sein, ohne daß dieser Transport in den anfänglich zahlreichen und in die Details gehenden Berichte erwähnt worden wäre.

Eine weitere Merkwürdigkeit blieb bis heute ungeklärt: Andreas Eichler wurde seit längerem observiert. In den Tagen vor dem 2.11.87 offensichtlich sogar rund um die Uhr. Auch sein Telefon wurde abgehört. Beispielsweise wurden Beschuldigte mit Observationsberichten konfrontiert, aus denen sich ergab, daß Eichler am 31.10. auf einem Fest in Wiesbaden mit namentlich benannten Personen Gespräche geführt hat. Am 2.11. selber will die Polizei aufgrund eines abgehörten Telefongesprächs gewußt haben, daß Eichler zu einem Depot an der »Wege-Spinne« wollte. Ausgerechnet auf dem Weg zu diesem, in Mörfelden-Walldorf wohlbekannten Punkt, hat der Observationstrupp Eichler angeblich verloren – und ist dann zu einem Strommasten gefahren, den die Beamten für die »Spinne« gehalten haben wollen. Das erscheint angesichts der äußerst präzisen Ortskenntnis, über die die für diese Überwachung eingesetzte »Sonderkommission Strom« ansonsten verfügt, und angesichts des Wissens der Polizei um eine Aktion an der Startbahn an diesem Abend kaum glaubwürdiger, als wenn die Verkehrspolizei in Frankfurt behauptete, nicht zu wissen, wo die Zeil verläuft. Wurde Andreas Eichler an diesem Abend also doch observiert – wo sind dann die Observationsberichte? Oder hat die Polizei ihn bewußt an diesem Abend laufen lassen? Warum?

Die Medien haben an derlei Fragen bisher wenig Interesse bekundet. Bis ins alternative Lager hinein wurde Eichler nach seiner Verhaftung als Täter behandelt. Ein lehrreiches Beispiel für die westliche Einfalt in Freiheit, die im Ernstfall schnell

am 129a ihre Grenzen findet. Eichler selber hat angesichts der ausnahmslosen Vorverurteilung in den Medien, wenn auch recht spät, unmißverständlich erklärt: »Ich habe nicht mit der bei mir gefundenen Waffe auf Polizisten geschossen und bin auch nicht an der Tat beteiligt. Ich verurteile die jetzt mir vorgeworfene Tat, und ein derartiges Vorgehen hat und hätte nie meine Billigung gefunden.« Gleichzeitig informierte Eichler die Öffentlichkeit darüber, daß er in den ersten Verhören angesichts des auf ihn ausgeübten Druckes sich auch »zur Sache« geäußert habe. Eichler hat, das stellte sich später heraus, den Musikstudenten Frank Hoffmann aus Mörfelden-Walldorf schwer belastet: Der Rucksack, in dem sich die angebliche Tatwaffe befunden hat (oder die angebliche Tatwaffe selber – das ist bis heute nicht ganz klar) soll ihm in jener Nacht von Hoffmann in die Hand gedrückt worden sein. Auch Hoffmann allerdings, zu dem Zeitpunkt bereits auf der Flucht, erklärte öffentlich, »nicht das geringste« mit der Tat zu tun gehabt zu haben. Da er angesichts der Fahndungen und des systematisch aufgeheizten politischen Klimas nicht auf ein faires Verfahren rechnete, stellte er sich nicht. Knapp vier Monate später – am 18.3.1988 – wurde Hoffmann schließlich in Amsterdam gefaßt.

Der Umgang der Staatsschutzbehörden mit Andreas Eichler wirft ein bezeichnendes Licht auf die Ermittlungsmethoden der Bundesanwaltschaft – und zeigt, wie im Rechtsstaat BRD mit Gefangenen, denen Taten nach dem seit dem 1.1.1987 erweiterten Paragraphen 129a zur Last gelegt werden, umgegangen wird und umgegangen werden kann. Eichler wurde direkt nach seiner schnell erfolgten Inhaftierung vollständig isoliert. Seine hochschwangere Freundin, die wichtigste Bezugsperson für Eichler, durfte ihn nahezu drei Monate lang überhaupt nicht besuchen, weil sie in dem gesamten Verfahrenskomplex als Mitbeschuldigte galt. Während Eichler von seinem persönlichen Umfeld vollständig abgeschottet war, wurden andererseits angebliche und tatsächliche Aussagen Eichlers in der Szene bekannt – sie bewirkten ein hohes Maß an Verunsicherung und einen Entsolidarisierungsschub.

Wie groß der Druck war, der auf Eichler lastet, wurde deutlich, als er in der Nacht zum 29. Januar 1988 einen Selbstmordversuch beging. Dem vorausgegangen waren, wie sich später herausstellte, Verhöre, die selbst LKA-Beamte Eichlers Eltern gegenüber als »äußerst hart« bezeichnet haben. Die Verhöre waren, auch das wurde im nachhinein bekannt, in Abwesenheit des Anwalts durchgeführt worden und hatten das Ziel, die Namen von »Entlastungszeugen« aus Eichler herauszupressen. Entlastungszeugen, auf deren Aussagen Eichler, seitdem er sich im Knast befand, dringend gewartet hatte, deren Namen er aber nur nach Absprache mit seinem Anwalt nennen wollte.

Der Selbstmordversuch wurde von der Bundesanwaltschaft so gut es ging ausgenutzt: Noch am Morgen wurde versucht, Eichlers Freundin zu verhören. Es habe keinen Sinn, daß sie länger schweige, Eichler selber habe Einlassungen gemacht. In Eichlers Zelle wurden gleichzeitig die Verteidigermaterialien durchsucht – und dabei die Namen der möglichen Entlastungszeugen gefunden, die Eichler im Verhör nicht preisgegeben hatte. Die Personen wurden umgehend vorgeladen – mit der für Eichler fatalen Folge, daß sie sich von ihm verraten fühlten und, wenn sie aus Angst vor eigener Verfolgung ausgesagt haben sollten, nicht an der Startbahn gewesen zu sein, auch als Entlastungszeugen kaum mehr in Frage kommen.

Weil es trotz harter Vernehmungen und umfangreicher Ermittlungen keine Anhaltspunkte dafür gab, die Schüsse auf die Polizisten als Komplott der gesamten Startbahnbewegung darzustellen, griff die Bundesanwaltschaft zu einer anderen, durch den erweiterten Paragraphen 129a möglich gewordenen Konstruktion. Aufgrund der in Eichlers Bankschließfach gefundenen Bekennerschreiben und Zeitungsartikel zu diversen Brandanschlägen und Strommastaktionen wird seitdem die Existenz einer »Gruppe Eichler« behauptet, der anzugehören bisher knapp einem Dutzend Leuten vorgehalten wird, die allerdings größtenteils Haftverschonung erhalten haben.

Zur Last werden ihnen Taten gelegt, die noch vor kurzem größere Akzeptanz in der Anti-AKW-Bewegung genossen. Nach Tschernobyl hatte es zum guten Ton unter Aktivisten gehört, das Umsägen von Strommasten öffentlich zu preisen, auf den Treffen wanderten ganz unkonspirativ gelockerte Schraubenmuttern von einer Hand zur nächsten. Daß diese Aktivitäten seit dem 1.1.1987 als »terroristisch« eingestuft wurden, galt mehr oder weniger als Marotte des Hauses Zimmermann: Man freute sich über die Fahndungsmißerfolgsmeldungen der diversen »Sonderkommissionen Strom« und wähnte sich in Sicherheit. Daß im Windschatten des öffentlichen Entrüstungssturmes über die Schüsse auf Polizisten die radikale Rhein-Main-Szene plötzlich unter Zuhilfenahme dieses reformierten 129a aufgerollt werden würde, der Staat also mit dem ohne große Proteste beschlossenen Gesetz ernst machen würde, kam dementsprechend überraschend.

Aus dem unerwartet eingetretenen Ernstfall mußten aber nicht nur die Linksradikalen im Rhein-Main-Gebiet Konsequenzen ziehen. Die hier praktizierten Konzepte vom »vielfältigen, phantasievollen Widerstand«, von Arbeit in kleinen Gruppen und konsequenter Militanz gelten auch in anderen Regionen als das Nonplusultra radikaler Politik. Über ein Vierteljahr zerbrachen sich deswegen Autonome und Anarchisten den Kopf: Wie halten wirs mit den Startbahnschüssen? Können das Leute von uns gewesen sein? Was ist revolutionäre Gewalt? Woran mißt sich unsere Radikalität? War die Tat grundsätzlich legitim, aber taktisch unklug, oder war sie moralisch gesehen katastrophal? Gibt es überhaupt eine linke Moral – und wie unterscheidet sie sich von der bürgerlichen? Hat sich die Militanz verselbständigt? Sind die Grünen, die Gewaltfreien, die Reformisten, weil sie sich aus den einst gemeinsamen Kämpfen verabschiedet haben, für die desolate Situation des Widerstands verantwortlich?

Das Frankfurter ID-Archiv, gerade im Umzug nach Amsterdam begriffen, hat die Stellungnahmen und Überlegungen chronologisch geordnet, ohne Auswahl zusammengestellt und nachgedruckt: das Abschiedsgeschenk einer in der BRD nicht zu haltenden Initiative und zugleich Ermunterung zu einer linken Debattenkultur ohne Ausgrenzung. Die Dokumentation ist genauso schön oder häßlich wie unser Spiegelbild und daher ... einfach bezaubernd. Zumindest einzigartig – nicht weil es die letzte Gewaltdebatte gewesen wäre, vielleicht aber die letzte ohne den gerade im Kabinett beschlossenen Paragraphen 130b (Verbot der öffentlichen Befürwortung von Gewalt). Der die Debatte prägende Konsens (das zu erwähnen erscheint angesichts anderslautender Behauptungen des Verfassungsschutzes notwendig) ist, daß die aus dem Hinterhalt abgegebenen Schüsse an der Startbahn mit dem Militanzverständnis der Bewegungen in der BRD nichts zu tun haben.

So interessant und notwendig die Debatte allerdings ist – sie hat den entscheidenden Nachteil, daß es sich dabei nur am Rande um eine politische Debatte handelt. Die Linksradikalen klären darin zwar ihr Verständnis von und ihr Verhältnis zu militantem Kampf, zu ziviler und militärischer Aktion – das Verhältnis selber aber existiert nur in den Köpfen der Diskutanten. In dieser Hinsicht haben die ansonsten ganz unterschiedlichen Beiträge eine Gemeinsamkeit: Clausewitz ist unbekannt, Militanz ist nicht die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Die Gewalt/der Aufstand/die Revolution erscheinen als die Fortsetzung/Ausübung/Vollendung der Moral mit anderen Mitteln. Und weil die Moral als etwas Gegebenes verstanden wird – man hat sie oder man hat sie nicht – , wird die Tat das, was zählt oder überzeugt. Das Fehlen von Clausewitz in der Debatte soll nicht, wie schon so oft geschehen, konstatiert werden, um dadurch Marx und Mao in die Debatte einzuschmuggeln. Die Frage ist geistesgeschichtlich viel früher anzusiedeln: Ist das bei den Militanten dominierende Revolutionsverständnis vor oder nach Aufklärung und preußischen Befreiungskriegen anzusiedeln? Befinden wir uns also überhaupt auf dem Stand von 1789, oder immer noch bei den Bauernkriegen?

Der *Bauernkrieg* um die Startbahn 18 West jedenfalls ist verloren. Aus und vorbei. Wie immer, wenn man sich ungewollt verrät, geht das mit verblüffender Schlichtheit aus dem ID-Reader hervor. Da sind auf dreihundert eng bedruckten Seiten zwei Infos der Bürgerinitiative nachzulesen, in denen aus Gründen der Tradition und der Symbolik beharrlich gefordert wird: »Keine Startbahn 18 West! Generelles Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr!« Sonst interessiert sich für dieses, immerhin die Basis des Widerstands bildende Problem niemand. Die Wünsche und Forderungen der Autoren von Frankfurt bis Wiesbaden, von Wackersdorf bis Düsseldorf und von Bonn bis Westberlin gehen dahin, zusammenzuhalten, eine Front zu bilden, sich nicht zu entsolidarisieren, ein selbstbestimmtes Leben zu führen und, am meisten verbreitet, die ganze Bäckerei haben zu wollen. An der Hafenstraße fechten wir's besser aus...

Die Startbahn ist gebaut. *Dieser* Widerstand gegen die Flughafenerweiterung hat keine Aussicht mehr auf Erfolg. Und *diese* Perspektivlosigkeit ist von den vielen möglichen Ursachen für die Katastrophe am 2.11.87 bisher die einzig sichere. Es ginge dann also nur noch um Aufarbeitung und Schadensbegrenzung – was so wenig nicht wäre. Und alle Phantasien von der Einheit des Widerstandes, sozusagen von der oppositionellen zivilmilitärischen Zusammenarbeit, blieben auf der vier Kilometer langen Piste plattgewalzt und einbetoniert zurück. Dem zivil-militärischen Komplex der Herrschenden hatten wir *so* nichts Ebenbürtiges entgegenzusetzen.

Es spricht vor allem eines dagegen, sich mit dieser Erkenntnis abzufinden: Jener sechste Jahrestag der Hüttendorfräumung, der knapp zweihundert Leute des nachts in den Wald geführt hat, ist kein so unpolitischer Anlaß gewesen, wie heute oft leichtfertig behauptet wird. Vier Jahre nachdem die Startbahn 18 West in Betrieb gegangen ist, wird in Frankfurt wieder laut über Ausbaupläne auf Rhein-Main nachgedacht, eine vierte Start- oder Landebahn ist im Gespräch. Die Landesregierung dementiert zwar – aber die Klagen der Fluggesellschaften über Kapazitätsengpässe sind nicht zu überhören. Nicht so laut, aber dafür um so bemerkenswerter, sind die Signale, die auf eine heftige Interessenkollision zwischen der Flughafen AG (FAG) und der Rhein-Main-Air-Base hinweisen.

Denn der Frankfurter Flughafen, nach London der größte in Europa, beherbergt gleichzeitig den größten amerikanischen Luftstützpunkt außerhalb des US-Territoriums – eine einzigartige Kombination. Schon vor einem Jahr machte das Starnberger Forschungsinstitut für Friedenspolitik auf diverse laufende Baumaßnahmen der FAG aufmerksam: u.a. ein neuer Tower, der anders als der bisherige die direkte Sicht auf die Startbahn West erlaubt, ein 27 Hektar großes Flugfeld für die Startbahn West und Betankungsmöglichkeiten auf diesem Vorfeld. Die Verlegung der Kerosinleitungen deutet auf einen Anschluß an das militärische Pipelinesystem der NATO hin, und im übrigen sind Abstellpositionen für zivile Flugzeuge an der Startbahn West gar nicht vorgesehen. In Unterlagen des US-Kongresses fanden die Friedensforscher Etatbeschlüsse für Erweiterungen der Air Base: Immerhin 22,5 Millionen Dollar für die Jahre 1987-89. Auch das 1982 unterzeichnete »Wartime Host Nation Support«-Abkommen, das die Unterstützung der Schnellen Eingreiftruppen der USA durch die Bundesrepublik festschreibt, liefert eine Erklärung für diese Erweiterungsarbeiten.

Unter anderem regelt das Abkommen die Nutzung ziviler Flughäfen durch die US-Streitkräfte im Kriegsfall. So sind Stuttgart, Saarbrücken, Düsseldorf und natürlich Rhein-Main als »Anlande-Flugplätze« auserwählt. Die Rhein-Main Air Base ist neben anderen Militärstützpunkten gleichzeitig als »Haupt-Einsatz-Flugplatz« vorgesehen. Der Frankfurter Flughafen hätte also eine doppelte militärische Funktion, und genau diesen Erfordernissen könnten die laufenden

Baumaßnahmen dienen: Unbehelligt vom Nachschub, der über das Parallelbahn-System abgewickelt würde, könnten auf der 18 West die eigentlichen Kampfeinsätze gestartet werden.

Als die delikaten Kongreßunterlagen aus Washington erstmals bekannt wurden, sagte der damalige Aufsichtsratsvorsitzende des Frankfurter Flughafens und SPD-Spitzenkandidat zur Landtagswahl dem »Wiener« (April 1987): »Wer den Ausbau des Frankfurter Flughafens mit einem militärischen Hintergrund verbindet, der spinnt.« Man hörte die gute alte Börnersche Stimme. Wenn das aber so klar ist, warum zanken sich dann die Bosse selbst und das in einer Offenheit, die in ihren Sphären als glatter Stilbruch gilt? Lufthansa-Angestellte beispielsweise staunten nicht schlecht, als ihr Chef, Ruhnau, auf einer Betriebsversammlung energisch wurde: Die zivile Luftfahrt müsse Vorrang haben, den amerikanischen Ansprüchen müsse entgegengetreten werden. »Heftige Kritik an diversen Luftwaffen« übte auch der ehemalige FAG-Vorstandsvorsitzende Becker, der eigentliche Vater der Startbahn West, als er Ende letzten Jahres aus dem Amt schied: »Das muß anders werden. Wir können doch im bundesdeutschen Luftraum nicht permanent Krieg spielen.« In Frankfurt gibt es nur *eine* Luftwaffe.

Den letzten Stand der Flughafenplanungen beschreibt eine »FR«-Enthüllung, die sich auf »zuverlässige Quellen« aus dem hessischen Ministerium für Wirtschaft und Technik bezieht (15.3.88). Demnach plant die FAG für das Jahr 2000 eine reine Landebahn, die irgendwie zwischen die Startbahn West und die US-Air-Base gequetscht werden soll. Das betreffende Waldgebiet hat der Flughafen bereits erworben. Unabhängig davon, wie ernst solche Pläne gemeint sind, verdeutlichen sie demjenigen, der es immer noch nicht verstanden hat, worum es an diesem Flughafen geht. Für den zivilen Verkehr wäre ein paralleles System von Start- und Landebahnen nicht nur ausreichend, sondern sogar optimal. Nur dürfte es nicht, wie das bestehende, lediglich 500 Meter auseinanderliegen. Man benötigt einen Abstand von 2000 bis 2500 Metern, um die beiden Pisten unabhängig voneinander betreiben zu können. Das ist nicht möglich, weil es das Terrain der Air Base nicht erlaubt. Deshalb die verkorkste »Lösung« mit der Startbahn West, die bereits nach vier Jahren wieder »unzureichend« ist, aber ein knappes Dutzend Gemeinden bis hin nach Rüsselsheim mit Fluglärm eindeckt. Und deshalb die noch verkorksteren Pläne, irgendwo eine weitere Betonpiste unterzubringen.

Ohne die – ersatzlose, wie im Unterschied zu Wallmann festzuhalten wäre – Schließung der Air Base gibt es nicht einmal eine hypothetische Lösung der Konflikte um den Flughafen. Deshalb hat jene große Bürgerbewegung, die Anfang der achtziger Jahre nahe daran gewesen ist, erstmals eine Landesregierung außerparlamentarisch zu stürzen, auch nicht ihr eigenes Ende eingeläutet, wie es eine bei Ökologen beliebte Legende erzählt, als sie die Verteidigung von einigen hunderttausend Bäumen mit einem Interesse für Militärdoktrinen der Nato ergänzte. Sie fing damals überhaupt erst an, sich mit Politik zu beschäftigen. Leider hat das Interesse nicht lange vorgehalten. Nahrung würde es heute nicht weniger finden. Von den 23 Millionen Passagieren, die jährlich durch den Flughafen geschleust werden, haben 23 Millionen keine Ahnung, daß ein paar Steinwürfe weiter tatsächlich alle 108 Pershing-Raketen einschließlich Sprengköpfen eingeflogen wurden. Und auch wieder ausgeflogen werden sollen, wie dem INF-Abkommen zu entnehmen ist. Natürlich nur, damit die nächste Generation – modernisierte Kurzstreckler – wieder eingeflogen werden kann.

*Literaturtip: 2.11.8Z.. – Dokumentation, Hrsg: ID Archiv im Internationalen Institut für Sozialgeschichte, über AuroA Verlagsauslieferung, Knobeldorffstr. 8, 1 Westberlin 19, 310 Seiten, 28 DM*

Konkret 07/88, S 18

**Georg Fülberth**

# Kurzer Lehrgang

**125 Jahre deutsche Sozialdemokratie, ein Festakt im Reichstag, eine Festrede des Genossen Jenninger (CDU), ein Festgast Dregger und eine Festhymne, die das Wasser weicht wie Somat (nicht zu verwechseln mit Diamat). Da will sich auch KONKRET nicht lange bitten lassen und ein kleines Sträußchen abgeben: For it's a jolly good party...**

Die SPD könnte zwischen vielen Geburtstagen wählen, doch sie hat sich inzwischen für 1863 entschieden. Da stiftete Ferdinand Lassalle, ein Schwadroneur, den »Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV)«. Dies war eine Sekte, welche ein Jahr später ganze 4.610 Mitglieder zählte. Sie glaubten an eine ökonomische Irrlehre, das »eherne Lohngesetz«, und Lassalle hoffte darauf, daß Bismarck in Preußen das allgemeine Wahlrecht einführen und ihn damit zu einer ganz großen Nummer machen werde. Doch bevor es soweit war, 1864 schon, ließ sich der Chef wegen eines adligen Fräuleins totschießen. Irgendjemand hatte vermutet, er habe das selbst provoziert, weil ihm sein Club peinlich wurde.

Auch ein anderes Gründungsjahr könnte genannt werden: 1869, Sozialdemokratische Arbeiterpartei, Bebel, Wilhelm Liebknecht. Sie rekrutierten ihre Mitglieder aus Arbeitervereinen, welche ihrerseits sogar älter waren als Lassalles ADAV. Allerdings hatten diese großen Wert auf enge Verbindung mit dem liberalen Bürgertum gelegt, was den heutigen SPD-Häuptern eigentlich eine angenehme Erinnerung sein müßte. Der Zusammenschluß dieser Gruppen, der »Verband deutscher Arbeitervereine«, wurde von Leopold Sonnemann gefördert. Das war der Herausgeber der »Frankfurter Zeitung«, der Vorläuferin der jetzigen »Frankfurter Allgemeinen Zeitung für Deutschland«. Wäre es dabei geblieben, dann gäbe es heute keine »Frankfurter Rundschau«.

Man kann sogar bis 1848/49 zurückgehen. Da taucht das Wort »Social Democratie« schon auf, und zwar in Verbindung mit einer durchaus reformistisch-harmlosen Gesellschaft, der »Arbeiterverbrüderung«. Über deren Gründer, Stephan Born, urteilte Friedrich Engels, er habe es etwas zu eilig gehabt, eine politische Größe zu werden und einen großen Haufen hinter sich zu bringen.

Die ersten politischen Vereine von deutschen Arbeitern aber finden wir sogar schon in den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts: als Zusammenschlüsse von Handwerksburschen im Ausland. Vom zahmen »Bund der Geächteten« (1834) trennte sich 1836 der »Bund der Gerechten«. Doch halt, nicht weiter: Daraus wurde später, 1847, der »Bund der Kommunisten«, Marx/Engels, das muß nicht sein.

Lassen wir die Zahlen, die doch allesamt auf das eine hinauslaufen: Die deutsche Sozialdemokratie wurde während der industriellen Revolution gegründet. Sie ist ein Kind des Kapitalismus, hat sich aber bis heute nicht zum Vaterland durchringen können.

Grund dazu hätte sie. Denn im Kapitalismus gibt es ein Oben und Unten, und die Sozialdemokratie gehört unten hin. Ihre Mitglieder, Wählerinnen und Wähler waren bis heute mehrheitlich kleine Leute, mögen diese selbst sich inzwischen auch sehr gewandelt und mögen einige ihrer Anführer sich benommen haben wie Graf Koks – von Lassalle bis zu Helmut Schmidt und Manfred Lahnstein. Als Ganzes aber, dafür sorgten die auf dem Privateigentum beruhenden Produktions-, Macht- und Herrschaftsverhältnisse, konnte die Partei auf Dauer im besten Falle nur die Nummer Zwei werden.

Dies ist auch der Grund dafür, daß sie auf Reichs- und Bundesebene so selten an Regierungen beteiligt war. Bei einer Gedenkveranstaltung sinnierte 1988 der Vorsitzende Vogel darüber, daß seine Partei zwar inzwischen schon 125 Jahre alt sei, aber insgesamt nur sechzehn Jahre lang einmal einen Kanzler, Reichs-Ministerpräsidenten oder Vorsitzenden des Rates der Volksbeauftragten (na!) gestellt habe: in der Weimarer Periode, zusammengeläppert, drei Jahre, und dann wieder 1963-1969. Ohne es zu wollen, hat er damit eine Wahrheit über das Wesen des deutschen bürgerlichen Staates in seinen verschiedenen Formen ausgesprochen. Dessen Zweck und Verhalten entsprach eben genau den Vorstellungen, welche die aufrührerischen Klassiker, Marx/Engels/Lenin, sich von ihm machten: Unterdrückung der Arbeiterinnen und Arbeiter, Sicherung der Profite der Bourgeoisie, kriegerische Ausdehnung des Herrschaftsbereichs des nationalen Kapitalismus. So etwas ist Chefsache, da können Sozialdemokraten – was sie ehrt – niemals völlig zuverlässig sein.

Im deutschen Kaiserreich war das klar. SPD-Mitglieder durften nicht einmal Schrankenwärter werden. Immerhin wurden sie an der Selbstverwaltung der Sozialversicherung beteiligt, was ihnen teilweise so zu Kopfe stieg, daß sie das Deutsche Reich für ihr Vaterland hielten, welches sie 1914 verteidigen halfen. Genauer: Viele der einfachen Mitglieder meinten, es mit der Waffe in der Hand retten zu müssen. Einige Durchblicker an der Spitze, wie der Reichstagsabgeordnete David, wußten mehr. Seinem Tagebuch vertraute er an, welches Kriegs-Resultat er sich wünschte: einen deutschen Kongostaat; »für die Neger ist der Wechsel in der Verwaltung ein Vorteil«.

Als 1918/1919 das Allgemeine Wahlrecht in Preußen eingeführt und das Reich parlamentarisiert wurde, fühlte sich die SPD zu Hause. Hier war das parlamentarisch-demokratische Gehäuse errichtet, das jetzt zum Sozialismus weiterentwickelt werden mußte. Es blieb labil. In der Novemberrevolution 1918 schien der Kapitalismus bedroht von denen, die völlig unten

waren und gleich ganze Sache machen wollten. Dies war die erste Ausnahme-Situation, in der die deutsche Sozialdemokratie die Regierungschefs stellen durfte, bis 1920. Noske und die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg vergessen wir lieber, denn es ist Geburtstag.

Das Reich sollte aber gar kein Heim für kleine Leute sein. Es mußte fit gemacht werden für die Revision des Versailler Vertrags und für einen zweiten Griff nach der Weltmacht (der erste, 1914-1918, war schiefgegangen). Da störten Sozialdemokraten eher. Sie verschwanden aus der Regierung und kehrten erst 1928 wieder. Erneut glaubten sie, jetzt seien sie endgültig angekommen, und der Berliner Polizeipräsident Zörgiebel sicherte 1929 das Errungene gegen Arbeiter (nicht nur Kommunisten), welche am 1. Mai demonstrieren wollten: 33 Tote. 1930 wurde die SPD erneut hinausgedrängt, denn inzwischen hatte der Reichsverband der Deutschen Industrie in einer Denkschrift Abbau sozialstaatlicher Ansätze und Korrektur der Demokratie verlangt. Als 1932 auch noch die sozialdemokratisch geführte Preußen-Regierung abgesetzt wurde, durch den Herrenreiter Franz von Papen, verwies sie auf Zörgiebels Tat, welche ihre Staats-Tüchtigkeit beweise, doch es half nichts. Für das, was jetzt kommen sollte, Faschismus und Weltherrschaft, wurden doch weit größere Kaliber gebraucht als Polizei-Waffen, und das war nichts für die SPD. Es genügte nicht, die Partei in die legale Opposition zu drücken, sie mußte zerstört werden.

Im Ergebnis ging dann 1945 auch der Rahmen kaputt, der nach den Vorstellungen der Sozialdemokratie bis dahin unabdingbar war für die Realisierung ihrer Ziele: der deutsche Nationalstaat. Ihre Heimat wurde jetzt – nicht nur in der Emigration, sondern auch danach – international.

Kurt Schumachers sozialistischer Nationalismus wirkte bald bizarr. Auch daß er sich auf das Labour-regierte Großbritannien stützen wollte, half nicht, das war die falsche Adresse. Es wäre übrigens völlig verkehrt, die nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzende weitere Rechtsentwicklung der SPD darauf zurückzuführen, daß der Sauerteig, welchen Eduard Bernstein 1896-1899 plaziert hatte, immer stärker nachwirkte. Nach 1945 kam etwas anderes. Die alten Flügelkämpfe wurden abgelöst von skandinavischen, britischen und US-amerikanischen Einflüssen. Davon war der letztere der wichtigste. Der New Deal fand nach dem Tode Roosevelts in der deutschen Sozialdemokratie erst so richtig Anklang.

Allerdings gibt es in den USA keine sozialdemokratische Massenpartei. Wenn SPD-Funktionäre an ein Vorbild für ihre eigene Wirksamkeit dachten, dann fiel ihnen vor allem Schweden ein. Dort regieren Sozialdemokraten seit den dreißiger Jahren, nur einmal durch ein recht kurzes Intervall unterbrochen.

Diese skandinavische Regierungs-Kontinuität wurde hierzulande bis heute nicht erreicht. Schweden: Das ist ein Windschatten-lmperialismus. Er wirkt weniger direkt und vermag dort einzudringen, wo die alten Kolonialmächte und der deutsche Postfaschismus größere Schwierigkeiten haben. Ein solch dezenter Imperialismus schießt nicht, er liefert Waffen.

Darauf haben das Deutsche Reich und die BRD allerdings ebenfalls nicht verzichtet. Aber sie nahmen sich doch auch Größeres vor. Wilhelm der Zweite wollte den Platz an der Sonne mit Annexionen im Westen, Osten und Süden erreichen, Hitler versuchte noch mehr. Adenauer und Walter Hallstein planten eine »Neuordnung Europas« bis zum Ural. Sie hatten also ein sehr großes Reich vor Augen (Maximal-Ziel), andererseits schien ihnen die Bereitschaft zur atomaren Vorneverteidigung des Rests (Minimal-Lösung) vonnöten. Zu beidem sind Sozialdemokraten durchaus zu bewegen, dies aber meist mit Verspätung. Wenn rasch gehandelt werden muß, ist das zu wenig. So erklärt sich Adenauers Spruch von 1957, ein Wahlsieg der SPD bedeute den Untergang Deutschlands.

Und doch ist der schwedische Traum nicht völlig leer. Da die USA den blutigen Einsatz und die atomare Drohpolitik auf sich nahmen, konnte die BRD eine ökonomische Sonderrolle spielen. Also auch hier: Windschatten-lmperialismus, Brandt, Engholm.

Allerdings: Wer in der NATO ist und an der Systemgrenze haust, überdies eine Irredenta im Osten hat, kann sich auf weiches Wasser allein nicht verlassen. Deshalb sind die USA doch näher als Schweden. Bislang konnte in der Bundesrepublik immer nur diejenige Partei den Kanzler stellen, welche mit der jeweils dominanten Richtung der Außenpolitik der Vereinigten Staaten übereinstimmte. Bis Anfang der sechziger Jahre galt das für die CDU/CSU, spätestens seit Egon Bahrs Tutzinger Rede von 1963 für die SPD. Die Jahre 1960-1969 markieren den Übergang. Als der Zweite Kalte Krieg ausbrach, Mitte der siebziger Jahre, war die CDU/CSU wieder das bessere westdeutsche Standbein der USA. Erneut Jahre der Agonie, dann, 1982, die fällige Ablösung. Damals prophezeiten die Weisen: »Das sozialdemokratische Zeitalter ist vorbei« (Hermann L. Gremliza, 1982), »Wir erleben das Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts in der OECD-Welt« (Ralf Dahrendorf, 1983). Richtig daran ist: Das stille Wirken für Sozialpolitik, Chancengleichheit und das gemeine Beste trennt sich wieder deutlicher von tatsächlicher Herrschaft, welche deutschen Sozialdemokraten nie völlig zugänglich ist. Anderswo ist mehr Etikettenschwindel möglich. In Frankreich etwa können Neo-Kolonialismus und Hochrüstung von einem Abenteurer präsidiert werden, der sich vorher erst noch eine sozialistische Partei gegründet hat. Immerhin: Mit ihrer internationalen Arbeit forciert die SPD Figuren, welche allemal rechts von ihrer Mitte landen: Soares. Die deutsche Sozialdemokratie treibt Welt-lnnenpolitik. Sie baut – teilweise vermittelt durch die

Friedrich-Ebert-Stiftung – politische Konfidenten sehr unterschiedlicher Art auf. Diese stützen in ihren Heimatländern nicht die Macht der nationalen Oligarchie, sondern betreiben die – zuweilen »antagonistische« – Kooperation mit dem IWF, der Weltbank sowie den westdeutschen, US-amerikanischen, britischen und schwedischen Investoren. Zu Hause aber lebt der Prophet genügsam. Die gestaltenden Kräfte der SPD sind am besten aufgehoben in der Opposition auf Bundesebene, an der Spitze von Gemeinden, als Ordnungsfaktor in den Gewerkschaften. In den ärmeren Bundesländern stellt sie die Ministerpräsidenten, die reicheren haben die anderen. Für die zentrale Regierung ist sie Ersatz-Reserve, die von Zeit zu Zeit auch einmal ganz nach vorne darf.

So behält die SPD viele Aufgaben. Sie wird bestehenbleiben, solange es hierzulande den Kapitalismus gibt. Und nur gemeinsam mit ihm wird sie untergehen.

Konkret 07/88, S 20

**Wiglaf Droste**

# Ein Blatt wie Pech & Schwafel

**Mehr Bürokratie wagen! – Auf einem »nationalen Plenum« Ende Mai beschloß die große Mehrheit der »taz«Angestellten, daß die »linke, radikale tageszeitung« in Zukunft von einer sechsköpfigen Führungsclique mit »Weisungsbefugnis« und »Vetorecht« geleitet wird. Weizsäckers Lieblingsalternative räumen auf**

Aus dem Bilderbogen für den geprüften Mitmenschen, Füttern und Necken verboten: *Nationales Plenum* der »taz« im Berliner Vorzeige- und AllesinOrdnung-Dorf Lübars. Hier, wo sie sich fihinden wohl unter Lihinden, im *Labsaal* (Schicksal Trübsal? Bruchsal?), noch so einem *Projekt* (»taz«-Jargon für »taz«), brütet Familie »tageszeitung« ihre Zukunft aus. Zum Thema »Selbstverwaltung – Fluch oder Segen« hören wir am Mikrophon den Referenten Walter Jacobs, der stets so Einschneidendes aus Düsseldorf zu berichten weiß, unser Walter, ein Kerl wie Wut und Trauer: »Es ist ja nicht nur die taz. Ich mach ja auch noch eine selbstverwaltete KiTa. Vor lauter Selbstverwaltung komm ich gar nicht mehr zum Leben.« Nein, da lacht keiner. Ergriffen werden die mürben Hände geknotet, verständnisdurchdrungen die Köpfe gewiegt, gewägt und gewackelt. Hier ist man ganz bei sich, in der psychosozialen Kapitulationserklärung. Für gewöhnlich werden derartige Windelweichheiten nicht noch in die Bresche der Diskussion geschleudert, sondern gleich im Tagblatt endgelagert und an die Leser entsorgt: »Wie immer, wenn man die Augen verschließt vor den tatsächlichen Verhältnissen, ist die Situation contraproduktiv.« Dunkel ist der Worte Sinn, das Imponiergespreize von Brigitte Fehrle ist als Kommentar der Schlagstock- und Verhaftungsorgie der Westberliner Polizei am 1. Mai 1988 gemeint.

Ein halbes Jahr zuvor. Piff-Paff, Schüsse an der Startbahn West, zwei Petermänner fallen tot ins Gras. Werwiewas? Wiesoweshalbwarum? Vera Gaserow hat keine weiteren Fragen, ihr Leitartikel ist ein staatsanwaltliches Plädoyer. »Mord. Mörder«, scharfrichtert sie, von keiner Kenntnis behindert, und meint damit jeden, der vorm Staate und seinem Gewaltmonopoly nicht demutsvoll ins Knie bricht. Und Klaus Hartung schult auf Kaplan Käppchen um: »Es geschah diese Tat vor einem düsteren Hintergrund...« Per Volksempfänger angemessen verschreckt, ohne detaillierte Kenntnis des Geschehens und ohne den Wunsch, sich diese zu verschaffen, muß die Redaktionskonferenz am Morgen nach den Schüssen nur eine Frage dringend klären: Hat die »taz« bzw. haben einzelne ihrer Redakteure durch mangelnde Distanzierung und Globalverurteilung von jedweder »Gewalt« nicht vielleicht quasi »mitgeschossen«? Gewissensprüfung und Bibelstunde. Beichtstuhl und Buße. Zwei Golffahrer aus unserer Mitte gerissen – sind wir schuld? Das ist zwar so nicht zu klären, aber wie man sich links fühlt, fühlt man sich schuldig bzw. wäre es gerne, um umso tiefere, ehrlichere Reue zeigen zu dürfen: Wir haben gesündigt in Worten, Taten und Gedanken. Und wollen's nie mehr wieder tun. Das schreiben wir auf, hundert mal am Tag. Einszwanzich bitte.

Die Weizsäckerisierung der »tageszeitung« schreitet stetig voran, bald ist das Endstadium des Tugut-tut-tuut erreicht, im Verein mit dem silbrig jovialen Lockenwickler Richard I. betet die geschlossene Abteilung Schuld und Söhne Rechtsstaat usw. herunter und litaniert dienstbeflissen die großen Phrasen der Menschheit. Im Chor der guten Christen ist die »taz« auf den Part des kritischen Konfirmanden abonniert, der Posten war gerade mal wieder frei. So darf dann hin und wieder einmal bang die Frage aufgeworfen werden, ob möglicherweise nicht alles in Ordnung... Gesellschaft vielleicht doch inhuman organisiert .. wie schrecklich ... das darf doch nicht . . . wäre fatal . . . und jetzt alle: Aber Weizi-Bumbeizi bum bum, immer rein in den Monarsch.

Auch in der »taz« möchte mancher gerne König werden, Max Thomas Mehr immerhin, wie er dem »Spiegel« mitteilte, »ein gütiger«. Wie so viele verwechselt das Väterchen der »Versöhnung« das Nachlassen der eigenen, ohnehin schon geringen Kräfte mit geschichtlichen Einsichten bzw. politischem Verstand. So einfach geht es nun doch nicht. Andere bescheiden sich mit der Rolle eines linken Chefs. Für das Sechserpack, das ab Anfang Juli die Geschicke der »flinken klerikalen tantenzeitung« (Kulturredakteur Mathias Bröckers) leiten möchte, hat auch Andreas »Popper« Rosteck seine »Kandidatur« erklärt und sein »Wahlprogramm« am Schwarzen Brett aufgehängt: »Eine gute Zeitung muß die Nase im Wind haben.« Und der Operettenjournalist die Nase vorn. Auch ein Leser-Blatt-Bindungs-Polizist hat Drang zum Höheren. Ronnie Goltz, Bürovorsteher, »Kann denn Kandidieren Sünde sein?« Der Mann, der in der »taz« als »radikal links« gilt, schreibt am 10.6.88 aus Verzweiflung über die gelungene Erpressung des Berliner KaDeWe: »Die spontane Freude, das Nobelkaufhaus um eine halbe Million erleichtert zu haben, ist verständlich. Beim Nachdenken war keine Freude bei mir mehr da (...) Sollen wir wirklich jemand beglückwünschen, der den Tod von Unbeteiligten billigend in Kauf nimmt? (...) Mit dem Erfolg dieser Erpressung könnten andere auf die gleiche Idee kommen, und dann kann ich nur hoffen, daß Du und ich nicht gerade 'zufällig' bei Bilka, Wertheim, Hertie, Karstadt oder im KaDeWe sind.« Ja, wenn das alle täten, wo kämen wir da hin. Und für das »billigend in Kauf nehmen« bekommt er die Dienstmütze.

Die haben sich andere noch redlicher verdient. Lokalredakteur Nowakowski, der beim Staatsschutz ein wenig plauderte und zwei angebliche Mitglieder der von der gesamten Berlin-Redaktion zum Hauptfeind erklärten »Autonomen Szene« belastete, wurde nach Ruchbarwerdung zwar gerügt und soll in eine andere »Abteilung« versetzt werden, aber der Eiertanz

um den Vorfall vom September 87 beim Nationalen Plenum im Mai 88 war in seiner tiefen Verlogenheit von erhellender Kraft. »Es war eine einsame Entscheidung, zur Polizei zu gehen«, beschwor Nowakowski Hemingway. »Wenn man mir mein Fahrrad klaut, gehe ich auch zur Polizei«, pflichtete Frau Gaserow ihm bei. Teile der Lokalredaktion, durchweg tüchtige Kommunistenesser, erklärten die Rüge (nicht die Aussage bei der politischen Polizei,) denn auch zum »Skandal« und drohten, bei Nichtrehabilitierung des Polizeireporters mit ihrer Kündigung. Man gab der Psyche einen Wink, und sie ging.

Die kleinbürgerliche »Revolte« ist ein ganz besonders schönes Anpassungsritual: Die »taz« hat es bis zur Lächerlichkeit perfektioniert. Während man mit dem Imponiermythos vom 'sauberen', 'engagierten', 'kritischen' und 'investigativen' Journalismus noch den einen oder anderen Abonnenten aus der Hängematte zu zerren versucht, wird in der Zeitung an einer Sprachregelung geschnitzt, deren Ergebnisse mit Ärmelschonerprosa noch freundlich umschrieben sind. Ob da in Kommentaren von »Meinungsführer- und Hoffnungsträgerschaft« die geistverlassene Rede ist oder die Chefetage, die jetzt etabliert werden soll, als »Freigestelltenmodell« firmiert: Sprache in der »taz« ist ein Instrument der Verschleierung, nicht der Kenntlichmachung .

Der Prozeß der Überflüssigwerdung aber geht knalldemokratisch zu: Morgen für Morgen trifft man sich zum Schläferstündchen, wo dann die Zeitung vom Tage weg- und die von morgen herbeidiskutiert wird. Die Sorte Menschen, die sich zunächst einlassen, sich anschließend auseinandersetzen und zu guter Letzt alles wieder aufarbeiten bzw. ggf. auch aufwischen, rapportiert und räsoniert auf das Prickelndste vor sich hin. Manchmal aber verjüngt sich das Müd-Erloschene jäh zur Geflügelfarm. Aufgeregtes Gepicke und Gescharre. Was ist passiert? Ist wieder jemand »zynisch« gewesen? »Menschenverachtend?« »Geschmacklos«? Ohohohoder alles drei? Das wird mit Augenbrauenschürzen, Leichen- und Magenbittermienen nicht unter drei Wochen bestraft. Ab zum Direktor! »Es gibt hier einen Konsens, und an den hat sich jeder zu halten.« Zum Thema Analphabetismus und Sprachwächtertum gibt Flachkraft M. Rediske eine Expertise ab. »Wir müssen mehr aufeinander aufpassen. Und filtern. Wie ein Sieb.« Martin Kempe vom Gewerkschaftsantiquariat hat auch eine Meinung: »Du mußt doch daran denken, was die anderen denken.« Top-Journalismus schon in den frühen Morgenstunden.

Wesentlich leichter fällt das mit dem Denken, wenn es ums Eigentliche geht. »Unsere Altersvorsorge – wichtig für ALLE!«, mahnt ein Aushang dutzendfach. *Friedels Versicherungsbüro* lockt mit einem *Angebotspaket* von *Fairsicherungen* – oh, man möchte die Haare ausraufen, aber nicht die eigenen.

Dicke Bücher könnte man vollschimpfen über unsere kleine Zeitung, und wenn man in zehn Monaten Redaktionszugehörigkeit ein knappes halbes Dutzend mal von verbissenen Unfrohlingen vor die Tür geschmissen werden soll, stimmt einen das auch nicht eben milder (bzw. Mülder, Benedict Maria, aber der wanderte wie viele vor ihm dahin, wo man die objektiv staatstragende liberaalglatte Jasagerlangeweile angemessener bezahlt). Sieht man vom internen Weggeekle ab, wird in und mit der »taz« nicht gestritten und nicht gekämpft. Eine Zeitung, die das vor Jahren von ihr eingerichtete »Waffen für El Salvador«-Konto gezielt verschludern läßt und nur behält, um nicht ca. 5000 ansonsten erbitterte Altabonnenten einbüßen zu müssen, kann aus ihrem Rückgrat eins a Lakritzschnecken drehen.

Das Lied zur »taz« hat Franz Josef Degenhardt mit »Wildledermantelmann« schon geschrieben, als es die »taz« noch gar nicht gab: »Aber wie ist das Gefühl, wenn man so langsam langsam driftet, nach rechts...?« Peter Alexander allerdings hat auch nicht schlecht hingelangt: »Die kleine Zeitung am Ende der Straße, da wo das Leben noch lebenswert ist«. Das Zentralorgan für alternative Lebenslügen e.V., ein Blatt wie Pech und Schwafel, hat für alle Verhältnisse die richtige Einrichtung.

Es versteht sich wie von selbst, daß die, die jetzt eine Hierarchie quasi gesetzlich festschreiben wollen, identisch sind mit den Rechts- und Ordnungsredakteuren, die schon immer ihre Ansprüche auf »Meinungsführer-, Hoffnungs-« und Hosenträgerschaft angemeldet haben und für die eine Koalition zwischen SPD und der Jugendorganisation der CDU, den Grünen, der Gipfel aller Lust wäre. Nach der Melodie »Wenn wir erklimmen erschwindelte Höhen« arbeiten »freigestellte« Strategen an der Erektion der Abokurve, wurstsalategal, was im faden mutlosen humorresistenten Bistumsblatt drinsteht. Die »tageszeitung« bleibt, was sie immer war: das Beamtenheimstättenwerk sich links fühlender Rentenversicherter. Von irgendwas müssen die ja auch leben.

Konkret 07/88, S 24

**Mathias Erb-Sommer**

# Spring-Gene auf dem Acker

**Der erste bundesdeutsche Freilandversuch mit manipulierten Genen wird am Kölner Max-Planck-Institut durchgeführt. Versuchsobjekt der Gentechniker ist die harmlose südbrasilianische Pflanze Petunia. Damit die Premiere nicht platzt, bemüht sich auch die Polizei um das Gelingen des »anschlagsrelevanten« Experimentes. Denn weitere, weniger harmlose Versuche mit manipulierten Genen sollen demnächst in freier Natur durchgeführt werden**

Polizei und Gentechniker arbeiten Hand in Hand. Das nicht nur, wenn der Nürnberger Polizeidirektor Ziegenaus eine kritische Veranstaltung zur Gentechnik im KOMM mit dem Argument zu verhindern trachtet, dort würden »Planungen im Bereich Gentechnologie einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht« – mit allen Konsequenzen, die aufgescheuchte Menschen daraus ziehen könnten. Auch beim ersten geplanten Freilandversuch mit gentechnisch manipulierten Organismen in der Bundesrepublik erweist sich die Polizei als freundlicher Helfer der Gentechniker.

So konnte Professor Klaus Halbrock vom Max-Planck-lnstitut für Züchtungsforschung gegenüber der Kölner Stadtverwaltung am 30. Januar 1987 mitteilen, »daß gestern der Polizeischutzbezirk Ehrenfeld unser Institut auf ein vermutetes, erhöhtes Risiko eines Terroranschlages während der nächsten Tage und vor allem Nächte hingewiesen hat...«

Warum dieses Mitteilungsbedürfnis? Die Genzüchter von Köln-Ehrenfeld wollen einen Zaun. Die Tatsache, daß es 1985 bereits einen fehlgeschlagenen Brandanschlag gab, kommt nun als argumentative Hilfe gerade recht. »Auch wenn die geplante Umzäunung des Institutsgeländes keinen vollständigen Schutz vor Anschlägen bietet, so wäre doch wenigstens die Kontrolle des Zugangs zum Gelände unter anderem auch durch Polizeistreifen, wesentlich verbessert...«, so Prof. Halbrock an Kölns Oberstadtdirektor Kurt Rossa.

Die sehnlichst erwünschte Zugangskontrolle ist eine der Voraussetzungen für Freilandversuche, bei denen gentechnisch manipulierte Lebewesen in der freien Natur ausgesetzt werden. Genau dieses planen die Erbgut-Bastler am Kölner MPI. Das Blöde ist nur, daß dem Rat der Domstadt dieser Zusammenhang bislang unbekannt blieb. Weil so ein Zaun die Landschaft verschandele und sich das MPI-Gelände zusätzlich in einem Landschaftsschutzgebiet befinde, lehnten SPD, CDU und Grüne in seltener Einigkeit die gewünschte Umzäunung strikte ab.

Doch für Professor Halbrock steht Großes auf dem Spiel. Den demokratischen Ratsbeschluß mochte er auf keinen Fall akzeptieren. Er äußerte vielmehr den Verdacht, »daß an einer oder mehreren Stellen bewußt gegen unsere Belange gearbeitet wird«. Dem Kölner Oberstadtdirektor versprach er, »geeignete Wege zu finden, um eine Änderung des Beschlusses in unserem Sinne herbeizuführen«. Mit Aussicht auf Erfolg. Schließlich will auch Johannes Rau sein von Arbeitslosigkeit gebeuteltes Bundesland voran führen, auf dem Weg des technologischen Fortschritts. Nordrhein-Westfalens Wissenschaftsministerin Anke Brunn erweist sich dabei als willige Helferin im Kampf gegen Kölner Ratsbeschlüsse: Sie drohte den Stadträten mit Konsequenzen, wenn die Wünsche der Forscher »mit Weltruf« nicht erfüllt würden. Köln sei schließlich mit überregional finanzierten Instituten besonders stark berücksichtigt. Über 100 Millionen Mark habe das Land der Stadt in Sonderfinanzierungen zugesagt. Im Kampf um den Zaun – der übrigens auch die Dienstvilla des Pflanzengenetikers Professor Heinz Saedler umspannen würde – bat Frau Brunn den Kölner Oberbürgermeister Norbert Burger, »sich persönlich des nun noch ungelösten Problems« anzunehmen. In Kopie schickte sie ihm ein Schreiben des ansonsten als Friedenskämpfer bekannten Genetik-Professors Peter Starlinger, auswärtiges Mitglied des MPI für Züchtungsforschung. Starlinger macht sich nicht nur Sorgen um die Atomrüstung, sondern auch um »den ungestörten Ablauf der Forschung am MPI«. Er sei durch den negativen »Beschluß des Rates der Stadt Köln sehr beunruhigt«.

Dabei geht es beim bundesweit ersten Freilandversuch am Kölner MPI um einen selbst von kritischen WissenschaftlerInnen wie Regine Kollek als »harmlos« eingestuftes Experiment. Ein zartes Balkonpflänzchen, die in vielen hübschen Farben gezüchtete Petunie, wird mit fremdem Erbgut verändert und auf den Acker gesetzt. Ein Gen aus rotem Mais gibt der Petunie eine wunderschöne, ziegelrote Blüte, die so aufregend ist, daß die Blumenindustrie schon Interesse an der Neuschöpfung angemeldet hat. Ein Antibiotika-Resistent-Gen wurde der Petunie eingepflanzt, um sie während des Experiments von anderen unterscheiden zu können.

Die Forscher wollen an ihr Funktion und Arbeitsweise sogenannter »springender Gene« erkunden, die auf andere Gene hüpfen, diese verändern oder zerstören und auf diese Weise für die Mutation der Lebewesen verantwortlich sind. Die hübsche Blütenfarbe dient den Gentechnologen lediglich als »Marker«: ein Erkennungszeichen für erfolgte oder nicht erfolgte Mutationen.

Da im natürlichen Rhythmus solche Veränderungen durch springende Gene nur selten vorkommen, bei der Petunie etwa ein- bis zweimal auf 50.000 Pflanzen, müssen entsprechend viele Blümchen gepflanzt werden, doch so große Flächen sind in dem Institut unter der hermetischen Absperrung durch Glasdächer nicht mehr frei. Also soll der Versuch auf den Acker.

Anders als bei den geplanten Freisetzungsversuchen, bei denen es um die Wechselwirkung mit anderen – natürlichen – Lebewesen geht, ist es bei dem Kölner Versuch lediglich ein Platzproblem und offenbar politische Vorausschau. Der ideale Einstieg, der die Bevölkerung beruhigen kann: »Das glaube ich auch«, meint der Petunien-Schöpfer Heinz Saedler, »deshalb wollen wir mit der Petunie beginnen...«

Mit großem Druck wird hinter den Kulissen daran gearbeitet, daß dieser erste Freisetzungsversuch – politisch – gelingt. Denn auf ihre Genehmigung warten weitere Freisetzungsversuche, die allerdings nicht mehr so harmlos zu nennen sind: Experimente mit herbizid-resistenten Pflanzen.

Eines dieser Projekte wird derzeit beim Pharma-Multi Hoechst vorbereitet. Seit Anfang 1987 produziert das Unternehmen im Frankfurter Stammwerk das »Total-Herbizid« mit dem deutlichen Namen »Basta«. Das Mittel vernichtet alle grünen Teile der Pflanzen, wobei nicht zwischen »Nutzpflanzen« und gemeinhin als »Unkraut« diffamierten Gewächsen unterschieden wird. Das Ziel dieser Forschung ist klar: Hoechst will die Vorherrschaft auf dem Herbizid und Saatgut-Markt. Mit »Basta« ließe sich dann ein Paket verkaufen: Das Ratzeputz-Mittelchen mit dem entsprechend resistenten Saatgut. Nur eine – zum Beispiel Basta-unempfindliche Weizensorte hätte künftig noch eine Chance, das Licht der Sonne umzusetzen. Erste »Basta«-resistente Pflanzenarten sind bei Zuckerrüben und Raps zu erwarten. Bisher werden sie bei Hoechst noch unter Glas gezüchtet. Doch um voranzukommen sind bald Freilandversuche nötig. Womit sich der Kreis zum Kölner Experiment wieder schließt.

Über die absehbaren weiteren Vorhaben gibt es bisher keine amtliche Auskunft. Die nordrhein-westfälische Landesregierung will zu dem Thema überhaupt nichts sagen. Allerdings wird im Kabinett der Rau-Regierung derzeit an einer einheitlichen (Sprach)regelung gebastelt . So etwas braucht Zeit. Die Kabinettsvorlage »Betr.: 'Grüne' Gentechnologie – Situationsbericht und Handlungsbedarf in NRW« wird seit März 1987 in zahlreichen, immer wieder überarbeiteten Fassungen über die Ministerientische geschoben. Das hindert sie aber nicht in Jülich ein Zentrum für Biotechnologie einzuweihen oder auf dem MPI-Gelände in Köln für zehn Millionen Mark ein Genlabor zu bauen, das 1988 fertig sein soll – »für den wissenschaftlichen Nachwuchs«. »Risiken«, so die Kabinettsvorlage in ihrer Fassung vom Oktober 1987 »sind heute nur unvollständig abschätzbar«, insbesondere »nicht korrigierbare und unerwünschte ökologische Folgen durch die Freisetzung gentechnisch manipulierter Organismen«.

Die sozialdemokratische Wissenschaftsministerin Anke Brunn hat schon entschieden, wie in der Praxis mit der Gentechnologie umzugehen ist. Das zeigt ihr Bemühen, gegen die Stadtratsentscheidungen Naherholungs- und Landschaftsschutzgebiet für die Bio- und Gentechnologie zu opfern. Sind doch die Schüler Dr. Frankensteins in anderen Ländern schon weiter. Sie geben sich nicht nur mit farbveränderten Blümchen ab.

Im benachbarten Belgien konnten die Wissenschaftler des Instituts für Virologie und Immunologie der Universität Liege bereits am 27. Oktober 1987 manipulierte Pocken-Viren freisetzen. Auf dem 600 Hektar großen militärischen Sperrgebiet in der Nähe des belgischen Städtchens Marche legten sie 250 Hühnerköpfe aus, die kleine Aluminium-Kapseln enthielten, in denen sich eine Lösung mit gentechnisch manipulierten Viren befanden. Mit dem Experiment sollten Füchse gegen Tollwut geimpft werden. Recherchen des »gen-ethischen Informationsdienstes« in Berlin zufolge, war dieses Experiment unter Leitung von Professor P.-P. Pastoret bereits ein Jahr zuvor den zuständigen belgischen Ministerien zur Genehmigung vorgelegt worden. Die Auflage der Behörde, daß das Freisetzungsgebiet nicht öffentlich zugänglich sein dürfe, erfüllten die Forscher durch die Auswahl des Militärsperrgebiets. Prof. Pastoret gehört zu einer Gruppe von Forschern, die sich seit einigen Jahren mit der Entwicklung von gentechnisch hergestellten Lebendimpfstoffen befassen. Beteiligt sind neben seinem Institut auch die Gentechnik-Firma »Transgene« in Strassbourg, die das Patent an dem Impfstoff hält, sowie der Arznei- und Chemie-Konzern »Merieux« in Lyon, dem »Transgene« die Rechte daran verkauft hat sowie das »WlSTAR-lnstitut« in Philadelphia/USA. Dieses Institut wiederum war unlängst ins Gerede gekommen, weil es mit einem ähnlichen Virus an Kühen und auch an Arbeitern in Argentinien experimentiert hatte, ohne daß argentinische oder US-amerikanische Behörden informiert wurden.

Konkret 07/88, S 26

# Nachrichten

Auch Mitglieder der CDU/CSU demonstrieren, das ist nicht neu. Neu ist, daß CDU/CSU-Mitglieder Anti-Atomkraftdemonstrationen organisieren. Die erste dieser Art fand am 4. Juni in Kalkar statt. Zwar gebärdete sich das Ganze mit der »Überwindung der Kernenergie« noch recht zahm, immerhin wurde aber gefordert, daß weder der Schnelle Brüter in Kalkar in Betrieb gehen solle, noch die WAA in Wackersdorf gebaut werde. »Der besonnene Ausstieg aus der Kernenergie soll spätestens bis zum Jahr 2010 mit der Abschaltung des letzten Atomkraftwerkes beendet sein«, so die Initiative »Christliche Demokraten gegen Atomkraft« (CDAK).

Hintergrund für solchen Gesinnungswandel könnte eine andere Meldung aus dem Kreis Schwandorf sein. Seit dort der Standort für die WAA festgelegt wurde, hat sich in diesem Landkreis kein einziger Betrieb neu angesiedelt. Vorher waren es dagegen sieben bis zehn Betriebe jährlich, die sich die Oberpfalz als neuen Standort aussuchten. Gleichzeitig wurde im gleichen Landkreis dem Verein »Ökostation Oberpfalz« die vom Finanzamt zugesprochene Allgemeinnützigkeit vom zuständigen Arbeitsamt Regensburg wieder abgesprochen, als dieser Verein sich um eine ABM-Stelle bemühte. Ziel der Ökostation ist es, alternative Energiequellen zu erschließen. Dazu sollte ein Ingenieur eingestellt werden. Das Arbeitsamt befand, daß dieses gesteckte Ziel nicht »mit dem allgemeinen öffentlichen Interesse« im Einklang stehe und bezog sich dabei ausdrücklich auf eine Stellungnahme der Bezirksregierung.

Heinrich Lummer, MdB für die CDU, neuerdings Motorradfahrer und Liebling ausgewogener Talkshows, weiß mal wieder alles besser, sogar besser als sein Bundeskanzler: »Er (Kohl) hat unzutreffenderweise nur davon gesprochen, daß es in der DDR Konzentrationslager gäbe und dies ist keineswegs richtig. Hätte er gesagt, die ganze DDR erschiene wie ein Konzentrationslager, dann wäre er der Wirklichkeit näher gewesen und auch dem Wirklichkeitsempfinden der Menschen, die dort leben.«

Etwas ganz anderes war dem Staatssekretär Peter-Kurt Würzbach eine Presseerklärung wert: Seit 1813, also 175 Jahre schon, besteht in Deutschland die allgemeine Wehrpflicht Eingeführt wurde sie damals vom König von Preußen.

»Keine rechtlichen Möglichkeiten, den kohleimportierenden Unternehmen die Einfuhr südafrikanischer Kohle zu verbieten« sieht der Ministerpräsident des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen. Johannes Rau, SPD-Landesvorsitzender und stellvertretender SPD-Bundesvorsitzender, läßt sich in seiner Korrespondenz mit den Genossen im SPD-Arbeitskreis für internationale Politik »keinen Zweifel, daß wir das Apartheidregime in Südafrika ablehnen«.

Wer verheiratet ist, lebt länger. Dies ist das Ergebnis einer Untersuchung des Schweizer Bundesamts für Statistik. Danach erleben 86 Prozent der verheirateten Männer das 65. Lebensjahr – aber nur 75 Prozent der Junggesellen Bei den Junggesellinnen sind es immerhin 89 Prozent und bei den verheirateten Frauen 93 Prozent, die den 65. Geburtstag feiern können. Einen Grund dafür teilte das Amt allerdings nicht mit.

Unter den Top-Ten der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer ist die BRD auf Platz sieben. Auf Platz eins liegt Schweden mit 90 Prozent. Die BRD kann lediglich 42 Prozent vorweisen und wie schon immer vermutet liegen die USA unter den führenden Industriestaaten an letzter Stelle. Dort sind gerade 20 Prozent aller Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert.

Der guatemaltekische Polizeiapparat – gefürchtetes Instrument der dortigen Machthaber – erfreut sich bester Zusammenarbeit mit Spanien. So wurde unlängst von den jeweiligen Innenministern ein Abkommen zur Erweiterung der Zusammenarbeit für die Verbesserung der guatemaltekischen Polizei unterzeichnet. Im wesentlichen geht es um den Aufbau eines Informations- und Datenverarbeitungsnetzes und um die Einrichtung eines Labors. Auch die Lieferung von Fahrzeugen und die Einrichtung von 25 Ausbildungsplätzen für Beamte der Nationalpolizei wurden in dem Abkommen vereinbart.

Um Aids-kranken Kindern zu helfen wurde im New Yorker Plenarsaal der UN-Vollversammlung ein Benefizkonzert mit dem Musical »Hair« veranstaltet. Doch da im Zeichen von Aids alles anders wird, wurden zwölf Texte aus dem Musical

gestrichen und durch neue ersetzt. So handeln die Lieder nicht mehr von Haschisch, Sodomie und freier Liebe, sondern von der Zerstörung der Ozonschicht und der Angst vor Kriegen. Eine Veranstalterin sagte dazu, daß eine Show mit Liedern über Sex und Drogen für die UN nicht angemessen sei.

Gegen den Virus halten verschiedene Kaufhäuser und Drogerien für Aids-besorgte Kunden ein »Desinfektionsfluid« bereit. Die Herstellerfirma empfiehlt zwecks Aids-Abwehr »Besprühen von Toilettenbrillen, Saunainventar, Türklinken, Spielzeug, Praxiseinrichtungen und Telefonen.« Extra erwähnt wird: »Die Wirksamkeit gegen Aidsviren ist im Laborversuch nachgewiesen: HlV-lnaktivierungstest«. Dr. med. Gert Frösner, Professor am Münchner Max v. Pettenkofer Institut, verriet worin die Wirksamkeit liegt: »Im Ethanol-Anteil von 45 Prozent.« Nach seiner Ansicht hätte auch weniger Schnaps ausgereicht. Fest steht auch, daß Aids nicht durch den Gebrauch von Klosetts, Saunen, Türklinken, Spielzeug oder gar durch Telefonieren übertragen wird. Sondern durch Ficken. Bleibt zu hoffen, daß die besorgten Käufer und Käuferinnen sich nicht das Mittelchen auf den Pimmel oder in die Möse sprühen.

Im November 1987 richtete die Fraktion ~ der Grünen eine kleine Anfrage an die Bundesregierung. Man wollte wissen, was mit den an der »Deutschen Höheren Privatschule« gesammelten Geldern für südafrikanische Soldaten geschieht. Ferner wollten die Grünen wissen, welchen Einfluß »südwester Nazis«, vereinigt im »Bund Nationaler Deutscher« an der im fernen Windhuk gelegenen Schule haben. Und wie die Bundesregierung darauf reagiere, daß dort Lehrer immer mal wieder die Kriegsschuld Hitlers abstreiten. Die Antwort steht noch aus.

Ulrich Wegener, ehemaliger Kommandant des Grenzschutzkommandos West, dient seit dem 1. Juni in Saudi-Arabien. Dort soll er eine Sondereinheit zur Bekämpfung des Terrorismus nach dem Vorbild der bundesdeutschen »GSG 9« aufbauen. Der Nachfolger Wegeners hierzulande ist ehemaliger Vertreter des Inspekteurs des Bundesgrenzschutzes.

Mit einem »Superauge« verfügt der baden-württembergische Innenminister Dieter Schlee, CDU, über ein »einmaliges Kommunikationssystem« Vom Hubschrauber aus kann dieses Auge, eine Farbfernsehkamera, die Bildinformationen direkt in die Einsatzzentrale übermitteln. Entfernungen bis zu 130 Kilometern werden mit Hilfe von Umsetzeinrichtungen auf dem Stuttgarter Fernsehturm und mobilen Antennenträgern überwunden. Nach Stuttgart und Heilbronn sollen auch im Raum Karlsruhe, Freiburg und Tübingen Festempfangsstationen installiert werden. Verwendung findet diese neue Methode der Polizeiführung »besonders in Katastrophenfällen, bei Sportveranstaltungen oder anderen Großeinsätzen«.

Einen Mammutfilm über die französische Revolution werden die Regisseure Robert Enrico und John Guillermin drehen.

Der Film soll die Zeit von der Erstürmung der Bastille bis zum Tod Robespierres umfassen. Das Budget umfaßt dreißig Millionen Dollar.

Aus Protest gegen die Bezuschussung des Fast-Food-lnformationsbüros »Volksmund« in Frankfurt mit Geldern der evangelischen Kirche ist eine Reihe von Mitarbeitern der Imbißkette McDonalds aus der Kirche ausgetreten. Das Fast-Food-Büro behauptet, Schnellimbiß-Ketten wie McDonalds seien mitverantwortlich für das Abholzen der Wälder in der Dritten Welt. Die Rodungen dienten zur Gewinnung von Weideland für Rinder, deren Fleisch für die Hamburger Produktion exportiert werde. Die Betreiber der Restaurants in der Bundesrepublik haben diese Vorwürfe zurückgewiesen. Sie würden nur deutsches Fleisch verwenden.

Die CDU hat sich nun doch gegen ein Zentrum für Friedensforschung in Guernica entschieden. Dieses Institut war als Geste des Friedens und der Versöhnung gegenüber der Stadt Guernica und dem baskischen Volk gedacht. Jetzt wird es nur eine Städtepartnerschaft zwischen Pforzheim und Guernica geben.

Im hohen Norden der Republik gibt es nicht nur das Problem Hafenstraße, sondern man erzählt sich mittlerweile sogar Witze: Im Himmel trifft Dohnanyi auf Adolf Hitler, welcher zu ihm sagt: »Klaus, das mit der Hafenstraße, hast du schlecht gemacht. Wenn ich da mal rankönnte – eine viertel Stunde und alles wäre platt. Keine Frage!« Dohnanyi entgegnet: »Niemals«. Und so wie es kommen muß, schließen sie eine Wette ab und Dohnanyi wartet im Himmel, während Hitler sich in Richtung Hafenstraße davonmacht. Eine viertel Stunde vergeht, eine halbe, eine dreiviertel. Schließlich nach einer Stunde kommt Hitler völlig erledigt zurück und wird von Klaus siegesgewiß empfangen: »Na? Hat wohl doch nicht so geklappt?« »Ne, ne, meint Hitler, das mit der Hafenstraße war schon nach zehn Minuten paletti, aber danach – 1,5

Millionen Hände schütteln, das hat mich fast umgebracht.«

Während in Hamburg derlei Witze kursieren, haben die Bewohnerlnnen der Hafenstraße ein neues Wandgemälde angebracht:

Konkret 07/88, S 28

**Manfred Asendorf**

# Eine feste Mark...

**Währungsreform 1940 - ein Datum für zwei Geschichten: einer offiziellen, die den vierzigjährigen Siegeszug der Deutschen Mark feiert; und eine verschwiegene Geschichte, die davon handelt, wie sich das deutsche Kapital von den Kosten seines verlorenen Krieges befreite und wer ihm dabei half: Wissenschaftler, Sozialdemokraten und Gewerkschafter**

Die Währungsreform vom 20./21. Juni 1948 in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands gehört zu den unverwüstlichen Mythen bundesdeutscher Ideologie – und das wird vermutlich noch eine Zeitlang so bleiben, was immer Historiker über Entstehungszusammenhänge, über Begleitumstände und Folgen dieser Geldneuordnung und der anschließenden Liberalisierung und Aufhebung der Bewirtschaftung schon geschrieben haben und noch schreiben werden. Mit wachsendem zeitlichen Abstand verknüpften sich im Fluchtpunkt der Währungsreform alltagshistorische Erinnerung an eigenen Fleiß und eigene Tüchtigkeit mit der Staats- und Gesellschaftsräson »freiheitlich-demokratischer Grundordnung«, und das hieß zugleich diskretes und indiskretes Beschweigen nationalsozialistischer Vergangenheit kombiniert mit antikommunistischer Verfolgungswut.

Die neue Währung, Deutsche Mark statt Reichsmark, 40 DM für jeden, Schaufenster, die sich über Nacht mit Auslagen füllten, das Ende von Schwarzmarkt, von »Zigarettenwährung« und »Uhrenwährung« – dies prägte sich den Köpfen ein, »das Wunder«, wie es in Zeitungen zu lesen stand, »auf das man seit neun Jahren gewartet hat«, ein Gefühl wie Weihnachten. Daß viele dieses Wunder eher als großen Schreck erlebten, zum Beispiel Kleinsparer und Rentner und nicht mehr arbeitsfähige Männer und Frauen, wurde zwar von den Zeitgenossen registriert, ging aber schnell in dem beginnenden Konsum- und Leistungsrausch unter. Zumal die Kehrseite konnte man den Besatzungsmächten anlasten, vor allem den Amerikanern, die die Währungsreform geplant und zusammen mit den Briten und Franzosen den Deutschen in den westlichen Besatzungszonen oktroyiert hatten.

Doch warum geschah die Deutsche Mark? Unumstritten war sowohl bei den Besatzungsmächten als auch bei der deutschen Bevölkerung, daß etwas geschehen mußte, um das durch die faschistische Kriegsfinanzierung zerrüttete deutsche Geldwesen in Ordnung zu bringen. Nach offiziellen Angaben der Reichsschuldenverwaltung, die wenige Tage vor Kriegsende Bilanz machte, betrug allein die Inlandsverschuldung zum Zeitpunkt der Kapitulation knapp 390 Milliarden Reichsmark gegenüber 37 Milliarden Reichsmark bei Kriegsbeginn. Dazu kamen Ansprüche an das Reich in Höhe von mehreren Hundert Milliarden, die sich aus bei Kriegsende nicht abgerechneten Rüstungsaufträgen, aus Entschädigungen für Verluste durch Flucht und Vertreibung, für Demontagen und Requisitionen, aus der Versorgung von Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen und für Kriegssachschäden ergaben, noch nicht gerechnet Reparationsforderungen des Auslands und »Wiedergutmachungsleistungen« an Verfolgte des Hitlerregimes. Da die deutschen Großbanken, insbesondere Deutsche Bank, Dresdner Bank, Commerz- und Privatbank, im Dienste der nationalsozialistischen Aufrüstung gestanden hatten, war die Masse ihrer Einlagen in Forderungen an das Reich angelegt.

Das Schicksal dieser Banken war also eng mit der Regulierung der Reichsschuld verknüpft. Beseitigte man die monopolistischen Banken mitsamt ihren Staatsschuldtiteln, so hatte man nicht nur eine Vorentscheidung zugunsten einer sozialistischen Wirtschaftsordnung getroffen, sondern zugleich ein zentrales Problem der Währungsreform entschärft, indem ein großer Teil der überschüssigen Geldmenge vernichtet wurde. Darüber hinaus hatte man dokumentiert, daß man nicht bereit war, Reichsschulden anzuerkennen, mit deren Hilfe es dem nationalsozialistischen Staat erst möglich gemacht worden war, andere Völker zu überfallen und zu unterwerfen.

In der Tat verfuhr so die Sowjetische Militäradministration in Berlin und in ihrer Zone: Sie schloß die Banken unmittelbar nach der Besetzung, in ihrer Zone bereits Ende April 1945, in Berlin gut einen Monat später, und ersetzte sie durch neue Provinzial-, Stadt- und Kreisbanken. Im Januar 1948 erfolgte per Gesetz die Verstaatlichung des gesamten Bank- und Kreditwesens.

Wollte oder konnte man diesen Weg nicht gehen, aus welchen Gründen immer, kam nur eine Währungsreform unter kapitalistischen Vorzeichen infrage. Einen dritten Weg gab es nicht. Dabei machte es, zumal von heute aus gesehen, keinen wesentlichen Unterschied, ob man, wie die Amerikaner in ihrer Zone, das Bankensystem dezentralisierte, oder ob man, wie die Briten, für die Beibehaltung zentralistischer Lenkungsmechanismen eintrat. Gingen die einen den Weg einer sozialistischen Währungsreform, die andern den einer kapitalistischen, so war nicht zu sehen, wie die Beschlüsse des Potsdamer Abkommens vom 2. August 1945 verwirklicht werden konnten, denen zufolge Deutschland als eine »wirtschaftliche Einheit« zu behandeln war.

Die Diskrepanz von Einheitspostulat und praktischer Politik war so im Kern, nämlich in der Frage der Wirtschaftsordnung, von Anfang an gegeben, noch bevor die deutsche Frage vom Ost-West-Konflikt überlagert und durchdrungen war. Doch welcher Politiker mochte dies öffentlich einräumen? Abgesehen von den Franzosen, die an der Potsdamer Konferenz nicht

teilgenommen hatten und sich daher an deren Beschlüsse weniger gebunden fühlten, beschworen die Sieger die Einheit Deutschlands. Doch Schritt für Schritt vertiefte sich die Spaltung. Dies schlug sich in den Vorbereitungen der Amerikaner für eine Währungsreform nieder, die bereits im Frühjahr 1946 voll im Gange waren.

Und die Deutschen? Als nach der Befreiung in den traditionellen Arbeiterparteien sowie in der CDU eine lebhafte Auseinandersetzung über eine Demokratisierung der Wirtschaft, über Mitbestimmung und Sozialisierung begann, waren bereits zahlreiche Experten damit befaßt, Nägel mit Köpfen zu machen, auf ihre Weise. Noch bevor die Großen Drei – Truman, Stalin und Churchill (bzw. Attlee) – über Deutschland berieten, hatten deutsche Finanzexperten Vorstellungen zur Bereinigung der Geld- und Finanzsituation entwickelt, teilweise unter Rückgriff auf Ausarbeitungen aus der Kriegszeit. In diesen Plänen, deren Anzahl nach und nach auf schließlich etwa 250 wuchs, war die bestehende Eigentumsordnung im Prinzip wie selbstverständlich vorausgesetzt, in der Regel stillschweigend.

Eine Gruppe Münchner Gewerkschafter legte im September 1945 einen in den Grundzügen bereits Mitte Juli des Jahres fertigen Plan vor, in dem sogar ausdrücklich »auf jede Sozialisierungs-Absicht« verzichtet wurde, »angesichts des Umfangs der Katastrophe und der derzeitigen politischen Lage«. Die Verfasser des »Planes G«, federführend waren der Münchner Stadtkämmerer Erwin Hielscher (SPD) und der Staatsminister für Arbeit und soziale Fürsorge in Bayern, Richard Oechsle, forderten zwar eine »aktive Wirtschaftspolitik des Staates (Planwirtschaft)«, beließen es jedoch bei Vorschlägen, durch operative Eingriffe die »bestehenden Diskrepanzen in der Währungs- und Finanzsituation zu beseitigen«. Sie betonten, daß »diejenigen, die diesen Krieg gewollt, geführt und verlängert haben, auch für seine wirtschaftlichen Folgen verantwortlich gemacht werden«, plädierten dann aber für die Aufrechterhaltung »einer bestimmten Zahlungsverpflichtung des Reiches«: »Sie bedeutet nichts anderes als eine Art langsame Abtragung der Kriegsschulden, der Kriegslasten; nichts anderes als eine gerechte Verteilung der Kriegslasten auch auf die kommende Generation«. Oberstes Ziel müsse die »Wiederankurbelung« der Wirtschaft sein, daher sollte eine Vermögensausgleichs-Abgabe zur Finanzierung des Lastenausgleichs keineswegs »mißbraucht« werden als »Instrument einer Teilsozialisierung«, sondern den »Unternehmer in der Betriebsführung, Planung, Ausweitung, Einschränkung, Preispolitik, Absatzpolitik usw. völlig unangefochten lassen«. Überdies sollte der »Ausgleichs-Anteil« einheitlich bei 40 Prozent liegen, gleich ob es sich um hohe oder geringe Vermögen, um Sachwerte oder Geldforderungen handelte – wobei dem Unternehmer durch finanztechnische Manipulation sogar noch eine Art Verfügungsgewalt über das abgegebene Vermögen eingeräumt wurde. Um den Geldüberhang zu beseitigen, war im Plan G vorgesehen, die vorhandenen Reichsmarkansprüche weitgehend stillzulegen, gleichzeitig erheblich zu kürzen und, was noch von den Sperrguthaben übrig blieb, nach und nach wieder freizugeben, »wenn die Lage der Wirtschaft es gestattet«. Im übrigen sollte der Lastenausgleich ausschließlich den Inhabern gesperrter Reichsmarkforderungen zugute kommen, während die Opfer von Krieg und Nazi-Terror gesondert auf andere, im einzelnen zum Teil nicht näher ausgeführte Weise entschädigt werden sollten.

Man solle den Plan G (G wie Gewerkschaft), so kommentierte die »Gewerkschaftszeitung« Nr. 4 vom 25. Februar 1947, in einen Plan l(ndustrie-) und H(andelskammern) umtaufen. Die Plan G-Autoren selber sprachen von einer »Pferdekur«, die einen Sturm der Entrüstung bei den Betroffenen hervorrufen könnte, meinten aber auf »positive Tatsachen« verweisen zu können, »auf welche bei der Durchführung der äußerst schmerzhaften Reorganisationsmaßnahmen gefußt werden kann«: »das vorläufige Fehlen von Interessenten-Haufen«, die »totale Autorität der Militärregierung« und »die an Apathie grenzende Fügsamkeit der Bevölkerung«. Mit der Fügsamkeit und Apathie der Bevölkerung rechneten Hielscher und Oechsle auch für den Fall, daß Bayern, wie sie in einem ersten Entwurf suggerierten, mit einer autonomen Währungsreform voranging. »Warum gerade Bayern das auserkorene Land für eine Sonderregelung sein sollte, die dann 'von anderen geschlossenen deutschen Wirtschaftsgebieten nachgeahmt' werden müßte«, fragten sich zu Recht später die DDR-Historiker Gerd Gebhardt und Klaus Kolloch.

Daß Plan G. an dem auch eine »Volkswirtschaftliche Arbeitsgemeinschaft für Bayern« unter Leitung der Nationalökonomen Adolf Weber und Fritz Terhalle beteiligt war, immerhin ernsthaft von Gewerkschaftern und Sozialdemokraten erwogen wurde, lag auch daran, daß die Führungen in SPD und Gewerkschaften glaubten, Fragen der Währungsreform den Experten überlassen zu müssen. Der sozialdemokratische Finanzpolitiker und Wirtschaftstheoretiker Gerhard Weisser, ein im damaligen Spektrum der Partei eher gemäßigter Reformer, forderte in einem Brief an den späteren DGB-Vorsitzenden Hans Böckler noch Anfang 1948 dazu auf, »daß die sozialpolitische Seite der Währungsreform mehr und besser beachtet wird, als dies von den in der Währungsfrage vorherrschenden Banker- und Finanzministertypen geschieht«.

Für die meisten Experten aus Banken- und Versicherungskreisen war die sozialpolitische Seite der Währungsreform eher lästiges Beiwerk, das zwar als Konzession an den Zeitgeist unvermeidlich war, aber möglichst wenig hermachen sollte. Um die Unmöglichkeit eines wirksamen Lastenausgleichs zu beweisen, wurden phantastische Schätzungen über die Kriegsschäden in der Industrie kolportiert. Während deutsche Sachverständige deren Umfang auf bis zu 50 Prozent bezifferten, war von Amerikanern und Sowjets aufgrund von Geheimdienstberichten auf der Potsdamer Konferenz festgestellt worden, daß 85 Prozent des industriellen Anlagevermögens unversehrt geblieben waren. Der deutsche Wirtschaftswissenschaftler Rolf Krengel ist in einer Untersuchung aus dem Jahre 1958 sogar zu noch weitergehenden

Ergebnissen gelangt: Danach hat der reale Kapitalstock des britisch-amerikanischen Besatzungsgebietes 1945 um 20,6 Prozent über dem von 1936 gelegen.

Statt einen sozialökonomisch differenzierten Lastenausgleich unter Heranziehung auch der Besitzer von Sachvermögen anzustreben, kümmerte sich das Gros der Sachverständigen vorrangig um die Entlastung von Industrieunternehmen und Banken von den Folgen des verlorenen Krieges. Eine vom bizonalen »Verwaltungsrat für Wirtschaft« in Minden in Auftrag gegebene Studie zum Beispiel wollte die geräuschlose Kriegsfinanzierung über die Banken gleichsam rückgängig machen, indem der größte Teil der Spar- und Bankgeldbestände in verbriefte Forderung gegen das Reich umgewandelt werden sollte, in blockierte »Kriegsschulden-Zertifikate«. Die Reichsschulden konnten auf diese Weise, wie der Wirtschaftshistoriker Eckhard Wandel bemerkt hat, bequem aus den Bilanzen der Banken entfernt und praktisch bei der Bevölkerung verewigt werden. Man kann auch sagen, daß sich die Banken mit dieser Finanzakrobatik aus ihrer Verantwortung für die Kriegsfinanzierung herausgestohlen haben.

Die Anstrengungen der Sachverständigen – die bekanntgewordenen Pläne für eine Währungsreform stammen fast ausschließlich aus den Westzonen – kulminierten im Herbst 1947 in den Beratungen der eigens zu diesem Zweck gegründeten »Sonderstelle für Geld und Kredit« in der Bizone (»Vereinigtes Wirtschaftsgebiet« aus amerikanischer und britischer Zone). Im selben Jahr war die Konfrontation zwischen Angelsachsen und Sowjets offen ausgebrochen, Truman-Doktrin und Marshall-Plan verkündet. Im Anschluß daran formulierte das State Department als deutschlandpolitisches Ziel, ein »Bollwerk gegen die kommunistische Infiltration« zu schaffen, eine »Ausgangsbasis für die Verbreitung demokratischen Gedankenguts in den von der Sowjetunion beherrschten Staaten Europas«. In diesem Sinne forderte der amerikanische Handelsminister Averell Harriman bereits im Sommer 1947 ein Ende der Entnazifizierung, weil man auf die wirtschaftlichen Führungskräfte nicht verzichten könne. Harriman griff damit nur etwas auf, was bereits im November 1945 von einer interzonalen Konferenz deutscher Währungsexperten und Finanzpolitiker gefordert worden war: den Abschluß der »negativen Denazifizierungspolitik«.

Die »Sonderstelle Geld und Kredit« war eine Expertenkommission, deren Leitung dem parteilosen Wirtschaftswissenschaftler und -politiker Ludwig Erhard oblag. Der bereits im Zusammenhang mit dem Münchner Plan G hervorgetretene Sozialdemokrat Erwin Hielscher wurde sein Stellvertreter. Die Sonderstelle faßte von Anfang an eine Währungsreform nur für die westlichen Zonen ins Auge. Im »Homburger Plan«, in dem sich die Beratungsergebnisse dieses Gremiums später niederschlugen, ist sogar nur vom »Vereinigten Wirtschaftsgebiet« die Rede. Ein Mitglied der Runde, Prof. Heinz Sauermann, der enge Beziehungen zur Finance Division der amerikanischen Militärregierung unterhielt, erklärte im August 1947 öffentlich: »Die britische und amerikanische Militärregierung können indessen eine 'westliche Währungsreform' mit Rücksicht auf die in Jalta und Potsdam eingegangenen Bindungen nicht durchführen. Wenn aber von deutscher Seite eine Reform in den Westzonen gewünscht werde, dann könnten die westlichen Militärregierungen darauf verweisen, daß sie den Deutschen die Freiheit gegeben hätten, sich wirtschaftlich selbst einzurichten und daß es nunmehr den Deutschen erlaubt sein müsse, von dieser Freiheit Gebrauch zu machen«.

Entsprechend bedrängten die Deutschen die Militärgouverneure Clay und Robertson. In einer Sitzung der Militärgouverneure mit bizonalen Vertretern am 15. März 1948 meinte der für Ernährung und Landwirtschaft zuständige Verwaltungsdirektor Hans Schlange-Schöningen, schon vor 1933 als »christlich nationaler« Bauern- und Landvolkpolitiker dem Abendland verpflichtet: »An dem erforderlichen Mut wird es nicht fehlen, wenn wir die Hoffnung haben können, im Rahmen des europäischen Kulturkreises arbeiten zu können... Wir werden Saboteure in unseren Reihen nicht dulden«. Leider müsse aus politischen Gründen mit den Sowjets weiterverhandelt werden. Und Ludwig Erhard, inzwischen vom Wirtschaftsrat zum Direktor der Verwaltung für Wirtschaft gewählt, ergänzte – in der Sache zu Recht: »Für alle vier Zonen läßt sich wohl eine einheitliche Währungsreform, aber dann nicht eine einheitliche Wirtschaftsführung erzielen«. Und weiter sagte er: »Die kollektivistische Wirtschaft wird über die demokratische Marktwirtschaft siegen. Zum Schluß hätten wir dann doch den kollektivistischen Bazillus bei uns«.

Erhard war für seine Aufgabe als Leiter der »Sonderstelle Geld und Kredit« und als späterer Wirtschaftsdirektor der Bizone gut vorbereitet. Im Auftrag führender Industrieller, die bereits für die Nachkriegszeit Vorsorge trafen, hatte Erhard im Sommer 1944 eine Denkschrift zur »Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung« erarbeitet. Schon im Inhaltsverzeichnis wurde deutlich, daß Erhard Vermögensabgabe und Annullierung der Reichsschulden für »Scheinlösungen« hielt. Als »reale Lösung« betrachtete er dagegen »a) Die finanzwirtschaftliche Ausschaltung; der überschüssigen Kaufkraft« und »b) Kreditschöpfung und Kapitalbeschaffung als Instrument des Wiederaufbaues der deutschen Wirtschaft«. Am Rande war in der Schrift auch von einem Lastenausgleich die Rede. Exemplare des Papiers gingen unter andern an Friedrich Flick, Fritz Jessen (Siemens & Halske/Siemens/Schuckertwerke), Carl Goetz (Dresdner Bank), Oswald Rösler (Deutsche Bank), Hermann Schmitz (I.G. Farbenindustrie) und Philipp F. Reemtsma. Eingeschaltet war auch die SS in Gestalt von »SS-Gruppenführer« Otto Ohlendorf, Jurist und Wirtschaftswissenschaftler, der als »liberaler Gefolgsmann Himmlers« galt.

Die »Sonderstelle Geld und Kredit« war vom Wirtschaftsrat beauftragt, dem Problem des Lastenausgleichs besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Die Sonderstelle dagegen wollte, um eine größere Besitzumschichtung zu verhindern, den Lastenausgleich von der Währungsreform trennen und bis weit in die Zukunft verschieben. Widerwillig machte man sich an die Arbeit. Erhard kam auf die Idee, den Lastenausgleich in den Dienst der monetären Regelung zu nehmen. Er schlug eine selbstzuveranlagende Vermögenszuwachsabgabe auf Kriegsgewinne vor und gleichzeitig die Schaffung von »Reichsmark-Liquidationsanteilen«, die den Geldbesitzern bei der Herabstreichung ihres Altgeldes im Verhältnis 5: 1 zufallen sollten. Mit den RM-Liquidationsanteilen sollten Lastenausgleichsabgaben entrichtet werden können. Große Industriebetriebe und Gesellschaften waren auf diese Weise instandgesetzt, ihre Lastenausgleichsverpflichtungen bequem in RM-Liquidationsanteilen zu erfüllen, ohne daß Sachvermögen belastet und Neugeldbeträge angetastet worden wären. Mitarbeiter der amerikanischen Militärregierung sprachen von einer »Farce«, Erhard mochte nur »Schönheitsfehler« einräumen. Mit einigen Modifikationen, im Prinzip aber unverändert, wurde Erhards Vorschlag in den Homburger Plan aufgenommen.

Die Amerikaner hatten bereits im Frühjahr 1946 mit dem nach ihren Autoren benannten »Colm-Dodge-Goldsmith-Plan« (CDG-Plan) ein Modell entwickelt, das wesentliche Bestandteile der späteren Währungsreform enthielt, aber auch in wichtigen Punkten noch verändert wurde. Die Wirtschaftswissenschaftler Gerhard Colm, vor seiner Emigration Professor in Kiel, Ray Goldsmith und Joseph M. Dodge, Bankier und Finanzberater General Clays, entwarfen ein Drei-Phasen-Programm, das als ein zusammenhängendes Ganzes gleichzeitig verkündet, aber in der Durchführung auf eine Reihe von Jahren verteilt werden sollte. Die erste Phase brachte die Schaffung einer neuen Währung (Deutsche Mark) und einen Geldschnitt von 10:1 für Bargeld, Bankguthaben sowie andere öffentliche und private Schulden. Die Reichsschuld sollte für ungültig erklärt, jedoch Banken, Versicherungen, Kreditgenossenschaften und Wohlfahrtsorganisationen sollten mit Beträgen aus einer neuen, von ganz Deutschland zu übernehmenden Schuld versorgt werden, um ihren reduzierten Verpflichtungen nachzukommen. Preise, Löhne, Gehälter, Mieten und Steuern sollten unverändert bleiben.

Die zweite Phase sah eine »gerechte Verteilung der Kriegslasten auf Inhaber von Geldvermögen und Sachforderungen« vor. Ein Kriegslastenausgleichsfond zugunsten von Personen, die durch Geldabwertung, Bombenkrieg und politische Verfolgung Verluste erlitten hatten, sollte gespeist werden durch Zugriff auf Sachvermögen, auf Stammaktien und Kapitalanteile von Aktiengesellschaften und GmbHs sowie auf enteignetes Nazivermögen. Eine progressive Kapitalabgabe, die ebenfalls dem Lastenausgleich zugutekam, war für die dritte Phase geplant.

Der CDG-Plan war in der US-Administration umstritten, auch innerhalb der amerikanischen Militärregierung. Dies galt insbesondere für die in der Phase 2 zu verwirklichende Bestimmung, »allen Eigentümern von Grundvermögen, Fabriken, Ausrüstungen und Lagerbeständen über 1000 DM eine Hypothek in Höhe von 50 Prozent des unbelasteten Vermögens – zum gegenwärtigen Marktwert« aufzuerlegen. Damit, so schrieb Wesley Harrison, ein Mitarbeiter der Militärregierung, am 12. Juli 1946 an Charles Kindleberger, den stellvertretenden Leiter der »Division of German and Austrian Economic Affairs« im State Department, würde praktisch der Wohlstand sozialisiert und eine Situation geschaffen wie in der sowjetischen Zone.

Von Anfang an gab es auch Stimmen, die die von Colm, Dodge und Goldsmith ernsthaft gewünschte Einigung mit den Sowjets über eine vierzonale Lösung ablehnten. So kursierte im Sommer 1946 im State Department ein umfangreiches Gutachten des Mitherausgebers der Zeitschrift »Fortune«, Kurt Bloch, das die Unvereinbarkeit von sozialistischer und nichtsozialistischer Währungsreform betonte und ein separates Vorgehen für die amerikanische Zone empfahl.

Wenn gleichwohl der CDG-Plan im September 1946 an den Kontrollrat überwiesen wurde, so deshalb, weil sich Gegner und Befürworter unter Zeitdruck wähnten. Die einen fürchteten, die Sowjets könnten in ihrer Zone noch vor Etablierung einer deutschen Zentralregierung unumkehrbare ökonomische und soziale Tatsachen schaffen und wollten den CDG-Plan als Ganzes und möglichst für ganz Deutschland durchsetzen. Die andern setzten auf eine separate Lösung, wollten die Geldreform schnell hinter sich bringen und hofften, später die Punkte 2 und 3 entschärfen oder auskoppeln zu können.

Im Kontrollrat wurde der CDG-Plan zunächst von den Sowjets mit Sympathie aufgenommen, während Briten und Franzosen aus unterschiedlichen Gründen Bedenken anmeldeten. Um die Jahreswende 1946/47 begann sich die sowjetische Haltung zu versteifen, als immer deutlicher wurde, daß die Amerikaner auf die Errichtung eines Weststaates zusteuerten. Am 19. März 1948 verließ die Sowjetunion nach heftigen Auseinandersetzungen den Kontrollrat.

Der Rest bestand aus Nachhutgefechten. Die amerikanische Regierung hatte sich inzwischen entschlossen, den Lastenausgleich von der Währungsreform zu trennen und einer künftigen deutschen Gesetzgebung zu überlassen. In einem 49 Tage dauernden Enklave handelten Amerikaner, Briten und Franzosen mit deutschen Experten die Einzelheiten der Währungsreform auf der Basis dessen aus, was vom CDG-Plan übriggeblieben war. Am 20. und 21. Juni wurde die Deutsche Mark in Westdeutschland eingeführt, am 24. in den Westsektoren Berlins, und am selben Tag zogen die Sowjets mit einer improvisierten Währungsreform nach. Gleichzeitig hatte die totale Blockade Berlins begonnen.

Erst jetzt rückte in den Mittelpunkt des wirtschaftspolitischen Geschehens in Westdeutschland ein Mann, den die Legende als »Vater der D-Mark« zu bezeichnen pflegt: der Direktor der Verwaltung für Wirtschaft, Ludwig Erhard. Durch die vom Wirtschaftsrat beschlossene, von Erhard nicht ohne Risiko rasch durchgesetzte Aufhebung des Preisstopps und der Bewirtschaftung wurde die westdeutsche Geldreform konsequent ergänzt und fortgesetzt.

Mit den bekannten Folgen: Während nach der Freigabe der Bewirtschaftung (zunächst im Konsumgüterbereich) die Preise in die Höhe schnellten, blieb der aus der NS-Zeit übernommene Lohnstopp noch bis November 1948 bestehen. In der zweiten Jahreshälfte stiegen die Lebenshaltungskosten im Vergleich zum ersten Halbjahr im Durchschnitt um 18 Prozent, die Stundenlöhne dagegen nur um 4,5 Prozent. Die dadurch erzielten enormen Unternehmergewinne wurden durch ein gleichzeitig mit der Währungsreform erlassenes Steuergesetz zusätzlich gestützt. Es gab Senkungen der Steuertarife bei der Einkommens- und Körperschaftssteuer, der Vermögens- und Erbschaftssteuer sowie zahlreiche Abschreibungsmöglichkeiten, die es Unternehmern und Beziehern hoher Einkommen erlaubten, beträchtliche Vermögen anzusammeln und gleichzeitig neue Investitionen zum großen Teil aus Eigenmitteln zu finanzieren. Das »Gesetz über die Eröffnungsbilanz in Deutscher Mark und Kapitalneufestsetzung« vom August 1949 begünstigte diesen Vorgang, indem es Unternehmen und Aktiengesellschaften in die Lage versetzte, ihre Sach- und Geldwerte fast verlustlos umzustellen.

Demgegenüber stand die Masse der Sparer durch die Zusammenstreichung ihrer Spareinlagen nach der Währungsreform mit leeren Händen da. Die soziale Not verschärfte sich, weil, während die Industrieproduktion rapide anstieg, die Zahl der Arbeitslosen kontinuierlich wuchs, von 450.000 unmittelbar nach der Währungsreform auf ca. 2 Millionen Anfang 1950. Hungerrevolten, Demonstrationen und sogar ein Generalstreik gegen Preistreiberei am 12. November 1948 bewirkten wenig, weil Gewerkschaften und SPD nicht über echte Alternativen zum Erhardschen Kurs verfügten. Der Zug war abgefahren.

Konkret 07/88, S 32

**Karl-Heinz Hansen**

# Das allergrößte Projekt seit Christi Geburt

**210 Milliarden Mark in 30 Minuten – der Verteidigungsausschuß des Bonner Bundestags hat einen neuen Weltrekord aufgestellt: In einer halben Stunde besiegelten die wehrhaften Volksvertreter am 4. Mai 1988 Entwicklung, Bau und Folgekosten des teuersten Militärflugzeugs aller Zeiten. Die »kritische Öffentlichkeit« beschäftigte sich gerade mit der Wahl in Schleswig-Holstein, dem letzten Stadium des »Barschel/Pfeiffer-Skandals«**

*Nichts gibt einem so das Gefühl von Unendlichkeit wie die menschliche Dummheit*
*Ortega y Gasset*

Im November 1974 war in KONKRET unter der Überschrift »Das größte Projekt seit Christi Geburt« (ein Zitat von Helmut Schmidt) zum Streit um den »Tornado« zu lesen: »Das in langen Jahren gewachsene Zuhälter-Erpresser-Verhältnis zwischen Armeen und Rüstungsindustrien wird stets alles tun, um mit erfundenen Sachzwängen vom Eigentlichen, nämlich von *Politik als demokratischer Willensbildung* und Entscheidungsfindung, abzulenken und sich stattdessen auf die Komplizenschaft der Lobbyisten mit willfährigen Politikern zu stützen.«

Diese Einschätzung hat sich inzwischen als realitätsfern und zu optimistisch erwiesen: Nach dem Primat der Politik zu rufen, ist unsinnig, wenn Politik von Primaten gemacht wird. Weiter heißt es: »Es ist vorauszusehen, daß Messerschmitt am Tage des endgültigen Beschaffungsbeschlusses für MRCA (Tornado) dieses System für veraltet erklären und Propaganda für die neuen Superwaffen machen wird.«

Das hat sich als richtig erwiesen. Bereits am 15. Juni 1977 meldete das Branchenblatt »Flugrevue«: »Auf dem Pariser Aero-Salon war zu erfahren, daß MBB (Messerschmidt-Bölkow-Blohm) sich mit Vorarbeiten für ein künftiges Kampfflugzeug beschäftigt. Die Studien gehen dabei von der Zielsetzung aus, daß für die Flugzeuge des Musters McDonell Douglas F-4F Phantom II der Luftwaffe in den 90er Jahren ein geeigneter Nachfolger zur Verfügung stehen *muß.* Das Flugzeug soll dabei sowohl in den Beschaffungskosten als auch in den Betriebskosten *äußerst niedrig* liegen...«

Eine Anfrage beim Verteidigungsminister Georg Leber (SPD) erregte folgende Antwort: »Die Firma Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB) unternimmt seit einiger Zeit in ihrer *verständlichen Sorge* um die durch das Auslaufen des MRCA-Entwicklungsprogramms entstehende *Auftragslücke* erhebliche Anstrengungen, ein Anschlußprogramm in die Öffentlichkeit *zu* tragen... In einer ad-hoc-Arbeitsgruppe der Europäischen Programmgruppe (EPG) finden derzeit unter britischem Vorsitz Gespräche über Kooperationsmöglichkeiten im Hinblick auf ein zukünftiges Kampfflugzeug-Programm statt...«

Nur Wochen danach hatte Ludwig Bölkow (MBB), der »nicht nur Waffen, sondern auch eine Idee zur Rechtfertigung dieser Waffen« (Mechtersheimer) lieferte, die Militärs auf Linie: wie vom Verteidigungsminister am 30. Dezember 1977 verbrieft: »Der Bedarf für ein neues taktisches Kampfflugzeug TKF/TCA wird für den Beginn der 90er Jahre gesehen. Zu diesem Zeitpunkt wird eine nicht mehr akzeptierbare *Lücke* aufgrund der *Bedrohung* und der erforderlichen Aussonderung eingeführter fliegender Waffensysteme (F-4F/RF-4E) konstatiert... Mit Erlaß der Taktischen Forderung, die im Laufe 1978 erwartet wird, beginnt für das Vorhaben TKF 90 die Konzeptphase. Sie dauert voraussichtlich bis 1980. Nach dem Beschluß des Haushaltsausschusses vom 10.11.1977 werden im Haushalt 1978/11. Finanzplan für diese Phase 96 Millionen DM veranschlagt... Gegenüber der deutschen Luftfahrtindustrie einschließlich der Firma MBB wurde das ernsthafte Interesse des BMVg an einer europäischen Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Produktion eines taktischen Kampfflugzeuges deutlich zum Ausdruck gebracht... Der Firma MBB ist bewußt, daß ein äußerst rationaler Programmablauf angestrebt wird und daß von einer Aufteilung auf mehrere Kooperationspartner auszugehen ist. Es kann damit gerechnet werden, daß die Entwicklungsmannschaften eine geringere Stärke als beim Großprojekt MRCA haben werden...«

Mit seiner Veranschlagung im Haushalt nahm der Anschlag also schon 1977 seinen unaufhaltsamen Lauf. Die vorweggenommene Begründung für die notwendige Schließung der »Verteidigungs-Lücke« wurde von den Experten des Hauses befehlsgemäß ausgeführt und von Lebers Nachfolger Hans Apel (SPD) präzisiert:

»Es besteht generell die Notwendigkeit, veraltete Waffensysteme auszusondern und im Zeitraum 1987-1995 ca. 800-1200 neue taktische Kampfflugzeuge einzuführen... In der Bundesrepublik werden die Firmen MBB, VFW, Dornier, MTU und die Ausrüstungsindustrie mitarbeiten...« (9. 10.79).

Die Notwendigkeit hat der Verteidigungsausschuß Anfang 1980 billigend zur Kenntnis genommen. Deshalb genügten dem Verteidigungsausschuß 30 Minuten, dem Haushaltsausschuß sechs Märchen-Stunden, als sie am 4. Mai 1988 dem teuersten aller militärischen Fluggeräte den parlamentarisch-notariellen Stempel des im Auftrag der Herrschenden in Bonn regierenden Ausschusses aufdrückten, ohne daran etwas ändern zu können oder zu wollen.

Die am Tornado theoretisch gewonnene Erkenntnis von parlamentarischer Un-Macht hat der Oberstleutnant a.D. Alfred Mechtersheimer (Grüner im Verteidigungsausschuß) am Jäger 90 nun auch praktisch erfahren: »Wer miterleben mußte, daß Parlamentarier aller Parteien die Bedenken bezüglich der Nichtfinanzierbarkeit teilen, aber dann doch vor dem Druck der Industrie und vor der Koalitionsdisziplin kapitulieren, der kann gegenüber diesen Volksvertretern nur Verachtung empfinden. Statt aus dem MRCA-Finanzierungsdebakel zu lernen, werden wider besseren Wissens noch mehr Steuer-Milliarden für das Wettrüsten verschwendet. Aber Verschwendung ist ja erlaubt, wenn sie parlamentarisch korrekt beschlossen wird.«

Diesmal wissen alle, daß die vorgelegten Zahlen für den bisher nur als Blaupause existierenden Phantom-Ersatz reine Fiktion sind. Der gemeinsam mit Großbritannien, Italien und Spanien zu produzierende Jäger 90 soll für die Bundesrepublik 6,1 Milliarden (Entwicklung) plus 16,5 Milliarden (Beschaffung) kosten. Das einzelne Flugzeug ist mit 83,8 Millionen »kalkuliert«.

Also alles wie gehabt? Nein, das Beschaffungs-Schmierenstück »Jäger 90«, auf- und ausgeführt vom bewährten Team des militärisch-politisch-industriellen Komplexes, unterscheidet sich von seinem Vorläufer »Tornado« in einigen dramaturgischen Komponenten:

Damals gab es immerhin eine öffentliche und parlamentarische Debatte um die verschiedenen Aspekte des von der Industrie und ihren Helfershelfern forcierten Waffenprojekts. Diesmal trifft die gewachsene Dreistigkeit des Zuhälter-Erpresser-Kartells auf allgemeine Gleichgültigkeit.

Damals schien es diesem Kartell noch angeraten, Kritiker im Militär, im Parlament und sogar in der Industrie zu eliminieren. Dem Oberstleutnant Alfred Mechtersheimer, der über das »Tornado-Debakel« promovierte, wurde in einem dicken Gutachten jede Fachkompetenz abgesprochen; er wurde aus der Bundeswehr gedrängt. Bruno Köppl, der als Konservativer den »Verteidigungsauftrag« der Bundeswehr durchaus bejahte, aber die von der Industrie ergaunerten Mehrkosten von 15 Milliarden anprangerte, wurde auf Betreiben des Verteidigungsministeriums von seiner mit dem Bund verfilzten Industrieanlagen-Beratungsfirma fristlos entlassen. Und über die zwei kritischen SPD-Mitglieder im Verteidigungsausschuß konnte der einschlägige »Wehrdienst« im Februar 1977 melden: »Die linken Stänkerer wie KarlHeinz Hansen und Georg Schlaga stehen nicht mehr auf der Liste der ordentlichen Mitglieder. Der Ausschuß sieht wie nach einer Desinfektion mit Sagrotan aus.« Diesmal gab es keine Schädlinge mehr, die hätten beseitigt werden müssen.

Damals wurde die 1974 von den »Stänkerern« vorausgesagte Kostenexplosion (Verzehnfachung des pro Tornado-Flugzeug veranschlagten Preises auf 110 Millionen)erst 1981 durch einen Untersuchungsausschuß des Bundestags bestätigt. Allerdings völlig folgenlos, weil Verantwortlichkeiten und Verantwortliche – natürlich – nicht dingfest zu machen waren. Diesmal ist die Kostenexplosion gleich mitbeschlossen: Im Jahre 2000 wird das gesamte Jäger-90-Projekt nicht 28, sondern 60 Milliarden, das einzelne Flugzeug nicht 80, sondern 200 Millionen und der 25jährige »Lebensweg« etwa 150 Milliarden kosten.

Trotzdem wurde die gigantischste Staats-Ausplünderung seit Bestehen der Republik beschlossen, von CDUCSUFDP »mit einigem Bauchgrimmen«, von der SPD mit einem augenzwinkernden Nein. Denn spätestens seit der Kapitulation der SPD vor der »Notwendigkeit« eines bundesdeutschen »Wehrbeitrags« (1960) steht die Allparteienkoalition in der Verteidigungs- und Rüstungspolitik bombenfest. Eigentlich ist die SPD für den Jäger 90, aber etwas preiswerter dürft's schon sein. Im »Positionspapier zur Streitkräfte-, Personal-, Rüstungs- und Finanzplanung der Bundesrepublik« (April 1988) übernimmt sie die meisten Pro-Argumente der Regierungsparteien, unterstützt die »industriepolitische Funktion (des Jägers 90) für die deutsche Luft- und Raumfahrt« und bekundet ihre *»grundsätzliche* Zustimmung zu einem Jagdflugzeug, da es der strukturellen Nichtangriffsfähigkeit entspricht«.

In parteiübergreifender Verantwortungslosigkeit wird der Skandal diesmal vorauseilend in Kauf genommen und ein Untersuchungsausschuß im Jahre 2000 schon heute überflüssig. Arbeitsteilig sinnieren die in der SPD fürs schöne Äußere verantwortlichen Denker über »Sicherheitspartnerschaft« und schauen seitwärts, wenn die Dumpf-Köpfe in der Arbeitsgruppe »Sicherheit« die Bundeswehr erheitern: Für den Abgeordneten Erwin Horn ist der Jäger 90 eine »Fehlinvestition«, unter der unsere Armee »zu leiden haben wird«.

Eins aber hat sich nicht geändert: die allzeit und rundum verwendungsfähige Doppellüge von der »Bedrohung« und von ihrer Abwendung durch (militärische) »Sicherheit«. Dabei empfiehlt sich zeitgeist-gemäße Anpassung an schwankendes Volksempfinden, um die Opferbereitschaft für »Frieden in Freiheit durch Verteidigung« nicht unnötig zu gefährden. So erzählt uns Generalleutnant Horst Jungkurth, Inspekteur der Luftwaffe, warum die Luftwaffe ein »modernes bedrohungsgerechtes Kampfflugzeug« braucht, nämlich wg. Abrüstung:

»Im Mittelpunkt konventioneller Abrüstung in Europa müssen die Landstreitkräfte stehen, da nur sie die territoriale Integrität bedrohen können... Luftstreitkräfte sind ein hervorragendes Instrument, um Impulse für Abrüstungsoptionen zu geben und dennoch Verteidigungsfähigkeit zu erhalten... Erst am Ende eines sicherlich langen Abrüstungsprozesses werden dann die Luftstreitkräfte selbst zu betrachten sein.«

Fazit: Der springende Unterschied zwischen dem größten und dem allergrößten Projekt seit Christi Geburt ist der seither drastisch geminderte Reibungsverlust auf allen Ebenen. Während »draußen im Lande« – und mitten im realexistierenden Kapitalismus – friedensbewegte Menschen gegen »Modernisierung« protestieren, läuft diese wie eh und je, nur noch geschmierter und geschwinder.

Konkret 07/88, S 35

**Anatoli Blinow; Rainer Trampert; Georg Fülberth; Günter Amendt; Hermann L. Gremliza**

# Konkret-Streitgespräch
# »Neues Denken« - Was will der Generalsekretär der KPdSU?

**Unsicherheit in West und Ost, links und rechts: Wohin führt die Perestroika? Zum Streitgespräch in der KONKRET-Redaktion: Anatoli Blinow, Vize-Chefredakteur von »Sowjetunion heute«; Rainer Trampert, früherer Bundesvorsitzender der Grünen, jetzt Mitarbeiter der grünen Bundestagsfraktion; Georg Fülberth, Politik-Professor an der Universität Marburg; Günter Amendt, Soziologe, Kommunist und KONKRET-Autor**

**Gremliza:** »Der internationale Kommunismus«, sagt Gorbatschow, »steht an einer Wendemarke.« Die dazugehörigen Namen heißen Perestroika, Glasnost, neues Denken. Sie betreffen innersowjetische wie internationale Entwicklungen. Die bürgerliche Öffentlichkeit des Westens scheint verwirrt. Aber nicht nur sie. Auch Sozialisten und Kommunisten im Westen wissen nicht so recht, wie sie die Moskauer Politik einschätzen sollen. Handelt es sich wirklich, wie der sowjetische Generalsekretär beteuert, um einen neuen revolutionären Anlauf oder ist die KPdSU dabei, sich zu sozialdemokratisieren? Geht es innenpolitisch um die Befreiung des Proletariats von bürokratischer Herrschaft oder um die Adaption kapitalistischer Produktionsweisen und -formen wie Markt und Konkurrenz? Geht es außenpolitisch um eine neue Strategie gegen den Imperialismus oder um die Liquidierung des Internationalismus? Beginnen wir dort, wo es angefangen hat, in der Sowjetunion selbst.

Wie revolutionär ist die Umgestaltung?

**Blinow:** Ich würde mich nicht der Vorstellung anschließen, die Umgestaltung sei eine Revolution. Das scheint mir mehr eine Floskel zu sein. Vielmehr sind die Änderungen, die jetzt in der Sowjetunion vor sich gehen, *revolutionär.* Das heißt, wir haben seit langem nicht eine derart große Skala von Umwälzungen sowohl im wirtschaftlichen, als auch im sozialen Bereich erlebt. Michail Gorbatschow ist der erste Sekretär, der es gewagt hat, die alten traditionsverankerten Vorstellungen einer glatten Vorwärtsbewegung des Kommunismus neu umzudenken und zu formulieren und sich von den alten Methoden der bürokratischen Leitung und des Administrierens loszusagen, die noch auf die 30er Jahre zurückgehen, die Jahre des Personenkults und des Administrierens von Stalin und seiner Umgebung. Es wurde zwar zu Zeiten Chruschtschows der Versuch unternommen, den Stalinismus aus dem Leben der Sowjets auszuradieren. Aber der Versuch, die Demokratie zu entfalten, blieb auf der Ebene der Intelligenz und ging nicht in die Tiefe der Bevölkerungsschichten hinein. Das ist der erste Grund für die jetzige Umgestaltung.

Der zweite ist eine wirtschaftliche Stagnation, die sich erst gegen Anfang der 70er Jahre abgezeichnet hat. Wirtschaftsberater Gorbatschows haben vorausgesagt, daß die Sowjetunion, wenn sie ihre wirtschaftliche Entwicklung mit dem damaligen Entwicklungstempo fortführen würde und die Vereinigten Staaten ihr Entwicklungstempo einfrieren würden, die Vereinigten Staaten in der wirtschaftlichen Entwicklung erst gegen Ende dieses Jahrtausends einholen könnte.

Amendt: Das Wort »einholen«, das hab ich schon einmal gehört. Das war schon einmal für die 70er Jahre angesagt, unter Chruschtschow, und jetzt ist für das Jahr 2000 das »Einholen« angesagt. Was heißt hier »einholen«, was sind die Indikatoren, die Maßstäbe; welche volkswirtschaftlichen Daten sind damit gemeint?

**Trampert:** Mein Mißtrauen beginnt bei der Frage: Wie wird umgestaltet? Nachdem die ganzen Zentralpläne zur Einholung des Westens gescheitert sind, wage ich mal die These, daß das neue Denken in der Sowjetunion bedeutet: »Wir holen den Westen mit dem Westen ein.« Ich will mal die These aufstellen, daß nach Lenin die Sowjetunion nie dem Sozialismus näher gekommen ist, sondern sich zwischen zwei Pendelschlägen bewegt hat: Statt wie Lenin sagt in »Staat und Revolution«: Sozialismus ist die Phase des absterbenden Staates, der Vereinfachung der Verwaltung, der Übertragung der Verantwortlichkeit nach unten, womit tendenziell der Staat ableben wird – stattdessen hat es den Aufbau eines gigantischen Zentralstaates gegeben, der auch die Produktivität gehemmt und der in alle Lebensprozesse der Menschen hineindirigiert hat. Dieser Pendelschlag wird jetzt beantwortet mit einem Pendelschlag hin zum Westen: Jetzt geht es darum, den Unternehmergeist zu fördern, materielle Anreize zu geben, finanzielle Hierarchien aufzubauen.

Ich habe großes Mißtrauen, wenn ich erlebe, wer sich zur Zeit alles gegenseitig Recht gibt im »Neuen Denken«. Sagladin lobte neulich besonders die Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg, die die Zeichen der Zeit erkannt hätten. Natürlich erkennt der Westen die Zeichen der Zeit. Der Westen ist auf dem Sprung, bei der Industrialisierung Chinas und bei der Elektronifizierung der Sowjetunion mitzuhelfen, weil er weiß, daß die Angleichung der Werte zu seinen Gunsten geht. Strauss lobt Gorbatschow, Reagan gibt das Reich des Bösen auf, und Gorbatschow selbst spricht von einer Angleichung von West und Ost.

Ich glaube, wir sind nach einer Phase in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts, in der das alte Denken sowas wie soziale Revolution noch hervorbrachte, am Ende des Jahrhunderts bei einer Angleichung an die Überlegenheit des Westens. Die großen Revolutionen in der Sowjetunion und in China brechen langsam weg.

**Fülberth:** Eine wichtige Frage ist ja: Was bringt die UdSSR an gewachsener intellektueller, moralischer, auch ökonomischer Substanz mit in diesen Prozeß nachholender technologischer und auch ökonomischer Modernisierung. Bringt sie so wenig mit, daß wir fürchten müssen, daß es ähnlich gehen wird wie in Jugoslawien oder wie in Ungarn, wo die Pleite offensichtlich nur verdeckt ist, aber schon real da; oder stimmt es doch nicht, was Trampert sagt, daß keine Weiterentwicklung seit Lenin stattgefunden habe – ist mehr Substanz da, die das, was jetzt auf die UdSSR zukommt, verkraften kann. Es gibt bestimmt einige Indizien, die da zweifeln lassen.

Blinow hat gesagt, daß unter Chruschtschow die Reformbereitschaft nicht über die Intelligenz hinausgegangen sei. Frage: Ist sie denn jetzt über die Intelligenz hinausgegangen? Und wenn sie über die Intelligenz hinausgegangen ist, worin besteht diese Reformbereitschaft? Besteht die wirklich nur im Nachahmungstrieb? Wenn ich mir das anhöre, was die Intelligenz in der UdSSR unter Reformbereitschaft versteht, wird mir blümerant. Jetzt, da die Käseglocke weg ist, kommen nun die allerseltsamsten nichtsozialistischen Ideologeme zum Vorschein. Aber das liegt an der Käseglocke und nicht an der Tatsache, daß sie weggenommen worden ist.

**Blinow:** Die Qualität des Einholens besteht meiner Auffassung nach nicht nur darin, die Konsumgüterproduktion drastisch zu steigern – und in der Sowjetunion mangelt es mitunter in den Provinzen selbst an Grundnahrungsmitteln – , sondern sie besteht auch darin, wirkliche Anreize zu schaffen. Auch mit Mitteln, die aus dem Lager der Marktwirtschaft stammen können. Die Marktwirtschaft weist auch Züge der Planwirtschaft auf und umgekehrt. Man könnte voneinander lernen, es kommt nicht von ungefähr, daß die sowjetischen Manager auch an den Schulen Baden-Württembergs und Bayerns ausgebildet werden sollen. Wichtig ist das Ziel, worauf das alles hinsteuert: hoch qualifizierte Fachleute auszubilden, damit unsere Leute besser leben können. Wir betreiben unsere Umgestaltung nicht dem Westen, sondern uns selbst zuliebe. Man hat uns zu lange unter die Nase gerieben, die Sowjetunion sei ein Wirtschaftszwerg, aber ein Militärriese, ein Koloß auf tönernen Füßen.

Hinter Gorbatschow sehe ich nicht nur die Intelligenz stehen, ich sehe auch die Arbeiterschaft stehen, meiner Einschätzung nach sind es 80 Prozent der Bevölkerung, die sich hinter den neuen Generalsekretär stellen. Denn bei Michail Gorbatschow handelt es sich um einen Mann, der vor nichts zurückschreckt und nichts scheut, um wirklich ein besseres Lebensniveau zu erreichen für die Bevölkerung.

Daß wir in die Gleise des kleinbürgerlichen Sozialismus verfallen, das habe ich schon von mehreren Leuten, auch in der Sowjetunion, gehört. Man setzt sich sehr aktiv mit der Frage auseinander, daß mit dem Prinzip der Ware-Geld-Beziehungen versucht werden könnte, das sozialistische System zu modifizieren, ihm die Züge des Kapitalismus beizubringen. Dem kann ich nicht zustimmen. Die Mittel sind richtig, um das Ziel zu erreichen. Das Ziel ist, wie gesagt, ein besseres Leben.

Marx hat im Zeitalter der Postkutschen gelebt, bei Lenin gab es keine Atomenergie, aber die Hauptprinzipien des Sozialismus, Eigentum des Volkes an Produktionsmitteln und gerechte Verteilung des Sozialproduktes, bleiben nach wir vor Garantien für eine regelrechte wirtschaftliche Entwicklung in der Sowjetunion.

**Amendt:** Die 80 Prozent, die jetzt hinter Gorbatschow stehen, sind dieselben 80 Prozent, die vorher hinter Breschnew gestanden haben. Deshalb nochmal die Frage nach dem Subjekt: Was passiert da mit den Menschen, warum sollen die nun plötzlich diesen revolutionären Prozeß vorantreiben, was verändert sich da? Ich höre immer nur, daß bestimmte neue Leitungsprinzipien, Hierarchien auf- oder abgebaut werden sollen. Aber revolutionäre Veränderung kann nur von Subjekten getragen werden. Wer sind die und was sollen die Motive der Menschen sein, jetzt hinter Gorbatschow zu stehen?

**Trampert:** Liegt nicht das Problem tatsächlich da, daß der bisherige Sozialismus offensichtlich zuwenig Motivation hervorgebracht hat, und bemüht sich jetzt nicht Gorbatschow mit seinem neuen Denken und Perestroika darum, die ausgebliebene Motivation zu ersetzen? Anders gesagt: Litt nicht der sozialistische Staat tatsächlich unter Demotivation und hat er nicht dadurch auch reale Versorgungsmängel? Und wie wird das jetzt ersetzt? Und dann nutzt der Hinweis nichts, daß die Produktionsmittel Eigentum des Volkes seien, weil das überhaupt nichts aussagt darüber, wie das Volk tatsächlich mit Produktionsmitteln umgehen darf: wie und wann es arbeitet, welche eigenen Pläne es hat, ob es sich Faulheit gestatten kann und an der Entwicklung welcher Produkte es Spaß hat. Alles das, was erst real mit Freiheit für mich verbunden werden kann, hätte ja ein Anreiz sein können für Produktion. Aber jetzt scheint es nicht um solche Motivation zu gehen, sondern um Motivation durch Karrieremöglichkeiten, um eine Angleichung der Systeme, mit einem Schlagwort: um Managerkapitalismus.

**Blinow:** Selbstverständlich verspüren wir einige Unterschiede in der Wirtschaftsentwicklung zwischen der russischen Föderation und den kaukasischen Republiken, der Ukraine und den baltischen Republiken. Am schlimmsten sieht es in der russischen Föderation mit der Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern und Lebensmitteln aus. Die Sowjetunion ist aber seit langem kein Entwicklungsland mehr. Die Sowjets konnten in den 70er Jahren – das stand in der bürgerlichen Presse – einen gewissen Luxus verzeichnen. Es häufte sich die Produktion von Waren des längeren Gebrauchs, Kühlschränke, Tonbänder, auch Videorecorder einheimischer Produktion, Farbfernseher usw... Fast alles, wenn auch nicht in der Fülle wie im Westen, ist in den sowjetischen Geschäften zu haben.

Was passiert mit den Menschen? Das Bewußtsein der Leute hat sehr lange unter der falschen Vorstellung gelitten, sie würden Repressalien ausgesetzt für ein anderes Denken, für andere Denkweisen. In der Stalin-Zeit hat es genug Beispiele dafür gegeben. Und so haben sich 80, wenn nicht 100 Prozent auch hinter die Breschnew-Politik gestellt – einfach aus der Befürchtung, sie würden sonst in ihrer gesellschaftlichen Laufbahn nicht weiterkommen. Das hat sich bereits verändert: Das Bewußtsein der Sowjet-Menschen ist in der Zeitperiode, in der wir uns befinden, schon zum größten Teil emanzipiert. Dies bedeutet aber nicht, daß es nicht nach wie vor Gegner der Umgestaltung gibt, vor allem in den Reihen der Ministerialarbeiter. Im Heft von »Moskau News« hat es so schön geheißen: »Einige Mitarbeiter der Ministerien werden von ihren Stühlen und Sesseln sich verabschieden und zu deren Produktion übergehen müssen«.

Ich stimme vollkommen Tramperts Bemerkung zu, daß es in den 60iger und 70iger Jahren an Motivationen in der Sowjetunion gemangelt hat. Eine gewisse Politik der Gleichmacherei am Arbeitsplatz wurde betrieben. Gleiche Entlohnung, wenig Anreiz für eine bessere Leistung. Jetzt sieht sich der Mensch in einem Wendekreis eingeschlossen. Wenn er nicht besser arbeitet, bekommt er weniger gute Sachen in den Läden zu kaufen. Wenn er schlecht arbeitet, werden seine Erzeugnisse nicht mehr entgegengenommen vom Staat. Es ist ein System der staatlichen Qualitätsabnahme ins Leben gerufen worden, das dafür sorgt, daß der Mann, der Ausschuß geliefert hat, aus der eigenen Tasche dafür zu zahlen hat oder um das 13. Gehalt gebracht wird.

**Gremliza:** Ich habe den Eindruck, daß der Widerstand gegen Gorbatschows Kurs nicht nur von einer Ministerialbürokratie kommt, die an ihren Sesseln klebt, sondern daß dieser Widerstand auch aus dem Proletariat selber kommt. Denn das, was Gorbatschow als Gleichmacherei, Faulheit, Ineffektivität, Schlamperei denunziert, ist ja auch eine Errungenschaft des Proletariats: nicht so ausgebeutet zu werden wie bei General Motors oder bei Krupp. Und es ist eine Errungenschaft des Proletariats, nicht von Entscheidungen solcher Manager abzuhängen, wie sie bei Herrn Späth und bei Herrn Strauß ausgebildet werden.

Wenn nun mit der Bestrafung schwacher Leistung begonnen wird und sich das über den Entzug des 13. Monatsgehaltes hinaus noch ein Stückchen weiter entwickelt, dann steht am Ende auch der Verlust des Arbeitsplatzes. Wie überhaupt die Einführung von marktwirtschaftlichen Prinzipien ökonomisch nur dann funktioniert, wenn auch eine Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt da ist, also Arbeitslosigkeit. Schon wimmelt es ja von Schlagworten wie Erwerbsstreben, soziale Aufstiegsorientierung, Leistungs-, Mobilitäts-, Verantwortungsbereitschaft, Zuverlässigkeit, Initiativfreude. In den »Blättern für deutsche und internationale Politik« wurde das auf den richtigen Begriff gebracht: »bürgerliche Sekundärtugenden«. Ich habe den Verdacht, daß mit den Mitteln, die hier eingesetzt werden, gleichsam auch die Zwecke importiert werden.

**Trampert:** Nochmal zum Subjekt der Veränderung: Wieder ist die Befreiung nicht das Werk der Klasse, sondern sie kommt wieder von oben. Deshalb gibt es so viel Skepsis in der Gesellschaft. Gewiß war das Alte für viele unattraktiv, ganz besonders für die Intellektuellen. Gleichzeitig aber gibt es Kritik von Arbeitern, die – ich spitz' das mal zu – ihr Recht auf Faulheit gefährdet sahen. Die zunächst konfrontiert waren damit, daß ihnen der Alkohol genommen wurde, aber nicht die Entbehrungen, deren Folge der Alkohol ist. Jetzt kommt hinzu, daß ihnen der Verlust des Arbeitsplatzes droht. Gorbatschow hat gesagt: »Das ZK wird Disziplin und Ordnung festigen, dazu eine neue Strafgesetzgebung zur Festigung der Disziplin.« Läuft das nicht alles sehr hart darauf hinaus: Wer leistet, kriegt was, und wer nichts leistet, der geht genauso den Bach runter wie hier bei uns im Westen?

**Blinow:** Wir sind zwar nicht der Ansicht, daß das Prinzip der Peitsche und des Zuckerbrotes das Richtige ist für die Handhabung der Menschen. Aber es gibt Leute, die um ihren Arbeitsplatz fürchten müssen. Ein Teil der Arbeiterschaft sieht der Gefahr entgegen, daß gekündigt wird, wer mit dem alten Arbeitstempo fortfährt. Ein Beispiel aus der Zeit vor dem Gesetz, das den Genuß von Alkohol stark eingeschränkt hat: Wenn ein Alkoholiker jeden Tag am Arbeitsplatz aufgetaucht war und erst nachmittags richtig arbeiten konnte, wurde ihm unter die Arme gegriffen von Seiten des Parteikomitees, der Gewerkschaften usw. Man hat versucht, ihm aus der Patsche zu helfen. Selbst wenn er entlassen wurde, wurde er vom Direktor der Nachbarfabrik sofort eingestellt. Jetzt ist es mit einer derartigen Praxis zu Ende.

Es ist nicht von ungefähr jetzt ein Gesetz über den sozialistischen Betrieb verfaßt worden, es sind nicht von ungefähr neun Möglichkeiten der wirtschaftlichen Rechnungsführung, der Beteiligung eines Individuums oder eines Arbeiters an der Produktion, der Mitbestimmung, angefangen von der Aufstellung des Planes bis hin zu der Einteilung des Gewinnes, ins Leben gerufen worden. Es passiert sehr viel im Bereich der Demokratie in den Werken, in den Betrieben, wo die Belegschaft jetzt die Direktoren selbst wählt.

Zur Rolle der Frau: Selbstverständlich ist der Einsatz der Frauen im Aufbau des Sozialismus und im Aufbau der Gesellschaft, ihre aktive Betätigung bei uns nicht so wie sie sein müßte. Eines muß dabei aber gesagt werden: Die Frau in der Sowjetunion, das Bewußtsein der Frau, ist mehr ins Familienleben integriert, im Vergleich zum Westen. Es hat in der sowjetischen Geschichte kaum eine derart intensive Emanzipationsbewegung der Frauen stattgefunden wie in einigen Ländern Westeuropas und Amerikas. Bis jetzt ist der Anteil der Frauen in den obersten Gremien im Vergleich zu den Verhältnissen sagen wir in der Bundesrepublik und anderen Ländern nicht so hoch. Aber es genügt nicht, die Männer dazu

aufzurufen, sich mehr für das Wohlergehen der Frauen einzusetzen, sondern die Frauen müssen mehr die Initiative ergreifen und die Aufmerksamkeit auf sich ziehen.

**Gremliza:** Vielleicht fehlt der Sowjetunion eine feministische Bewegung?

**Blinow:** Ach, bei den feministischen Bewegungen werden manchmal falsche Ziele gesetzt. Feministische Bewegungen sind oft kleinbürgerliche Bewegungen. Eine Frau, die politisch aktiv ist, in einer Partei engagiert ist, ganz präzise Vorstellungen hat, ihre Erwartungen an die Entwicklung dieser Gesellschaft knüpft, ist zu loben. Aber eine Frau, die allein aus dem Spießbürgerlichen heraus alle Initiativen der Reihe nach unterstützt und nur von sich reden machen will – an derartigen Typen mangelt es nicht in der Emanzenbewegung, und da sind schon die Fronten auseinanderzuhalten.

**Amendt:** Das ist eine Verhohnepiepelung des Feminismus. Selbstverständlich gibt es eine kleinbürgerliche, auch eine bürgerliche feministische Bewegung. Aber es könnte auch einen proletarischen Feminismus geben. In der klassischen Arbeiterbewegung ist die Frau immer verschwunden unter dem großen Begriff der Arbeiterklasse.

**Fülberth:** Vielleicht sind wir manchmal ein bißchen beleidigt über das, was in der SU passiert, weil wir uns klar sein müssen darüber, daß der jetzige Stand von Perestroika und die ideologischen Begleiterscheinungen, die damit verbunden sind, zunächst einmal zu einer Stärkung konservativer Hegemonie bei uns führen. Man wird uns sagen: Dort wird ein Markt eingeführt, dort wird westliche Demokratie eingeführt, dort werden Menschenrechte eingeführt, alles das, was wir, die westlichen Kapitalisten, die ganze Zeit schon gewollt haben. Das bringt Teile der westdeutschen Linken, insbesondere Linke von meiner Sorte, in eine Argumentationsschwierigkeit. Und eines wird von dem Kurs der KPdSU auf jeden Fall übrig bleiben: daß die Kommunisten im Westen aufgehört haben werden für alle Zeit, glaube ich, zu meinen, daß ihre Aufgabe darin bestünde, die Entwicklung in den sozialistischen Ländern nur im Namen der sozialistischen Länder darzustellen. Ich weiß nicht, ob die sowjetischen Arbeiter nun befreit sein werden durch Gorbatschow, das wird sich zeigen; aber die Kommunisten im Westen werden in dieser merkwürdigen Weise befreit sein.

Recht auf Faulheit, gut, das ist ein Titel, der in die Arbeiterbewegung Eingang gefunden hat durch Paul Lafargue. Er hat das Recht auf Faulheit propagiert – unter der Voraussetzung eines sehr hohen materiellen Niveaus, großer gesellschaftlicher Ressourcen, welche die Entfaltung der Individualität in sehr hohem Maße schon erlauben. Lafargue hat im Grunde erstens die Produktivität des Imperialismus vorausgesetzt und dann sozusagen die Verdopplung der Produktivität des Imperialismus. Nur auf dieser Voraussetzung hochentwickelten gesellschaftlichen Reichtums kann man, glaube ich, sinnvoll als Linker vom Recht auf Faulheit sprechen. Wenn in der SU bisher ein Recht auf Faulheit wahrgenommen, dieses Recht auf Faulheit aber bezahlt worden ist nicht mit Konsumverzicht, das wäre viel zu wenig, sondern mit einem ganz, ganz niedrigen Niveau des Existenzminimums, bezahlt worden ist offensichtlich auch mit hoher Kindersterblichkeit, bezahlt worden ist mit einem sehr geringen technologischen Standard zumindest der kurativen Medizin – denn weiß ich nicht, ob man so sehr auf dem Recht auf Faulheit bestehen sollte, wie Trampert das hier getan hat, denn da fehlt an einem Ende das, was man sich vielleicht am anderen Ende genommen hat, und da entsteht eine Situation, an die wir unsere westlichen Maßstäbe nicht herantragen können.

Es gibt eine Untersuchung der Soziologin Saslavskaja, die über ein sehr hohes Maß an moralischer Depravierung in Teilen der sowjetischen Arbeiterklasse spricht: Lethargie, Interesselosigkeit, soziale Trägheit. Vielleicht hat man ein Recht auf Faulheit wahrgenommen, weil man keine Perspektive sieht. Zugleich ruft die Soziologin dazu auf, daß man den Individuen in den Arbeitskollektiven, genau den Menschen, von denen sie sagt, sie sind doch depraviert, mehr vertrauen solle. Da tut sich doch objektiv eine Schere auf, und in diese Lücke stößt jetzt vielleicht eine Politik vor, die tatsächlich viele Züge einer Revolution von oben trägt. Ich kann das so schrecklich nicht finden, wenn in einer solchen Situation ein Stück Revolution von oben kommt.

Dann wird hier über Feminismus diskutiert, individuelle Emanzipation. Ich frage mich, ob wir, Amendt, Trampert, Gremliza und, wenn ich mich intensiv befrage, auch ich, letzten Endes Standards entwickelt haben, eben nicht nur individuellen Konsums, sondern auch individueller Emanzipationsvorstellungen, die realisiert worden sind unter den Bedingungen eines der am höchsten entwickelten imperialistischen Länder. Was mich immer wieder bedrückt, ist, daß viele der Indikatoren, die unsere sozialistischen Großväter verbunden haben mit Vorstellungen von Kommunismus: Verkürzung der Arbeitszeit, freier Umgang der Geschlechter miteinander, eher im Imperialismus verwirklicht worden sind als in den real existierenden sozialistischen Ländern – unter der Voraussetzung wohl der Ausräuberung eines großen Teils eben der nichtimperialistischen Länder. Ich glaube, da haben wir sozialistische Maßstäbe entwickelt, die zugleich eigentlich imperialistische sind.

**Gremliza:** Es ging ja nicht darum, das Hohe Lied der Faulheit zu singen, als ich daran erinnert habe, daß das sowjetische Proletariat in der Geschichte seiner Revolution soziale Rechte erkämpft hat, die vor allem darin bestehen, nicht unter dem Druck arbeiten zu müssen, unter dem man unter kapitalistischen Verhältnissen zu arbeiten hat. Es ist klar, es müßte in der Sowjetunion besser gearbeitet werden, qualifizierter, es müßte pünktlicher und in höherer Qualität abgeliefert werden, wobei dann immer noch die Frage ist: welche Art von Produkten und wer bestimmt darüber? Vorhin war die Rede von

Tonbandgeräten und Kühlschränken. Ich weiß nicht, wer das Bedürfnis nach der Herstellung von Tonbandgeräten oder von Videorecordern hergestellt hat. Wahrscheinlich ist es durch das Auftauchen japanischer Videorecorder auf dem Schwarzmarkt entstanden. Da ließe sich sehr genau feststellen, wer über die Produktion dieser Ware entschieden hat: nicht das sowjetische Proletariat, sondern Sony und Co.

Bleibt die Frage: Wie wird Motivation zu Arbeit erzeugt? Da gäbe es ja doch die Vorstellung, daß man in einer freien Assoziation von Produzenten das herstellt, was man zum Leben braucht. Das ist ein hohes und fernes Ziel, gewiß – aber wo es prinzipiell aufgegeben wird, brauchen wir über Sozialismus und Kommunismus nicht mehr zu reden. Wenn das Verbot von Privateigentum an Produktionsmitteln die einzige Schranke wird, die noch vom Kapitalismus trennt, haben wir endgültig ein anderes Thema.

**Blinow:** Ich möchte das Stichwort »Selbstverwaltung« in die Diskussion bringen. Unter Selbstverwaltung verstehe ich dabei nicht nur die Verwaltung in der Produktion, sondern die Verwaltung, die Teilnahme der einfachen Leute an dem Demokratisierungsprozeß, an den demokratischen Ansätzen, die sich jetzt in der Sowjetunion bemerkbar machen. Wir haben bis jetzt zu Unrecht viel zu wenig vom Demokratisierungsprozeß in der SU geredet. Die demokratischen Änderungen können nicht hoch genug eingeschätzt werden. Es läßt noch vieles zu wünschen übrig, aber es sind schon bedeutende Veränderungen ergriffen worden.

Die Demokratisierung greift um sich. Im Laufe der letzten drei Jahre haben sich über dreißigtausend inoffizielle Verbände gebildet, Verbände der politischen, der künstlerischen, der geistigen Aktivität, Sportverbände. Es haben sich ganz neue Organisationen gebildet. Beispiel: Grüne Welt, geleitet vom Schriftsteller Sergej Salygin. Früher war das kaum denkbar. Es haben sich jetzt ganze Staatskomitees gegründet allein für den Umweltschutz. Das besagt, daß das Bewußtsein der Leute und die Bereitschaft der Menschen, an der Gestaltung der Umwelt mitzuwirken, auch stärker geworden sind.

**Trampert:** Zu Fülberths Hinweis, daß wir unsere Emanzipationsvorstellungen auf der Grundlage eines entwickelten Imperialismus formulieren: Die Emanzipation der Frau ist doch auch eine Sache des Sozialismus, als Weg hin zur Freiheit, zur Befreiung des Menschen, und nicht irgendeine Macke, die im Imperialismus als höchstem Stadium des Kapitalismus entstanden ist. Rosa Luxemburg und Clara Zetkin haben das jedenfalls so gesehen. Aber die Frau in der Sowjetunion bekommt nicht nur von Gorbatschow, sondern auch von Blinow den Auftrag, dem Mann auf die Beine zu helfen, damit er arbeiten kann. Es sei denn, sie sei politisch so hochstehend, daß sie in irgendeinen Rat gewählt wird.

Liberalität gibt es sozusagen außerhalb der Arbeitssphäre: Es darf mehr geschrieben und gesagt und diskutiert werden. Aber es darf der Arbeitsdisziplin nicht schaden. Die Frau darf sich nicht so emanzipieren, daß sie ihre Aufgabe vernachlässigt, dem Mann wieder auf die Beine zu helfen. Der Alkoholiker wird nicht als Kranker betrachtet, sondern aus der Sicht einer verlorengegangenen Arbeitsdisziplin. Und da reicht mir überhaupt nicht so eine Bemerkung aus, daß Freiheit erst ab der Stufe eines irgendwie erreichten Produktionsniveaus möglich sei. Denn das ist ein ständig ausdehnbares Argument. Ich weiß nicht, was Marx sich vorgestellt hat, wo die Freiheit beginnt, möglicherweise weit vor dem, was heute an technischer Entwicklung, an Produktivitätsentwicklung da ist. Ich weiß es nicht genau. Aber wenn Produktivität und Freiheit sich nicht im Gleichklang entwickeln, sondern ständig der noch nicht erreichte Reichtum die Rechtfertigung für Unfreiheit liefert, dann ist dieses Argument ein Argument der ständigen Kettung und Unterordnung. Das ist ein Totschlag-Argument gegen emanzipatorische Prozesse.

**Amendt:** Auch ich sehe die Gefahr, daß wir der Sowjetunion oder anderen Ländern, die ganz andere ökonomische und soziale Voraussetzungen haben, sozusagen unsere gesamte Bedürfnisstruktur, unser Denken, kulturimperialistisch überstülpen. Wenn es so ist und wo es so ist, fühle ich mich kritisiert. Nur, auf der anderen Seite, das geht dir doch genauso, du hast auch mit Frauen in der Sowjetunion gesprochen, mit Jugendlichen in der Sowjetunion, in Kuba und in der DDR: Die Bedürfnisse, die dort formuliert werden und auch die Frustrationen, die ich dort höre über die Entwicklung des Sozialismus – das ist erstaunlich nahe dran an dem, was bei uns fortschrittliche Jugendliche denken oder fortschrittliche Frauen. Wenn man das bestreitet, dann banalisiert man auch. Ich will jetzt nicht von der allgemeinen menschlichen Natur reden. Das wäre mir zu einfach, obwohl ja der Begriff der Natur der Frau ein Begriff ist, den Gorbatschow in die Diskussion eingeführt hat. Eine der für meine Begriffe katastrophalsten Formulierungen, die überhaupt in der ganzen Perestroika-Diskussion gelaufen sind. Die Natur der Frau, was ist das?

**Gremliza:** Jetzt sind wir bei den allgemeinen menschlichen Werten. Das bringt uns zu der Frage, wie sich diese Perestroika, diese Umgestaltung, in der internationalen Politik, in der Außenpolitik der Sowjetunion niederschlägt. Ich sehe das, was Perestroika in der SU bedeutet, nicht zuletzt deswegen so skeptisch, weil die Auswirkungen in der internationalen Politik einer Liquidation des proletarischen Internationalismus gleichkommen.

**Blinow:** Das neue politische Denken hat sich durchgesetzt nicht nur im Inneren, sondern auch in der Außenpolitik der Sowjetunion. Wir erwarten von unseren Partnern, mit denen wir koexistieren bzw. zusammenarbeiten, auch ein derartiges Herangehen an die neuen geschichtlichen Bedingungen. Die Bedingungen haben sich selbstverständlich stark geändert. Nach dem Zweiten Weltkrieg wohnen wir nun in einem atomaren Zeitalter. Wir können uns nicht mit der Möglichkeit eines

begrenzten atomaren Krieges in Europa abfinden. Wir nehmen auch die im Westen bestehende Philosophie der nuklearen Abschreckung nicht in Kauf und müssen uns unsererseits auf die westlichen Vorstellungen, die westlichen Wünsche im Bereich der Sicherheit einstellen. Der Begriff des Neuen Denkens datiert im Bereich der Außenpolitik vom 15.1.86, als Michail Gorbatschow sein Programm einer kernwaffenfreien Welt bis zum Jahr 2000 vorstellte. Es folgten Friedensinitiativen und Abrüstungsinitiativen. Dazu zählen die Vorstellungen vom System der internationalen Sicherheit. Dazu zählt die Freiheit der Völker und Staaten, ihre soziale Entwicklung selbst zu wählen. Dazu zählen der internationale Interessenausgleich und nicht zuletzt die Vorstellung von einem gesamteuropäischen Haus, von einer Nachbarschaft der Völker, die in Europa liegen.

Dies bedeutet keinesfalls Abgang von den Vorstellungen einer Weltrevolution. Selbst Lenin hat gesagt, daß eine Revolution nicht unbedingt exportiert werden muß, daß es eine friedliche Lösung auf dem Parlamentswege geben kann. Die ideologischen Kontroversen dieser Welt bleiben nach wie vor bestehen.

**Trampert:** Ich begreife nicht genau, was das neue Denken im Westen ist, auf das du dich auch eben berufen hast. Aber ich begreife erstmal innerhalb der politischen Sphäre, in der ich mich bewege, was da neues Denken geworden ist. Ich weiß, daß viele Alt-Linke neu denken. Wenn einer das fünfte Mal gegen eine Wand gerannt ist und resigniert, dann kultiviert er die Ohnmacht irgendwie mit neuem Denken. Meistens ist das sowas wie Anpassungskarriere. Die »taz« ist so ein Ausdruck dafür. Da wird praktisch jede Anpassung an den Konservatismus als sinnvoller Tabubruch im Sinne eines neuen Denkens kommentiert. Deswegen habe ich zunächst mal ein gewaltiges Mißtrauen gegenüber der Kategorie »Neues Denken« überhaupt, weil es immer nur gegen eines geht: Wenn einer was verändern will, wenn einer Widerstand leisten will, wenn einer Revolution toll findet, dann ist er ein Uraltdenker, der noch aus dem letzten Jahrhundert stammt. Wenn einer sagt, wir müssen mitmachen bei dem, was hier alles stattfindet, dann denkt der neu und leistet einen sinnvollen Tabubruch.

Daher habe ich erst einmal generelles Mißtrauen. Aber im Konkreten habe ich es auch. Wenn ich jetzt lese, Reagan habe im Rahmen des neuen Denkens darauf verzichtet, die SU als »Reich des Bösen« zu betiteln – gleichzeitig hat er SDI verteidigt als eine glorreiche Idee der Defensive im Weltraum. Der Westen denkt so neu, daß er im Rahmen von internationalem Währungsfond und Weltbank die Unterjochung der Völker betreibt bis zum Hungertod und davon auch offenbar nicht abläßt. Wer dagegen Revolution macht, wie in Chile, kann ermordet werden. Wer dagegen angeht, kann ausgehungert werden, wie Mocambique. Oder, wer es erreicht hat, kann mit Krieg in Permanenz rechnen, wie Nicaragua oder Angola. Und ein Gorbatschow spricht mit Reagan nicht darüber, daß der Mörderbanden finanziert in Nicaragua. Aber ein Reagan spricht mit Gorbatschow darüber, wo die Menschenrechte bleiben in der Sowjetunion.

**Gremliza:** Um das noch zuzuspitzen: Liegt dem neuen Denken nicht ein ganz einfaches Rezept zugrunde: Wir müssen eine billigere Außenpolitik treiben?

**Amendt:** Aber dann sind wir wieder genau bei der 'Maoten-Diskussion': Zum Schluß wird die Behauptung aufgestellt, daß sich die Sowjetunion und die USA zu Lasten der in Unterentwicklung gehaltenen Länder verbünden. Und das sehe ich nun tatsächlich nicht so.

Wenn Perestroika den Bruch mit allen Prinzipien stalinistischer Staatslenkung nach innen bedeutet, dann muß das auch zunächst einmal eine Kritik sein an allen stalinistischen Prinzipien der Außenpolitik. Wenn ich etwa an die Rolle der KPdSU im spanischen Bürgerkrieg denke, dann bin ich froh, wenn diese Art »Internationalismus« nicht mehr gespielt wird.

Was für mich das Wichtigste ist in der Vorlage für die Parteikonferenz der KPdSU, das ist der qualitative Unterschied etwa zu dem Papier zwischen SED und SPD. Dort im Papier zwischen SED und SPD wurde ja wechselseitig die Friedensfähigkeit der Systeme unterstellt, während es in diesem Parteidokument heißt: »Wir lassen die militärische Gefahr nicht außer Acht, die« – und jetzt gefällt mir das Wort Natur – »der Natur des Imperialismus eigen ist«. Das ist für mich ein zentraler Satz. In der Analyse zumindest macht sich die SU in ihrer neuen Perestroika-Außenpolitik keine Illusion über die Natur des Imperialismus.

**Fülberth:** Soviel ich weiß, ist jetzt gerade in der SU ein Film gezeigt worden über Brest-Litowsk, und ich weiß nicht, ob das ein Zufall ist. Soviel ich weiß, ist Lenin an der Jahreswende 1916/17 zu der Einschätzung gekommen, daß Gefahr besteht, daß der imperialistische Krieg in einen imperialistischen Frieden übergeht. Er hat also gar nicht an der Friedensfähigkeit des Imperialismus in dieser Situation gezweifelt, hielt es aber für möglich, daß der Imperialismus seinen eigenen Frieden macht, einen Frieden unter seinen eigenen Bedingungen, und der erste imperialistische Friede, der geschlossen worden ist in der Schlußphase des Ersten Weltkrieges, war der Friede von Brest-Litowsk. Sowjetrußland und die Bolschewiki haben proklamiert den demokratischen Frieden, den Völkerfrieden ohne Annektion und Kontribution. So sind sie auch in die Verhandlungen von Brest-Litowsk gegangen, und wir wissen, daß sie gezwungen waren, unter sehr schweren inneren Auseinandersetzungen, einem ihnen diktierten, also einem imperialistischen Frieden zuzustimmen. Gibt es hier nicht eine Parallele? Enthält das INF-Abkommen nicht Elemente eines imperialistischen Friedens? Wenn Gremlizas These stimmt, die er '83 aufgestellt hat, daß die USA auf jeden Fall die Suprematie der Waffen braucht, daß sie die

Nummer 1 bleiben muß, um in der Welt überall einen Zugriff auf die Ressourcen zu haben, um eingreifen zu können, ohne ein militärisches Veto der SU riskieren zu müssen: Befinden sich nicht am Ende die USA jetzt in diesem Zustand? Haben sie sich nicht eigentlich immer in diesem Zustand befunden? Und dieser Zustand wird jetzt durch das INF-Abkommen praktisch nur noch ratifiziert. Befinden wir uns nicht doch in dem Zustand einer 'Pax americana', eines imperialistischen Friedens?

**Blinow:** Was wir vom Westen erwarten im Bezug auf das neue Denken? Eine neue Verhaltensweise, die Revision der eigenen Ansichten in Bezug auf die Sowjetunion als das Reich des Bösen, aber vor allem als ein Land, von dem Gefahr ausgeht. Es muß von der Gefahr aus dem Osten ein Abschied genommen werden in der tagtäglichen Politik des Westens. Der Westen muß auf eine atomare Abschreckung verzichten, die der Sowjetunion Aggressivität unterstellt. Man muß auch auf die Politik der Stärke verzichten und den gegenseitigen Beschuldigungen ein Ende setzen.

**Gremliza:** Darf ich das mal blauäugig nennen? »Wir erwarten von den Amerikanern, daß sie einen fairen Interessenausgleich suchen.« Das kann man natürlich immer erwarten. Die Erwartung kann aber doch wohl nicht die Analyse der amerikanischen Interessen, der Bedingungen, unter denen die USA auf der Welt sind, ersetzen . Ich will es mal an vier Fragen festmachen, die Gorbatschow gestellt hat bei seiner Rede zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution:

1. »Kann man damit rechnen, daß die Gesetzmäßigkeiten der ganzheitlichen Welt, in der die allgemeinmenschlichen Werte die vornehmliche Priorität sind, die Ausmaße der destruktiven Wirkung begrenzen können, die von den egozentrischen, klassenbedingten Gesetzmäßigkeiten des kapitalistischen Systems herrührt?«

2. »Ist der Kapitalismus fähig, sich vom Militarismus zu befreien?«

3. »Kann das kapitalistische System ohne den Neokolonialismus auskommen, der eine Quelle seiner heutigen Lebenssicherung bildet?«

Zusammengefaßt: »Wird der Kapitalismus fähig sein, sich den Bedingungen einer kernwaffenfreien und entwaffneten Welt, den Bedingungen einer neuen, gerechten Wirtschaftsordnung, den Bedingungen eines fairen Vergleichs der geistigen Werte der beiden Welten anzupassen?« Und Gorbatschow sagt sehr gewunden, nicht sehr präzise auf die Fragen antwortend, in allen vier Fällen: irgendwie ja, weil es sonst nicht weitergeht.

**Amendt:** Ich habe das genau verstanden: irgendwie nein. Das ist wirklich der Punkt, wo wir beide großen Dissens haben. Diese ganze Perestroika- und Glasnost-Entwicklung ist für mich die Rückgewinnung der Dialektik, und ich finde, du argumentierst undialektisch. Gorbatschow ist Marxist, und ich kann mir nicht vorstellen, daß hier nicht auch bei dieser Außenpolitik eine marxistische Analyse zugrunde liegt, die natürlich darauf spekuliert, daß die Erstarrung in den imperialistischen Ländern durch diese neue sowjetische Außenpolitik aufgebrochen wird. Denn daß in der Arbeiterbewegung, der Arbeiterklasse und in den fortschrittlichen Bewegungen in den kapitalistisch-imperialistischen Ländern eine Erstarrung zu registrieren ist, wird ja wohl niemand bestreiten. Ich halte das jetzt wirklich für kleinlich, wenn wir anfangen, all diese Sätze, die da gesagt worden sind und in denen ich immer auch propagandistische, auf die Psyche der Menschen zielende Argumente mithöre und mitlese, wenn wir die so beim Wort nehmen und nicht unterstellen, daß dahinter eine knallharte und glasklare Analyse steht.

Das Problem liegt für meine Begriffe ganz woanders, und deshalb ist es so ungeheuer schwierig, ausgerechnet am Beispiel von Afghanistan diese Frage zu diskutieren. Denn bei Afghanistan vermischen sich zwei Sachen: Hätte die Sowjetunion in Afghanistan eingegriffen, wenn dieses Land nicht ausgerechnet auch noch an der Südgrenze der Sowjetunion läge, wo es um unmittelbare Sicherheitsinteressen ging? Hätte die SU in einem Land eingegriffen, wo es diese Sicherheitsfrage nicht gab, meinetwegen irgendwo in Afrika? Ich kenne viele Leute, die sich gewünscht hätten, daß die Sowjetunion hätte in Chile eingreifen können. Lassen wir mal die Sicherheitsinteressen weg und tun wir mal so, als läge Afghanistan geographisch ganz woanders: Wie hätte sich dann der proletarische Internationalismus der Sowjetunion geäußert? Und wie wird er in einer Zukunft sich äußern, von der wir doch wissen, daß der Imperialismus weitermachen wird in seiner Aggression, daß er weiterhin Contrabanden überall in der Welt unterstützen wird. Darf die Sowjetunion oder sollte überhaupt ein sozialistisches Land in einem Land eingreifen, wo überhaupt nicht absehbar ist, daß aus ihnen eine sozialistische Revolution werden kann. Hat nicht die Sowjetunion in Afghanistan leichtfertig versucht, ein sozialistisches System zu etablieren, wo objektiv die Voraussetzungen einfach nicht gegeben waren und wo es absehbar war, daß das scheitern mußte? Wie wird die Unterstützung zukünftig aussehen? Gibt es noch eine solche Unterstützung?

**Trampert:** Vielleicht können wir uns zunächst einmal darauf einigen, daß wir grundsätzlich gegen die Etablierung eines Systems von außen sind. Sowohl in Situationen, in denen ein Land nicht »reif« sei für etwas Sozialistisches, als auch in solchen Situationen, wo es »reif« sei. Es geht um Unterstützung ohne den Anspruch, eigene Werte zu übertragen. Sowjetische Werte können nicht auf Nicaragua übertragen werden. Gleichzeitig weiß ich: Wenn die Sandinisten entwaffnet werden würden, gäbe es dort Völkermord. Die können gar nicht leben mit dem, was sie erreicht haben und mit dem, womit sie konfrontiert sind, ohne Unterstützung von außen.

Ich weiß nicht, was Gorbatschow genau meint und was er wie analysiert. Es gibt eine Anhäufung von Bekenntnissen: Von uns geht keine Gefahr aus, wir verzichten auf Stärke. Jetzt gab es sogar eine riesige Selbstkritik: Wir haben den Rüstungs-Wettlauf mitgestaltet – das ist für die arme Friedensbewegung nachträglich ein Schlag ins Kontor, die immer bewiesen hat, daß die Nato der vorantreibende Faktor ist, und die wird jetzt konfrontiert mit der Selbstkritik aus der SU, sie sei es mitgewesen. Klar ist ja, das alles für die atomare Abrüstung getan werden muß. Und ohne Abrüstung funktioniert auch die geplante Wirtschaftsoffensive nicht. Denn es ist dem Westen ja auch gelungen, der Sowjetunion eine militärisch-industrielle Anpassung aufzuzwingen. Davon wegzukommen, ist ein Akt der Befreiung, den ich Gorbatschow und der neuen Politik voll und ganz zugestehe.

Aber die geschieht wieder mit Unterwerfungsklauseln, die fast so klingen, wie einige Formeln der Friedensbewegung hier in ihren besten Zeiten: Wir sind harmlos, wir überreichen Blumen und dann hoffen wir, daß unsere Argumente und unsere Blumen den andern zum Umdenken bewegen. Aber der denkt natürlich nicht um, sondern macht gigantisch weiter. Ist das nicht ein Stück Selbstentäußerung: Es lohnt sich nicht, gegen den Imperialismus zu kämpfen? Es lohnt sich, harmlos zu sein? Es lohnt sich, achtmal hintereinander dem Reagan zu sagen, von uns geht wirklich keine Gefahr aus?

**Amendt:** Ja, da ist die Frage, wer der Adressat dieser Politik ist. Wenn von den USA die Rede ist, ist da die herrschende Klasse der USA oder sind die Bevölkerung der USA, die Arbeiterklasse der USA, die Arbeiterklassen der ganzen Welt gemeint? Wenn es die Herrschenden wären, wäre es eine Katastrophe. Aber ich kann mir das nicht vorstellen.

**Trampert:** Nein, wenn es die anderen sind, wenn es all die Menschen sind, die aufbegehren müßten, die ihre Aufstände organisieren müßten, wenn man denen sagt: Harmlosigkeit rentiert sich letztlich mehr – das wäre viel gefährlicher. Denn dem Reagan zu sagen, wir sind harmlos, das ist Jacke wie Hose. Also, der hört sich das an und sagt, gut, wenn ihr euch öffnet, möglicherweise für unsere Wirtschaft, wenn ihr das Doppelte an Raketen abrüstet im Vergleich zu unserer Abrüstung, ist das in Ordnung, machen wir alles mit, aber kommt uns sonst nicht in die Quere, weder ideologisch, noch im Sinne einer materiellen Unterstützung von Befreiungsbewegungen.

**Blinow:** 15.000 Sowjetsoldaten sind in den Kämpfen in Afghanistan gefallen, und nun fragen deren Familienmitglieder, wofür haben unsere Söhne gekämpft. Sie haben ihre internationalistische Pflicht erfüllt; es ging aber selbstverständlich auch um eine 2.000 km lange Grenze, die gefährdet worden war, infolge der Pläne der USA. Aber müssen wir jedes Mal einem Land internationalistische Hilfe leisten, wo die kommunistische Bewegung die Mehrheit hat? Ich bin der Auffassung, daß wir für die Einhaltung der internationalen Pflichten auch weiter eintreten müssen. Ob dies die Form einer militärischen Präsenz annehmen muß, weiß ich nicht. Daß auch künftig in Not geratenen fortschrittlichen Bewegungen geholfen werden muß, liegt klar auf der Hand. Wenn die Sowjetunion auf dieses Prinzip verzichten würde, hieße das, sie würde auch sich selbst, auch dem Kommunismus ein Ende setzen und das wird nicht erfolgen.

**Gremliza:** Zu den Themen des Moskauer Gipfeltreffens, auf die die USA besonderen Wert legten, gehörten die sogenannten »Krisenherde« in aller Welt, die gemeinsam zu »bewältigen« seien. Was ist nun ein Krisenherd? Das ist eine Gegend, wo Befreiungsbewegungen sich durchgesetzt haben oder dabei sind, sich durchzusetzen, und daran gehindert werden sollen. Die gemeinsame Bewältigung von Krisenherden heißt de facto nichts anderes als die Einstellung von Hilfe beispielsweise für die afghanischen Sozialrevolutionäre oder für die Sandinisten in Nicaragua. Und meine Befürchtung ist, daß die SU bereit ist, diesen Preis zu entrichten und ihre Unterstützung und Förderung von Befreiungsbewegungen einzustellen.

**Blinow:** Bei der Betrachtung der Frage der Krisenherde muß auch darauf verwiesen werden, daß wir vor allem an die Vorbeugung eines Ausbruches eines Dritten Weltkrieges denken müssen, nicht nur an die Unterstützung der dortigen Befreiungsbewegungen. Ein lokaler Konflikt, ein Krisenherd kann sehr schnell zu einem überregionalen Konflikt werden, wenn eine Weltmacht in den lokalen Konflikt sich einbeziehen läßt.

**Fülberth:** Mir kommt die Diskussion hier so vor, als würden wir in einer *black box* rumstochern und nicht so genau wissen, was drin ist. Vielleicht ist die Realität auch so. Diese Unklarheit finde ich in der These 10 der ZK-Vorlage für die Parteikonferenz, die mir viel Kopfzerbrechen macht. Da ist dieser lange Satz: »Eine kritische Analyse der Vergangenheit zeigte, daß auch unsere Außenpolitik von Dogmatismus und subjektivistischem Herangehen gekennzeichnet war. Es wurde ihr Zurückbleiben hinter grundlegenden Veränderungen in der Welt zugelassen, und neue Möglichkeiten für eine Verringerung der Spannungen und eine bessere Verständigung der Völker wurden nicht in vollem Maße genutzt. Im Kampf um das militärische Gleichgewicht wurden in der Vergangenheit nicht immer die Möglichkeiten ausgeschöpft, die Sicherheit des Staates durch politische Mittel zu gewährleisten. Wir ließen uns dadurch ins Wettrüsten hineinziehen, was nicht ohne Auswirkungen auf die sozialökonomische Entwicklung des Landes und seiner internationalen Position bleiben konnte«.

Da steht sehr viel drin und es ist fast grenzenlos interpretierbar. Wie soll man es interpretieren? Geht da ein die Selbstbezichtigung aus diesem berüchtigten Artikel in der »Literaturnaja Gazeta«, der den USA bestätigt, sie hätten zurecht

Angst vor der sowjetischen Rüstung haben können oder ist es ein Kompromiß zwischen dieser »Literaturnaja Gazeta« und etwas anderem?

In allen möglichen Dokumenten taucht die Formel von den regionalen Konflikten auf. Die »FAZ« hat's in einem Leitartikel so zusammengefaßt: »Der sowjetische Rückzug aus Afghanistan kann dann zum Auftakt einer gemeinsamen Bewältigung strittiger Regionalfragen von Kambodscha bis Südafrika, von der Karibik bis zum Mittleren Osten werden. Daß Gorbatschow viel Ballast loswerden möchte, ist offensichtlich.« Könnte das nicht auch bedeuten, daß die Sowjetunion in diesen Regionen keine Alternative zu einer »Pax americana« mehr sieht?

**Amendt:** Wir erleben doch im Augenblick, daß es den Amerikanern nicht gelingt, aufgrund nur schon des Widerstandes in den USA selbst, mit einer militärischen Lösung in Panama ihre Interessen durchzusetzen. Und zweitens erleben wir ein Bündnis unterschiedlicher gesellschaftlicher Systeme in Zentralamerika und Südamerika gegen die USA. Wenn nun das Ergebnis wäre, daß Nicaragua zwar nicht ein sozialistisches Land würde, aber ein fortschrittlich-bürgerlich-sozialdemokratisches Land, dann wäre das, angesichts der Bedrohung durch atomare Waffen, für mich eine erfolgreiche Politik. Wenn ich allerdings glaube, daß Nicaragua ein sozialistisches Land werden muß, dann ist es eine Niederlage. Das gleiche gilt für Angola. Wenn es gelänge, dieses Land sozialdemokratisch zu stabilisieren, wäre das in dieser Weltsituation ein Erfolg. Stabilisierung heißt ja noch lange nicht Rückschritt. Man soll doch nicht so tun, als wären diese Länder kurz vorm Sozialismus und jetzt würde durch das neue Denken, die neue sowjetische Politik alles zurückgedreht.

**Trampert:** Was hat das eine überhaupt mit dem anderen zu tun. Wenn die Amerikaner da auf Schwierigkeiten stoßen in Panama, und es ratsam finden, dort nicht offen loszuschlagen, weil sie die Hoffnung haben, es käme noch zu einer für sie günstigeren Lösung durch wirtschaftliches Aushungern, dann ist das doch nicht Ergebnis des neuen Denkens von Gorbatschow oder der allgemeinmenschlichen Lösung aller Konflikte. Das ist doch eine von den USA selber kalkulierte Größe.

**Amendt:** Nein, die USA können – und das ist ein Ergebnis des Rückzugs aus Afghanistan – gegen über ihrer eigenen Bevölkerung im Augenblick eine militärische Intervention gegen Panama nicht durchsetzen. Und sie sind gleichzeitig konfrontiert mit einem völlig neuen Bündnis der zentral- und lateinamerikanischen Staaten, unter zunehmender Einbeziehung Kubas. Das ist eine völlig neue Situation des US-lmperialismus in dieser Hemisphäre. Mit dieser Situation sind sie noch nie konfrontiert worden. Und das finde ich einen Schritt gegen den Imperialismus, einen Schritt für bürgerliche Befreiungsbewegungen bis hin zu sozialrevolutionären Bewegungen, ein sehr buntes Gemisch unterschiedlichster Bewegungen in dieser Region. Das ist für mich ein Erfolg und das hat etwas damit zu tun, daß die SU von dieser Politik der militärischen Intervention in Afghanistan zurückgetreten ist.

**Blinow:** Und daß sie nicht in Nicaragua einmarschiert ist.

**Gremliza:** Die Sowjetunion hat sich bei ihrer Hilfe für Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt nur einmal nicht auf die Lieferung materieller Hilfe beschränkt – nämlich in Afghanistan, und dort zieht sie nun ab. Wenn wir den Sonderfall Afghanistan nun mal ausklammern: Was wird sich an der alten internationalen Politik ändern? Gehört zum »Neuen Denken« in der Außenpolitik, daß materielle Hilfe nicht mehr geleistet wird? Und ist das Signal gegenüber den USA so zu verstehen: Wir leisten keine Hilfe mehr, und für diese Verzichtserklärung erwarten wir ein Wohlwollen der internationalen Öffentlichkeit gegenüber dem Volk von Nicaragua oder dem von Panama. Soll also in Zukunft allein die westliche Öffentlichkeit den Imperialismus daran hindern, revolutionäre Bewegungen zu liquidieren? Weil die Imperialisten dann leider keine Legitimation für ihre Interventionen haben, wenn die Sowjetunion den proletarischen Internationalismus liquidiert?

**Amendt:** Ja, der Imperialismus gerät durch diese Politik in Legitimationsprobleme. Ich glaube auch, daß diese Politik den Klassenkämpfen in den USA und in allen imperialistischen Ländern einen gewissen Handlungsspielraum eröffnet. Wir wissen doch, wie gelähmt die internationale Solidaritätsbewegung war durch die Intervention in Afghanistan.

**Trampert:** Ich kultiviere noch einmal meine Skepsis: Ich sehe nicht, wie positiv die Lage im Moment ist, ob durch die friedliche Koexistenz und weil der Westen unter moralischen Druck kommt, weil die SU aus Afghanistan abzieht oder aus welchen Gründen auch immer. Ich teile die Einschätzung, daß sie mal besser war. Das bißchen Sozialrevolution in Nicaragua, Mocambique und anderswo steht unter einem gewaltigen Druck. Ich sehe vor allem ein weltweites neues Denken in bestimmten Werten, das mir den Sieg des Kapitalismus zum Ende dieses Jahrhunderts signalisiert. Das neue Denken, als Geistesausdruck, hat natürlich seine materielle Entsprechung. Das neue Denken in allgemeinmenschlichen Werten und Menschheitsfragen, die allesamt gemeinsam gelöst werden müssen – es gibt Probleme, die global gefährdend sind, natürlich ein Atomkrieg, natürlich auch ökologische Katastrophen und alles andere, nur die Lösung kann nie in allgemeinmenschlichen Antworten liegen. Und da gibt es zur Zeit eine gewaltige Weltstimmung, die Klassenfragen verneint, die Oben und Unten verneint. Aber wie ich mit Daimler-Benz oder Siemens nicht gemeinsam hier etwas lösen kann in der BRD, genauso wenig kann die SU, es sei denn, sie gleicht sich voll an, Weltprobleme mit Reagan gemeinsam lösen. Dabei siegen immer die, die oben sind, die, die mächtiger sind. In der Weltpolitik sind die USA, die Nato mächtiger.

Diese ganze Kategorie des neuen Denkens ist ein großes Angebot von denen, die oben sind und die Macht haben, an die, die unten sind, Oben und Unten so zu belassen.

Konkret 07/88, S 44

**Thomas Neumann**

# Europa rein - Türken raus

**In der »taz« gab es anfangs Meinungsverscbiedenheiten über die Herausgabe einer deutschsprachigen Variation der in Paris erscheinenden europäischen Kulturzeitschrift »Lettre International«. Sie sind bereinigt. Der paneuropäische Flügel der Redaktion hat gewonnen; die Peinlichkeit ist nicht zu revidieren**

Vor Jahresfrist hatte Frank Berberich in einem Interview für die »taz« Antonin J. Liehm, der »Lettre International« seit 1984 in Paris redigiert, gefragt, weshalb er »besonderen Wert auf den klassischen Massenvertriebsweg, den Kiosk« lege; »von der Thematik, dem Anspruchsniveau und den literarischen Formen her« erscheine »die Zeitschrift eher einen begrenzten intellektuellen Leserkreis anzusprechen«. Darauf Liehm: »Sie werden mir sicher mit Recht sagen, 'Sie machen eine Zeitschrift für die Elite'. Und ich würde darauf sagen 'Ja!'. Ja, denn auch eine Elite besteht aus Menschen und zwar Menschen, an die kaum jemand denkt. Aber ohne eine Elite gibt es keine Kultur. Die Idee einer Kultur ohne Elite ist nicht nur eine utopische Idee, sondern eine Dummheit. Eine Kultur ohne Eliten hat es nie gegeben und wird es nie geben. Wenn Sie an einem Kiosk vorbeigehen, sehen Sie: Für Leute wie mich oder Sie gibt es da fast nichts zu lesen.«

Berberich war perplex. Vorsichtig fragte er nach: »Würden Sie das auch für die Politik geltend machen? Die Vorstellung einer Politik ohne Eliten wäre auch naiv?« Liehm antwortete: »Was die Politik betrifft, weiß ich, daß ich jetzt etwas Häretisches sage – besonders für Deutschland – aber eine Professionalisierung in der Politik, eine 'politische Klasse', von der Überzeugung ganz abgesehen, halte ich insbesondere für ein entwickeltes Land für ungeheuer wichtig. Die amerikanische Idee von Politik ist die einer Politik, die von Amateuren betrieben wird.

Das geschieht in den Vereinigten Staaten noch heute – und es ist eine Katastrophe. Politik darf nicht überwiegend Amateuren überlassen werden, das endet in Katastrophen. Wie diese politische Elite sich bilden soll, wie sie kontrolliert werden muß, wie man vermeiden kann, daß sie zu einer diktatorischen Elite wird, ist eine andere Frage. Aber die Idee einer Elite selbst ist nichts Erschreckendes, im Gegenteil.«

Und als Liehm ihm endlich versicherte, ohne eine deutsche Ausgabe sei keine Zeitschrift wirklich europäisch, muß es mit Berberich durchgegangen sein. Liehm hatte seinen Mann gefunden. Beide sind nun die leitenden Redakteure der deutschsprachigen »Lettre International«. Alle Vierteljahr einmal können sie in aufrechtem Gang auf die deutschen Zeitungskioske zugehen. Die »taz« muß das tun, schrieb Arno Widmann in ihr, »will sie ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden.« »Willkommen im Land der Dichter und Denker« annoncierte der »Stern« in der Nullnummer.

Im Editorial hat Berberich sein altes Interview mit einigen Variationen noch einmal nachgeschrieben. Wo es vorher »ich«, Liehm, hieß, heißt es nun »wir«, »taz«. »Wenn wir«, steht da, »von Europa sprechen, beziehen wir uns auf jene kulturelle Gesamtheit, die sich in Jahrtausenden entwickelt hat und auf der die politischen und militärischen Teilungen lasten, die die Geschichte und die Kräfteverhältnisse in der Welt ihr auferlegt haben – ohne sie in ihren tiefsten Fundamenten zu zerstören.«

Die »Geschichte und die Kräfteverhältnisse«, deren »politische und militärische Teilungen« sich auf der »kulturellen Gesamtheit« Europas niedergelassen haben und sie bedrücken, sind hereingeschneit wie weiland, 1945, die Russen. Die unzerstörten »tiefsten Fundamente«, griechische Philosophie und christliche Kultur, haben die Reinigung vom Jüdischen überstanden, sie sind stabil geblieben und tragfähig. Auf ihnen, den mehreren Fundamenten, vereint die »taz« tout le monde. Da sind keine Parteien mehr: »Wir sprechen von einem Europa 'vom Atlantik bis zum Ural', und in diesem Konzert der Stimmen möchten wir auch die Töne kleinerer Länder, der Holländer, Skandinavier, Rumänen, Griechen, Slowaken oder Slowenen, um nur einige zu nennen, vernehmbar werden lassen.«

Um nur einiges zu nennen: Die Holländer sind keine Länder, so wenig wie die Skandinavier und die anderen Völker, und wir, die größeren Länder, sind noch kein wiedervereinigtes Volk, das definitiv entscheidet, wann wer vernehmbar wird. Was tun? »Aus den Erfahrungen der Vergangenheit mit den Instrumentarien der Gegenwart ein Europa der Zukunft zu entwerfen – dazu möchten wir beitragen.«

Haben sie. Sie haben beigetragen, d.h. etwas hingetragen, wo schon anderes liegt. Ehe die deutschsprachige »Lettre International« in den Kiosken hing, machte Frank Schirrmacher anläßlich des Lissaboner Schriftstellerkongresses über »Mitteleuropa« in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« sich seine Gedanken. Er, der demnächst den Posten Marcel Reich-Ranickis übernehmen soll, wie geredet wird, weiß auch, was demnächst zu fördern ist: »Die Diskussion um einen kulturellen Begriff von Mitteleuropa gehört zu den elementarsten Fragen der europäischen Intellektuellen. Und anscheinend muß diese Diskussion erst gelernt werden.«

Acht Tage später, als die Zeitschrift seines Themas herauskam, tat er dann überrascht, wie Kinder tun, wenn der Osterhase zum zweiten Mal erschienen ist. »Ein Wunder«, schrieb Schirrmacher, 'Lettre International' ist da.« Er konnte ihrem Inhalt

nicht viel abgewinnen – »nicht durchweg Neues ..., Schwächen, ein paar Fehler, Nachgedrucktes« – doch geschenkt, »Mäkeleien über ein Wunder«.

Abendland, Europa, Mitteleuropa, Standardbegriffe des politischen Konservativismus, dazu geschaffen, über etwas reden zu können, wovon man direkt nicht sprechen mag, bezeichnen keine geographisch bestimmten Gebiete, sie stehen für Werte, auch Ziele. Kulturvolle, geistreiche Vokabeln, die alles Niedere aus dem Sinn schlagen und Empfindungen wachrufen, an denen jeder Gebildete gern teilhat. Traummaterial. Und immer wenn dieses Material, der europäische Geist, in Umlauf gebracht wird, wächst die Furcht, er möchte entweichen, doch ebenso hebt die Hoffnung an, durch gemeinsame Anstrengungen könne der Untergang abgewehrt werden.

In der deutschsprachigen »Lettre International« führt Norberto Bobbio vor, wie das geht – »Größe und Verfall der europäischen Ideologie«: »Vielleicht hat dieser Geist seinen über ungefähr 2500 Jahre dauernden Aufenthalt in Europa einfach beendet. Ich wünschte mir, es wäre nicht so. Aber die Unfähigkeit des demokratischen Europa, zu einer Einheit zu finden, die es ihm erlauben würde, sich als ein Drittes, als Mittler oder Schiedsrichter zwischen die beiden Weltmächte zu stellen, läßt nicht viel Grund zur Hoffnung. Daß man dennoch glauben kann, die Flamme der Hoffnung sei noch nicht erloschen, liegt nur an dem wiederholten Aufbrechen von Revolten in den Ländern unter sowjetischer Oberherrschaft, auch wenn sie immer wieder aufs Härteste unterdrückt werden. In diesen Ländern ist das noch lebendig, was Benedetto Croce in den dunkelsten Zeiten der faschistischen Diktatur als die 'Religion der Freiheit' bezeichnet hat, mit der er die Substanz des europäischen Geistes zu erfassen glaubt.« »Lieblich«, sagte als ihm angesichts der übergroßen Empfangshalle die Worte ausgegangen waren, Mussolini in Chaplins Hitlerfilm zu seinem Freund.

Im Deutschen ist die Idealisierung der Wörter Abendland, Europa oder Mitteleuropa, die ihre geographische Aussage ablöste, über hundert Jahre geläufig. Seit das deutsche Kapital die Grenzen deutscher Territorien überschreitet und ins Weite schweift, begleitet es der abendländisch-mitteleuropäische Geist auf allen seinen Wegen. Nichts weniger als neu ist also der »Traum von Europa«, zu dem sich neuerdings allerorts Schriftsteller, Politiker und Wissenschaftler treffen und erklären. In Deutschland hat vor mehr als hundert Jahren Friedrich List ihn vorausgeträumt, zur Jahrhundertwende die »Mitteleuropäische Wirtschaftsvereinigung«, in den zwanziger Jahren die »Paneuropa-Bewegung« des Grafen Coudenhove-Kalergi usw. Auch die Bundesrepublik ist reich an europäischen Ideen. Doch blieb das, wie die »taz« schrieb, »eine Domäne der alten Rechten«. Soll »Lettre International« es ändern? Nicht, daß sie wüßten. Im Editorial von Frank Berberich steht: »Das Spektrum des Selbstverständnisses reicht vom demokratischen Sozialismus bis hin zum radikalen Liberalismus«.

Er weiß vielleicht nicht, was er sagt, obwohl Liehm deutlich war. Er kann es aber noch erfahren. Und darum sei ihm ein Buch des verstorbenen Reinhard Opitz empfohlen, »Europastrategien des deutschen Kapitals 1900 bis 1945«, erschienen 1977, ein Dokumentenband von tausend Seiten, in dem Wort für Wort der Quark nachzulesen ist, den »die wohl wichtigste europäische Kulturzeitschrift« breittritt. Zum Beispiel: In »Lettre International« schreibt aus Italien Diana Pinto: »Wie soll man einer Konstruktion Europa zustimmen, die ernstlich die Aufnahme der Türkei als vollgültiges Mitglied vorsieht, während Mitteleuropa fehlt?«. 1923 schrieb in seinem Buch »Pan-Europa« Richard N. Coudenhove-Kalergi: »Europa als politischer Begriff umfaßt sämtliche demokratischen Staaten Kontinentaleuropas mit Einschluß Islands, das mit Dänemark durch Personalunion verbunden ist. Das Restgebiet der europäischen Türkei gehört politisch zu Asien.«

Zum Beispiel: In »Lettre International« schreibt Josef K.: »Die historische Struktur Europas teilt sich in drei Blöcke, in drei historische Zonen: in die Geschichtlichkeit des Westens, die absurde Geschichte Mitteleuropas und die Geschichtslosigkeit des Ostens.« Den Osten nennt er die Despotie. Die »Despotie hat kein Interesse an Geschichte, denn Geschichte ist im Grunde liberal, sie respektiert das Gesetz und den Menschen. Die östliche Geschichtslosigkeit steht der Natur viel näher als der Gesellschaft. Die weite russische Seele ist ein undifferenziertes Subjekt, das nicht der historischen Logik, sondern den Instinkten unterliegt.« Der radikal-liberale 'Europäer' Friedrich Naumann schrieb 1908 über das »Ideal der Freiheit«: »Die Geschichte hat entschieden, daß es führende Nationen gibt und solche die geführt werden, und es ist schwer, liberaler sein zu wollen, als die Geschichte selbst es ist.«

Und im Editorial schreibt Frank Berberich: »Wir alle kennen Handwerker, Arbeiter oder Bauern, die authentische Intellektuelle sind«, denn im Interview vor Jahresfrist hatte Liehm ihm vorgesagt: »Ich kenne eine Reihe guter 'Intellektueller' in Prag, die Bauern und Arbeiter sind oder waren, ganz einfache Leute, die mich interessieren.« So redet Berberich völkisch daher und spricht nach, was er aufgeschnappt hat. Ein Wunder ist es also nicht, daß er merkt, wo es langgeht, und daß Schirrmacher sich vergnügt die Schenkel schlägt.

Wenn der Regierungssprecher Ost mitteilt, er habe vernommen, wie ein »Raunen« durch das Kirchenschiff der St.-Trinitatis-Kirche in Meißen, DDR, gegangen sei, nachdem Helmut Kohl sich dort zur Messe eingefunden hatte, spricht er aus, was Leute seines Schlages früher eine abendländische Empfindung nannten und heute eine europäische nennen. Abendländisch-europäisch empfand ebenso Frau Reagan, als sie beim Besuch der Moskauer Krönungskirche ein »geistliches Gefühl« verspürte. Von anderer Art dagegen war die Antwort, die Frau Gorbatschow ihr auf die Frage nach den liturgischen Verrichtungen gab. Sie sagte, die Kirche sei nicht mehr »in Betrieb«, und hatte mit einem Wort zwei asiatische

Rohheiten verraten; die Kirche als Betrieb zu behandeln und obendrein diesen Betrieb zu schließen. Dies Raunen der St.-Trinitatis-Kirche und die geistlichen Gefühle erleben augenblicklich auch Leute, die es von sich weisen, mit Kohl oder Frau Reagan in Sympathie zu sein.

Die Gedanken, die die »taz«-Redaktion geleitet haben, als sie entschied, den Verlag für die »wohl wichtigste europäische Kulturzeitschrift« zu übernehmen, sind nicht auf ihrem Mist allein gewachsen. Die »taz« glaubte ironisch zu sein, als sie die alte Forderung von Strauß und Konsorten in ihr Editorial aufnahm, 'Europa vom Atlantik bis zum Ural' wenigstens intellektuell zusammenzuführen. Aber es war nur dumm. Es war der Dummheit zu danken, die sich zuallererst in der Friedensbewegung ein Stelldichein gab und von da zur Menschheitsgattung gelangte. Und es ist der sozialistischen Dummheit geschuldet, deren Versäumnisse Platz gemacht haben für diese wenig aparten Gedanken. Aus der Vereinigung beider Dummheiten geht die Neuauflage des »abendländisch-mitteleuropäischen Geistes« hervor.

Liehm weiß es und hat dem Berberich, der gar nichts weiß, alles gesagt. Nachdem der ihm seine Vermutung mitgeteilt hatte, »die traditionellen Werte der Linken, die Frage der Gleichheit und die der sozialen Gerechtigkeit, scheinen keine große Rolle mehr zu spielen; es geht um politische Rechte, kaum mehr um soziale«, hat Liehm ihm das interpretiert: »Deshalb ist ja die Diskussion so wichtig. Betrachten Sie die Friedensbewegung oder die Anti-Raketenbewegung: zuerst haben die östlichen Dissidenten gesagt, 'das ist alles russische Propaganda!'. Dann sind ein paar vernünftige Leute hingefahren, und man hat auch dort langsam verstanden, daß es da etwas gibt, was zu diskutieren sich lohnt.«

Sie, wer immer, hatten nämlich verstanden, daß es da eine Reihe von infantilen Rädelsführern gibt, die die Friedensfähigkeit des Kapitals entdeckt haben. Dann konnten sie bemerken, wie in diesen Kreisen nicht allein die heidnischen, sondern die abendländischen Religionen gleichfalls neu erblühen. Und sie haben entdeckt, daß es ganz unschicklich geworden ist, sozialistische Gedanken zu haben. Daraus läßt sich etwas machen. Denn das Kapital hat nicht aufgehört, neue Märkte zu erschließen, es expandiert, wenn es tätig ist, wie jeder angehende Vorsteher des kleinsten Profitzentrums in der ersten einführenden Schulung lernt. Die Expansion ins Allgemeinverständliche zu übersetzen, ist das soziale Interesse des Kapitals. Und einer der verständlichsten Gedanken hierzulande, den auch der »authentische Intellekt« des Bauern, Handwerkers und Arbeiters nachvollzieht, ist der europäische Gedanke. Europa ist die Kultur ohne Grenzen, Geist, der überall weht. Tut man etwas Schlechtes, wenn man sich ihn zu eigen macht? Nein, schrieb in der »taz« Arno Widmann: »Eine kleine Chance gibt es sogar, nicht nur zu verdienen, sondern sich verdient zu machen.«

Konkret 07/88, S 47

**Diedrich Diederichsen**

# Harald und Eddi

Nichts gegen Luis Bunuel. Fast hätte ich mal eine Doktor-Arbeit über ihn geschrieben, und gerne lese ich gerade seine alles abstreitenden Dialoge mit Max Aub, aber seine bei der Programmkino-Gefolgschaft erfolgreichsten und für surrealistisch (möglicherweise zurecht) gehaltenen Filme verdanken ihren Erfolg der Tatsache, daß sie ziemlich in die Länge gezogene (was sie auch einprägsamer und größer machte und auch den Spaß erhöht haben mag), nacherzählbare Sketche sind (ich denke etwa an den »Würgeengel« oder große Teile des »Diskreten Charme der Bourgeoisie« oder das »Gespenst der Freiheit«), und also Witze, die immer wieder auf der einfachen Pointe beruhen, daß sich irgendwelche Gruppen, Gesellschaften, Ehepaare oder andere Gemeinschaften darauf einigen, etwas für wirklich zu halten, was nicht wirklich ist (wie der Kinozuschauer, der ja über die Realität des Realen entscheidet, deutlich schon sehen kann: Die Porno-Bilder sind in Wirklichkeit Reisepostkarten, das entführte und eineinhalb Jahre gesuchte Kind steht die ganze Zeit neben seinen entnervten Eltern, es gibt absolut keinen physischen Grund, die Partygesellschaft im »Würgeengel« nicht zu verlassen etc.).

Alle diese Pointen folgen also der Idee der neuen Kleider des Kaisers, einer Idee, in der das ganze Dilemma der Aufklärung begraben liegt, die eigentlich befreiende Entdeckung des Kindes, daß der Kaiser nackt ist, dermaßen auswälzend, daß sie absolutiert und Redewendung geworden in den Wortschatz liberal-naserümpfender Modekritik eingegangen sind, wo es doch längst interessanter und wichtiger und aggressiver wäre, offensiv mit solchen Nacktheiten zu arbeiten (vgl. Lüge-als-Wahrheit-im-Pop, Jg. 82-84 »Sounds«, »Spex«). Bunuel-Filme sind neben ihren vielen anderen Qualitäten manchmal absolute Nackte-Kaiser-Pornos, sich stundenlang daran aufgeilend, wie nackt und was da alles nackt ist und was man da alles sehen kann, auf Einverständnis mit einem Publikum hoffend, das auf seine realen Kleider so derbe und bäurisch stolz ist, daß man sie ihm vom Leibe reißen möchte.

Warum ich das alles erzähle? Diese Spielart des Bunuelismus als Surrealismus (und vice versa) hat endlich ihre richtige sowohl Fortsetzung wie auch Kritik und Überwindung gefunden in der Sketch-Serie »Harald und Eddi« mit Harald Juhnke und Eddi Arend Montag abends in der ARD. Die extrem kurzen Sketche, in denen zum Beispiel Harald und Eddi einer jungen Dame gegenüber darauf bestehen, eineiige Zwillinge zu sein (was sie durch alle offensichtlichen Unterschiede, die sie einzeln ansprechen und vorführen, zu beweisen versuchen), bis sie einen in die Kneipe hinzutretenden Schwarzen in die Arme schließen und zugeben: Wir haben gelogen, in Wirklichkeit sind wir eineiige Drillinge, leben einerseits von genau dem alten aufklärerischen Sein/Schein-Klarstellungsanspruch, sich solidarisch über ihn amüsierend, lassen aber andrerseits den Lügner triumphieren, Juhnke als New-Age-Arzt etwa, der seinen Patienten mit sichtbarer Axt-im-Schädel auffordert, alles nicht so verbissen zu sehen, das Problem mental zu lösen, die andere Gehirnhälfte arbeiten zu lassen etc., während er außerdem fieberhaft seine Akupunkturnadeln sucht, um seine eigenen Kopfschmerzen zu behandeln. Als er ermattet auf einen Stuhl niedersinkt, hat er sich natürlich in die Nadeln gesetzt und greift sich erleichtert an die Stirn, die Kopfschmerzen sind weg. Einerseits wird so New Age richtig und sichtbar als das, was es ist, kritisiert: Lüge, andrerseits demjenigen Recht gegeben, der im Pop-Sinne richtig lügt.

Aber auch das nur bis zu einem gewissen Grade: Juhnke, Arend und Christine Kaufmann auf der einen Seite eines Zugabteils, nebeneinander, unterhalten sich rhythmisch und in Reimen, Rap-mäßig. Juhnke macht Kaufmann an, Arend ist entrüstet, Kaufmann flirtet zurück, Arend ist entrüstet, Juhnke fällt über Kaufmann her (über den dazwischensitzenden Arend, der ist entrüstet), Kaufmann und Juhnke entschuldigen sich; alle drei verlassen das Abteil. Ihnen hat die ganze Zeit ein würdiger Herr gegenübergesessen, dessen Gesicht von einer Zeitung verdeckt war, die er nun sinken läßt: ein Schwarzer. »Eines muß man den Weißen ja lassen: Sie haben den Rhythmus im Blut«.

Das Lachen über den Kaiser ist ja deswegen so ekelhaft, weil es denunziert (die Denunziation müde damit rechtfertigend, daß es sich um einen Kaiser handelt), Juhnke und seine Leute schmücken sich aber ständig freiwillig und stolz mit irgendwelchen denunzierbaren Abnormitäten und lachen sich über die schlapp, die sich diese Courage nicht leisten, so über den ewig-blöde Wahrheiten petzenden Kindermund triumphierend. Beide (Juhnke und Arend) haben ja schon lange eine Trash-Gefolgschaft, die aus SO-SCHLECHT-DASS-ES-SCHON-WIEDERGUT-IST-Studenten besteht, Juhnke wg. »Bild« & Alkohol, Arend wg. Edgar Wallace, beide haben eindeutig mehr verdient. Juhnke ist schon lange einer der wenigen deutschen Markenzeichen-Schauspieler (der mit Abstand beste Marlon-Brando-Synchronsprecher obendrein), der in der Lage ist, seinen Mythos ständig in Frage zu stellen, bzw. den Teil seines Mythos, der allen vergleichbaren Typen unangenehm wäre, in den Mittelpunkt zu stellen (»Die Kefir-Kampagne«), Eddi Arend ist meisterhaft als Lebemann, Chef, Großkotz, Neurotiker (alles was im Widerspruch zu seiner Kleinwüchsigkeit steht), beide spielen ständig mit Hierarchien, die fast immer Voraussetzung der Sketche sind. Arend okkupiert als Bewerber das Büro des Personalchefs Juhnke, um dann schließlich selber ein Einstellungsgespräch vorzunehmen.

Ein Witz aus einem Richard-Lester-Supermann-Film fällt mir ein, der das Vorbild all dieser superschnellen Komödien-Single-Hits gewesen sein könnte: Das blonde Liebchen des großen bösen Gangsters liest einen Liebesroman. Als der Gangster das Luxus-Appartement kurz verläßt, läßt sie die Zeitschrift sinken, und man sieht, daß sie nur mit dem Cover ein Buch eingeschlagen hatte. Die Kritik der reinen Vernunft. Laut denkend diskutiert sie Kant-Probleme. Als der Boß zurückkommt, setzt sie sofort wieder das dumme Gesicht auf, wickelt das Buch wieder in den Liebesroman ein. Quietscht. Regie bei »Harald und Eddi« führt übrigens Jung- und Experimentalfilmaltmeister George Moorse.

Konkret 07/88, S 48

**Wolfgang Schneider**

# Aus dem Tollhaus III

**Weltweit sind Religionsgemeinschaften auf dem Vormarsch. Auch die bundesdeutsche Linke wird grad fromm und schwärmt im Zeichen des 'Neuen Denkens' von einem »christlich-marxistischen Dialog«, der sich bei näherem Hinsehen jedoch als innertheologisches Selbstgespräch entpuppt**

Christen sind seit 2000 Jahren unterwegs zu einer wahrhaft menschlichen Ordnung. Marxisten kamen etwas später hinzu. Dieter Klein, Prorektor für Gesellschaftswissenschaften, Berlin/DDR

Die marxistische Religionskritik wird daher auf einem neuen Niveau zu einem unverzichtbaren Bestandteil der Theologie. Kuno Füssel, Christen für den Sozialismus, DKP

Es scheint, als hätten nun endlich auch die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten die Zeichen der Zeit erkannt: Nach den Klatschreportern, Rechtsanwälten, Chirurgen, Hoteliers, Bierbrauern und Weinbauern werden ARD und ZDF in wenigen Monaten je einen »menschlichen, engagierten, 'fortschrittlichen' (...) Pfarrer als Sympathieträger« ins Rennen um die Zuschauergunst schicken. »Mit Leib und Seele« (so der ZDF-Serientitel) wird dann der katholische Gottesmann Dr. Dr. Adam Kempfert, unterstützt von seiner durch Lieselotte Pulver zweifellos adäquat verkörperten Schwester und Haushälterin, für die Popularität seiner Kirche streiten, während auf dem anderen Kanal und in ebenfalls 13 Folgen (Titel: »O Gott, Herr Pfarrer«) der evangelische Pfaffe Hermann Wiegandt Toleranz und Weltoffenheit seines Glaubensbekenntnisses demonstrieren soll – »fortschrittlich, sozial engagiert, kritisch, unbequem«, verspricht der Pressetext des Süddeutschen Rundfunks, und schon das Arrangement der Requisiten deutet darauf hin, daß die Verantwortlichen diesmal Wort halten werden. Das »Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt« berichtet von den auf einem Buch des ehemaligen Stuttgarter »Spiegel«-Korrespondenten Eberhardt Hungerbühler alias Felix Huby basierenden ARD-Dreharbeiten: »Ein Blick in die acht Zimmer des Studio-Pfarrhauses macht deutlich, daß Hermann Wiegandt 68er Idealen treu geblieben ist. Gleich hinter der Haustür hängt im Flur über dem Schlagzeug und ein paar Fahrrädern ein Bonhoeffer-Plakat. Weiter hinten steht die orangerote Brot-für-die-Welt-Sammelbüchse. An der Pinnwand in der Küche hängen ein Sticker mit der Friedenstaube und ein Aufkleber gegen die Volkszählung. Auf dem Ikea-Regal im Arbeitszimmer stehen irgendwelche heidnischen Terrakottafiguren, an der Wand hängt ein Poster von 'amnesty international' .«

Das hat der linke Sozialdemokrat Hungerbühler, der vor Jahren aus der Kirche austrat, dann jedoch in der Friedensbewegung die Suggestivkraft des Aberglaubens neu entdeckte und abermals schätzen lernte, fein beobachtet: Sie haben sich nämlich gemütlich eingerichtet, unsere linken Christen, zwischen den Dokumenten der 2000jährigen Schreckensgeschichte ihrer Religion, zwischen dem frommen Idol, das, weil von Glaubensgenossen ermordet, die Fiktion einer innerkirchlichen Opposition ermöglicht, dem Spendentopf zur Linderung einer Not, die es ohne Ihresgleichen gar nicht gäbe, und den folkloristisch denunzierten, als Beutestücke ins Regal sortierten Zeugnissen jener Kulturen, deren Überleben im christlichen Heilsplan eben nicht vorgesehen war. Um sich in diesem zum Feld sozialfürsorgerischer Aktivitäten umfunktionierten Kontinuum von Angst, Schmerz und Tod wohlfühlen und andere von der »progressiven Potenz« einer Vorstellungswelt überzeugen zu können, die in der Tat zwischen der Eingangstür eines x-beliebigen Pfarrhauses und dem Arbeitszimmer eines x-beliebigen Kanzeltäters bequem Platz findet, für »68er Ideale« allerdings keinen übrig läßt, müssen diese christlichen Sozialisten (»die schlimmste Art des 'Sozialismus' und seine schlimmste Entstellung«, Lenin) tun, was Christen immer taten: Sie müssen sich und andere sowohl über die immanent-repressive Tendenz ihrer Lehre als auch über die ununterbrochene Katastrophe ihrer historischen Wirkung täuschen; sie müssen lügen und/oder ihre Unwissenheit bekunden, und sie müssen beides im Brustton der Überzeugung tun.

Die heftigen Reaktionen, die KONKRET 3/88 mit seinen Beiträgen zum Thema »Christentum: 2000 Jahre sind genug!« bei linken Christen auslöste, dokumentieren, daß religiöse Gewißheit den Blick auf Gesellschaft und Historie trübt und jenes kritische Erkenntnisvermögen blockiert, das auch christliche Sozialisten/Kommunisten üblicherweise für sich reklamieren, daß also doch, wie August Bebel formulierte, »Christentum und Sozialismus (...) sich wie Feuer und Wasser gegenüber(stehen).«

Nur der Tonfall der zahlreichen Protestschreiben gegen die Charakterisierung der christlichen Kirchen als »Verbrecherorganisationen«, die KONKRET erreichten, variiert mitunter, wechselt etwa von der Entrüstung des bestenfalls ahnungslosen Eleven aus Extertal-Bösingfeld: »Wenn ich im Sommer mein Theologiestudium beginne, mit dem Berufsziel Pfarrer, fühle ich mich genausowenig als ein Verbrecher wie alle meine Mitstudenten«, zum Unterweisungsstil eines reifen Salzburger Meisters: »Nun zurück zur Marxistisch-Leninistischen Religionskritik. Lieber Herr Gremliza, in welchem Zusammenhang müssen wir die Marxistisch-Leninistische Religionskritik immer sehen? Im Zusammenhang mit der Errichtung der klassenlosen Gesellschaft. (...) Die richtige Antwort auf die bürgerliche Klassenreligion muß in der Klassengesellschaft (...) die proletarische Klassenreligion sein.« Im übrigen aber wiederholen die linken Christ(inn)en in

enervierender Monotonie stets einunddasselbe Argument – überzeugt, es müsse schon deshalb für's Christentum sprechen, weil es ansonsten auch gegen den Marxismus spräche. Dieses Argument ist in all seinen Teilen falsch und geht so:

*»Tausende faschistoider Deutschlehrer haben Schüler mit Goethe traktiert – war Goethe deshalb faschistoid ? (. . .) Soll uns etwa wegen all der feigen Pfaffen, der Inquisitoren-Schlächter oder ein paar grüner Spinner die Bibel nichts mehr zu sagen haben?«*

*»Mit gleichem Recht ließen sich Marx und Luxemburg als Verbrecher abtun, weil sie das Pech hatten, Gründungsmitglieder eines Vereins zu sein, dem auch Stalin angehörte.«*

*»Parallele: Stalin nannte sich Kommunist – und ermordete mehr gute Kommunisten als Hitler. «*

*»Übelnehmen kann man euch aber, daß ihr nicht differenzieren wollt (. . .). Zu differenzieren wäre zwischen Christentum einerseits und Kirche samt dogmatischer Religion andererseits.«*

*»Wäre ich Antikommunist, dann wäre es mir ein Leichtes, den Kommunismus nur nach seinem Mißbrauchtwerden – sprich z. B.: Stalinismus – zu beurteilen.«* (Wer unterstellt, dies sei möglich, argumentiert bereits antikommunistisch .)

*»'Weil Stalin ein skrupelloser Diktator war, deshalb ist der Kommunismus eine Verbrecherdoktrin'. Nach diesem Strickmuster Religion und Christentum aburteilend (?1), ist zu vermuten, daß Sie sich niemals ernsthaft mit Religion beschäftigt haben.«*

Womit mögen sich die Verfasser/innen dieser Sentenzen in ihrem Leben wohl beschäftigt haben? Das Gründungsdokument ihrer Glaubensgemeinschaft kann es so wenig gewesen sein wie deren Geschichte, die marxistischen Klassiker so wenig wie der stalinistische Despotismus. Denn die Antwort auf ihre Vorhaltung ist ganz einfach: Stalin brach rabiat mit den Vorstellungen Marx' und Luxemburgs – die christlichen Täter hielten sich durch die Jahrhunderte getreu an ihre biblischen Maßgaben und Vorbilder. Im Namen des biblischen Gottes, der, »von Absolutheit besessen wie keine Ausgeburt der Religionsgeschichte zuvor und von einer Grausamkeit, die auch keine danach übertrifft, (...) hinter der ganzen Geschichte des Christentums (steht)« (Deschner), kann man Scheiterhaufen preisen, Juden verfluchen, Heiden zwangstaufen und Kreuzzüge verklären; im Neuen Testament findet sich, teils keimhaft angelegt, teils ausführlich begründet, was von Beginn an christliche Praxis charakterisierte: Sklaverei, maßloser Haß gegen Nichtchristen, Ketzer und Juden (wer wissen will, was Antisemitismus ist, lese etwa das Johannesevangelium), Diffamierung der Frauen und Verteufelung der Sexualität – eine Rechtfertigung des stalinistischen Terrors durch Berufung auf Marxsche Texte ist nicht möglich.

Es ist die ewig-alte Leier: »Wer immer bisher das Christentum kritisierte, mußte den Vorwurf hören, er streite gegen eine Karikatur. Fahrlässig oder böswillig entstellt, einseitig, vorurteilsvoll sei sein Bild von ihm. Das wahre Christentum sei ganz anders und werde von der Kritik nicht betroffen.«* Insbesondere progressive Christen, die längst die Greuel der Hexenverfolgungen oder der 'Taufe' Lateinamerikas eingestehen, gleichzeitig aber bestreiten, »daß diejenigen, die die Verbrechen begingen, Christen waren«, versuchen, »einen untadeligen Begriff des wahren und reinen christlichen Glaubens gegen seine verfälschte und mangelhafte Verwirklichung durch die Christenheit auszuspielen«. Wer sich jedoch auf die damit vorgeschlagene Suche nach einem 'eigentlichen' Christentum begibt, das durch seine Realgeschichte nicht tangiert worden wäre, stößt unweigerlich auf den »ethischen Anarchismus« dieser Religion. Denn entweder man folgt, auf eine eigene Definition des 'Christlichen' verzichtend, dem, was Christen jeweils als christlich ausgegeben haben, und stellt rasch fest, daß sie, sich dabei gegenseitig zur Hölle wünschend, unentwegt einander ausschließende Handlungen begründeten, oder man unterzieht die heiligen Texte der Christenheit einer eigenen kritischen Lektüre und entdeckt, daß im Chaos widersprüchlichster Moralprinzipien noch der übelste Inquisitoren-Schlächter ein Verslein gefunden haben dürfte, mit dem sich seine Menschenquälereien rechtfertigen ließen.

Um wenigstens an einem Beispiel zu zeigen, daß willkürlich verfahren muß, wer versucht, eine ethische Position christlich zu fundieren: Was eigentlich hat die linken Christen in der Friedensbewegung bewogen, sich den »Schwerter-zu-Pflugscharen«-Satz aus Jesaja 2,4 zum Leitmotiv zu wählen? Warum lassen sie bei seinem Zitat stets den vorangehenden, zum gleichen Vers gehörigen Satz weg, der klar macht, daß die vermeintliche Friedensvision die gewaltsame Unterwerfung des Gegners zur Voraussetzung hat? (»Und er wird richten unter den Heiden und zurechtweisen viele Völker. Da werden sie ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Sicheln machen.«) Und nach welchen Kriterien haben sie überhaupt sich für den Propheten Jesaja entschieden und nicht etwa für seinen Berufskollegen Joel (4,9+ 10)?: »Bereitet euch zum heiligen Krieg! (...) Macht aus euren Pflugscharen Schwerter und aus euren Sicheln Spieße!«

Offenbar – zu ihren Gunsten sei es angenommen – haben sie, gemeinsam mit ihren anders- oder ungläubigen Mitmenschen, angesichts eines realen Problems eine konkrete ethische/politische Entscheidung getroffen ('gegen die Raketenstationierung') und dafür *im nachhinein* eine theologische Begründung gesucht (der umgekehrte Weg ist, wie dies Beispiel zeigt, nicht gangbar – den möchte ich sehen, der von sich behauptet, die Lektüre des Propheten Jesaja, gar Joel, und nicht eigene Angst und/oder politische Einsicht habe ihn zum Protest gegen das Militärprogramm der NATO veranlaßt). Sie haben damit eine ethische Position, die sich weder positiv noch negativ von der eines Nichtchristen

unterscheidet, kosmisch verkleidet und so der rationalen Diskussion entzogen – worin schließlich der einzige Zweck dieser Übung besteht.

Hier liegt, denn immerhin soll 'Abrüstung' ja biblisch legitimiert werden, das von religiösen Sozialisten mittels selektiver Wahrnehmung und durch akrobatische Interpretationen systematisch geförderte Mißverständnis abermals nahe, der ethische Anarchismus der »ursprünglichen« christlichen Botschaft berge neben allerlei Mist auch emanzipatorisches, ja revolutionäres Gedankengut, das im Laufe der Zeit verschütt gegangen und nun gegen die Mächtigen dieser Welt lediglich zu reaktivieren sei. In einer Formulierung der 1971 in Chile gegründeten, 1973 auch in der BRD ins Leben gerufenen internationalen Organisation 'Christen für den Sozialismus' (CfS): »Während vieler Jahrhunderte haben die herrschenden Klassen das Christentum mit einem Netz umgarnt, welches dem Christentum seinen ursprünglichen Elan nahm und es zu einem Instrument der Unterdrückung umformte.« Heute müsse an seine »subversive Tradition« angeknüpft werden: »Es geht um den Versuch, den Christen die Fähigkeit wiederzugeben, das Salz des historischen Prozesses zu sein.«

Schon dieses »wiederzugeben« sollte angesichts dessen, was Christen in den 15 Jahrhunderten taten, in denen sie »das Salz des historischen Prozesses« waren, als Vorbereitung einer Straftat geahndet werden – was aber die »subversive Tradition« und den »ursprünglichen Elan« des Christentums betrifft, so kann, wer's wirklich wissen will, sich leicht darüber informieren, daß bereits das Neue Testament ein »Klima der Menschenverachtung« (Kahl) durchzieht, daß »in Wirklichkeit (.. .) bereits im Neuen Testament die äußerste Intoleranz (herrscht)« (Deschner), »daß die grundlegenden Lehren des Christentums eine beträchtliche Perversion der Ethik fordern, um angenommen werden zu können« (Bertrand Russell).

Im Zeichen des 'Neuen Denkens' und als eines seiner Symptome wird gegenwärtig in Ost und West ein vor allem von Seiten der Kirchen forcierter »Dialog zwischen Christen und Marxisten« gepflegt. Was ist das Ergebnis dieses Zwiegesprächs, wie treten linke Christen in ihm auf, wie begründen sie seinen Sinn, wie sieht die 'befreiungstheologische' Symbiose aus, die sie verkörpern und zu generalisieren wünschen?

Der katholische Theologieprofessor Norbert Greinacher etwa, Star und Repräsentant der linken Christen in der BRD, begründet den Anspruch seiner Glaubensgemeinschaft auf Meinungsführerschaft im christlich-sozialistischen Dialog nicht allein mit dem Hinweis auf »das kritische, befreiende und revolutionäre Potential von Religion im allgemeinen und dem christlichen Glauben« im besonderen, sondern vor allem damit, daß die Christen längst vor der Arbeiterbewegung und den Sozialisten die eigentlichen Beförderer menschlicher Emanzipation gewesen seien. Sogar die Französische Revolution sei letztlich ihr Werk: »Die Forderungen nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit sind urchristliche Werte und können nur auf dem Hintergrund der Christentumsgeschichte verstanden werden. (...) Die neuzeitliche Freiheitsgeschichte, das Sich-Herauskristallisieren der 'alteuropäischen Menschenwürde' (Habermas), die theoretische Grundlegung und mühselige politische Verwirklichung der klassischen individuellen Menschenrechte sind auch eine Frucht der Christentumsgeschichte . «

Greinacher gilt als Sozialist, Hillgruber und Nolte sind reaktionäre Historiker. Was der Theologe jedoch mit der Geschichte des Christentums treibt, würden letztere mit der des deutschen Nationalismus nie wagen.

Allein das Beispiel der Sklaverei zeigt, daß selbstverständlich weder »Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit« jemals »urchristliche Werte« waren, noch gar »die politische Verwirklichung der klassischen individuellen Menschenrechte« auf's Konto des Christentums gebucht werden darf: Nur wenige Jahrzehnte nachdem das Christentum im 4. Jahrhundert zur Staatsreligion geworden war, hatte sich der Klerus bereits zum größten Grundbesitzer und Sklavenhalter des römischen Reiches gemausert; im Mittelalter besaß die Kirche ein Drittel des europäischen Bodens und ließ ihn durch Leibeigene bebauen (und noch heute ist die Catholica größter Grundbesitzer der christlichen Welt); erst Ende des 18. Jahrhunderts, später als jede andere abendländische Großstadt, verzichtete der Vatikan auf seine Sklaven, die brasilianischen Benediktiner behielten sie bis 1864, und katholische Bischöfe wie evangelische Missionare unterstützten den staatlichen Sklavenhandel sogar bis zum Ende des 19. Jahrhunderts. Nicht etwa Einsicht in die Verwerflichkeit eines Eigentumsrechts am Körper anderer Menschen veranlaßte die Christen schließlich dazu, ihre »beseelten Werkzeuge« aus der Hand zu geben – die Abschaffung der Sklaverei mußte gegen den hinhaltenden Widerstand der Kirchen durchgesetzt werden. (»Es ist amüsant, einen modernen Christen erzählen zu hören, wie mild und vernünftig das Christentum in Wahrheit sei, und dabei die Tatsache außer acht lassen, daß dessen ganze Milde und Vernunft auf die Lehre von Männern zurückgeht, die zu ihrer Zeit von allen strenggläubigen Christen verfolgt wurden«. Bertrand Russell)

Anders als die nichtchristliche Antike hatte sich der christliche Klerus zur Festigung seiner Sklavenwirtschaft eine theologische Ableitung überlegt, derzufolge die Freilassung seiner Sklaven für grundsätzlich unmöglich erklärt wurde, weil allein Gott sämtliche Besitzverhältnisse bestimme, er, der Klerus, also nicht befugt sei, die ihm von 'oben' bescherte Institution der Sklaverei eigenmächtig aufzuheben. Dementsprechend »führte (das Kirchenrecht) alle Sklaven als Gegenstände unter der Rubrik 'Kirchengut' auf« (Kahl). Die besondere Infamie dieser Argumentation ist deutlich: Nicht etwa weil menschliche Gewalt ihn (noch) hinderte, sich zu befreien, aus Ohnmacht also, sollte der Sklave sich seinem Schicksal ergeben – aus Einsicht in einen göttlichen Willen sollte er vielmehr den Gehorsam gegenüber seinem Herrn als sittliche Pflicht begreifen und begrüßen.

Natürlich haben die Christen diese 1500jährige Leugnung des »individuellen Menschenrechts«, die perpetuiert, wer heute noch die Aufhebung von Herrschaftsverhältnissen nicht allein von menschlichem Willen und Vermögen abhängen läßt, sondern als Vollzug eines göttlichen Heilsplans interpretiert, wie dies die religiösen Sozialisten tun, ausführlich biblisch begründen können. Beispielsweise mit 1. Korinther 7, 20-22: »Jeder bleibe in dem Stand, in dem er berufen worden ist. Bist du als Sklave berufen, so mache dir keine Sorge, sondern wenn du auch frei werden kannst, so bleibe um so lieber (in deinem Stand). Denn wer im Herrn als Sklave berufen worden ist, der ist ein Freigelassener des Herrn; desgleichen, wer als Freier berufen worden ist, der ist ein Sklave Christi.« Der sprachliche Trick, mit dem hier den Begriffen 'Sklave' und 'Freier' ein doppelter, die Unterdrückten düpierender Sinn unterlegt wird, stempelt diesen Text zu einem der zynischsten der Literaturgeschichte.

Norbert Greinacher aber, »von der ungeheuerlichen Gemeinsamkeit von Christen und Sozialisten« überzeugt, konstatiert, nachdem er die Historie entsprechend präpariert hat, »daß die Deutsche Arbeiterbewegung (gegenüber der christlichen Tradition, WS) ein ethisches Theoriedefizit aufweist«, und stellt seinem Dialogpartner deshalb einige Fragen, die sowohl dessen diesbezügliche Nachholbereitschaft erkunden, als auch die Bedingungen klar machen sollen, unter denen er, Greinacher, eine Kooperation zwischen Christen und Marxisten allenfalls befürworten würde: »Seid ihr Kommunisten bereit, in Theorie und Praxis die individuellen Menschenrechte wirksam zu achten?« »Seid ihr Kommunisten bereit, auf einen kommunistischen Imperialismus zu verzichten?« »Seid ihr Kommunisten bereit, die Religion im allgemeinen und den christlichen Glauben im besonderen als kritisches, befreiendes und revolutionäres Potential anzuerkennen?«

Und wie reagieren die also Angesprochenen auf diese Unverschämtheit? Mit schallendem Gelächter und/oder ebensolchen Ohrfeigen? Keineswegs: Der marxistische Philosoph Hans Jörg Sandkühler, der Chefredakteur der »Marxistischen Blätter«, Robert Steigerwald, Hans Heinz Holz und andere treten an, dem Kirchenmann Rede und Antwort zu stehen, bieder, um Verständnis bemüht und darum werbend, wohlwollend, zustimmend. Auch Prof. Wolfgang Kliem, Forschungsbereichsleiter am Institut für Marxistisch-Leninistische Philosophie beim ZK der SED, übt sich im 'Neuen Denken' und stellt fest, daß »Kommunisten und Christen (...) heute in besonderer Weise (...) auf der Grundlage gemeinsamer politischer Einsichten (...), auf der Grundlage von Vernunft und gemeinsamen ethischen Maximen, auf dem Boden gemeinsamer humanistischer Wertvorstellungen« zusammenfinden.

Was das praktisch bedeutet, hat Dieter Klein, Prorektor für Gesellschaftswissenschaften in Berlin/DDR, im Mitteilungsblatt der 'Kirchlichen Bruderschaft in Berlin-Brandenburg', den »Weißenseer Blättern« 1/88, beschrieben: »Wir gehen heute davon aus, daß der Friede *mit dem Kapitalismus gemeinsam* gesichert und daß weitgehende Lösungen auch anderer Menschheitsfragen mit ihm zusammen gefunden werden müssen. Wir setzen also eine *Wandlungsfähigkeit des Kapitalismus* voraus.« Es gelte nun, sich »auf die durch veränderte objektive Existenzbedingungen der Menschheit herangereifte Chance eines *dauerhaft* friedensfähigen und reformoffenen Kapitalismus< einzustellen .**

»In Wirklichkeit ist der Marxismus für uns Nebensache«, erklärte 1984 der brasilianische Franziskaner-Pater Leonardo Boff, einer der prominentesten Vertreter der 'Befreiungstheologie' (ein Unbegriff wie 'Entsorgungspark'!), dem »Spiegel«: »Die marxistische Tradition hat ein paar Begriffe vorgelegt, die uns bei der Arbeit helfen.« Um welche Arbeit es sich dabei handelt, hat Boff dann in einer Analogie veranschaulicht: »Es gibt hier in Rom eine Kirche, die Santa Maria degli Angeli, die wurde aus Steinen heidnischer Tempel gebaut. Deshalb aber ist sie doch keine heidnische Kirche. Und der Obelisk auf dem Petersplatz ist ein heidnisches Symbol aus Ägypten. Er dient als Basis für das Kreuz, das sie oben draufgesetzt haben.«

1982 wurde Nicaragua »an das Unbefleckte Herz Marias geweiht«. Kurz bevor die Festlichkeiten »zu Ehren der Ganz Reinen« begannen, brachte das 'Ökumenische Zentrum Antonio Valdivieso' ein mit traditionellen Marienbildern versehenes Traktätchen heraus, das zwar von Dorothee Sölle, der weiblichen Leitfigur unserer religiösen Sozialisten, als »Dokument der neuen Frömmigkeit« gefeiert wurde (»Die biblische Substanz des Textes ist unbestreitbar«), bei der Nicaraguanischen Bischofskonferenz jedoch auf Ablehnung stieß. In seiner Verteidigungsschrift bedauerte das basisfromme Zentrum, »daß die Herren Bischöfe unsere Broschüre verurteilen, deren Anliegen es doch ist, die Marienfrömmigkeit in Nicaragua zu erneuern und zu vertiefen. (...) Jetzt, da sich unsere Theologen mit dem besten Willen, zum Wachstum unserer Kirche im Glauben beizutragen, allmählich zu Wort melden, antworten uns unsere Bischöfe, indem sie uns verurteilen.«

In einem offenen Brief an Karol Wojtyla – »Lieber Mitchrist und Inhaber des Petrusamtes, ... sehr geehrter Herr Papst, ... Papst zu sein war wohl immer schwierig« – schreibt Norbert Greinacher 1987, sich auf Wojtylas einseitige Stellungnahme zugunsten der Nicaraguanischen Bischofskonferenz beziehend: »Daß wir uns recht verstehen: Ich hielte es für falsch, wenn Sie während Ihres Besuches in Nicaragua sich für die Sandinistische Befreiungsfront ausgesprochen hätten. Aber (...) ich kann Ihnen den Vorwurf nicht ersparen, daß Sie durch Ihren Besuch in Nicaragua der Einheit der Kirche geschadet haben.«

Worum also geht es den Anhängern der Befreiungstheologie? Was ist der Zweck ihres im Gefolge des 11. Vatikanischen Konzils (1962-65) einsetzenden politischen, sozialen und ideologischen Engagements in der Dritten Welt, vor allem in Lateinamerika? Eine Selbstverständnisbroschüre der bundesdeutschen Sektion der CfS aus dem Jahr 1984 gibt Auskunft:

»Wir nehmen eine legitime Aufgabe der Kirche wahr . . ., ohne mit der gegenwärtigen Kirche brechen zu wollen . .. Wir (tun) das zuerst, um unseren Glauben zu bewahren ... und um unserer Theologie Entwicklungsimpulse zu verleihen ... Wir (lehnen) es ... ab, daß unser Vorgehen den Charakter einer Aktion gegen die Hierarchie annimmt.« Im Gegenteil: »Wir (wollen) bestimmten progressiven europäischen Theologen grundsätzlich den Kampf ansagen.« Ziel sei die Wiederbelebung der »Kirche als Volk Gottes«, eine »spirituelle Erneuerung ... im Herzen des Katholizismus«. So »ist die Theologie der Befreiung auch Befreiung der Theologie«: »Im Schrei der Unterdrückten erkennen wir die Stimme Gottes«: »Es sind die Armen, welche die Frohe Botschaft verkünden« (und damit verdammt sind, arm zu bleiben! Aber die Implikationen dieser christlichen Frivolitäten fallen offenbar niemandem auf.)

Und der Marxismus? Welche Rolle spielt er denn nun im christlich-marxistischen Dialog? »In der Übernahme der marxistischen Ideologiekritik sehen die Theologen der Befreiung die adäquate Fortsetzung der prophetischen Kritik der Bibel und der jesuanischen Aufklärungspraxis in die Dimensionen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft hinein«, heißt es, sprachlich angemessen, dazu in einem vom Frankfurter Verlag für 'internationale sozialistische publikationen' (isp) 1987 veröffentlichten Band (»Theologie der Befreiung und Sozialismus«), dessen Einleitungssatz selbst rudimentäre Kenntnisse jedweder »Ideologiekritik« ausschließt und den Leser auf das Niveau der übrigen 90 Seiten einstimmt: »Die Teilnahme von Christen an Kämpfen ist keine neue Erscheinung, vor allem nicht in Lateinamerika.«

Die Autoren, darunter DKP-Mitglied und CfS-Aktivist Kuno Füssel, die vorgeben, mit »den affektgeladenen Vorurteilen über den anderen« aufräumen zu wollen, formulieren sehr präzise Vorstellungen über Verlauf und Konsequenz eines Gedankenaustauschs, der ihrer Meinung nach »vom Dialog zur Kooperation« zwischen Christen und Marxisten fortschreiten sollte. Ihren Gesprächspartnern empfehlen sie eine Zurückhaltung, die von Selbstverleugnung nicht zu unterscheiden ist: »Vordringlich sollte mit den *Christen für die Befreiung* nicht über Materialismus, religiöse Entfremdung oder die Geschichte der Kirche (und noch weniger über die Existenz Gottes) diskutiert werden«. Sie selbst aber sind darauf aus, ihrer Kirche ideologisches Terrain zurückzugewinnen: »Kann uns die Befreiungstheologie nicht dabei helfen, innerhalb des Marxismus die vereinfachenden Tendenzen (...) zu bekämpfen? (...) Schließlich verpflichtet die Befreiungstheologie die Marxisten, bestimmte Aspekte ihrer traditionellen Lehre von der Religion zu überprüfen.« Im übrigen könne die Kirche in der Dritten Welt den »Marxismus als Vermittler für das Glaubensgespräch« gut brauchen – und, wie Leonardo Boff berichtet, das Glaubensgespräch für die Domestizierung des revolutionären Potentials: »An sich ist bei uns die soziale Situation dermaßen schrecklich, daß es eigentlich längst zu einer Explosion hätte kommen müssen. Daß es eine Explosion bislang nicht gab, liegt nicht zuletzt an der Kirche der Basis und an der Befreiungstheologie, die die Leute immer wieder zur Besonnenheit bringt, weil sie die schwierige Situation erst einmal in Diskussionen zu erfassen sucht. Man tut der Kirche in Lateinamerika Unrecht, wenn man ihr vorwirft, sie fördere den Klassenkampf und die Gewalt.«

Da nimmt es nun nicht wunder, daß die Befreiungstheologie, entgegen anderslautenden Gerüchten, längst den Segen des Vatikans hat: »Der Papst sagt uns immer wieder, macht weiter. Er hat uns ständig unterstützt. Er hat uns 1980 einen wunderbaren Brief über die Basisgemeinden geschrieben. (...) Wir betrachten ihn als unseren Alliierten« (Boff). Als solcher bestätigte Wojtyla schließlich im April 86 der Brasilianischen Bischofskonferenz, »daß die Theologie der Befreiung nicht nur opportun ist, sondern nützlich und notwendig«.

Anmerkungen

*Dieses und die folgenden Zitate entstammen einem schmalen rororo-aktuell-Bändchen, das der Theologe und spätere Philosoph Joachim Kahl 1968 unter dem Titel »Das Elend des Christentums« herausbrachte. Bis 1980 erlebte es 11 Auflagen, seither ist es vom Buchmarkt verschwunden. Das mag an der generell restaurativen Atmosphäre der 80er Jahre und dem entsprechend nachlassenden Interesse des Publikums an aufklärerischer Literatur liegen, hängt unter Umständen aber auch damit zusammen, daß Kahl mittlerweile seinen 68er »aufgeklärten Atheismus« aufgegeben hat und nun seinerseits von »innerkirchlichem Klassenkampf« und der »legitimen Möglichkeit« spricht, »in eine religiöse Gesamtschau der Welt einzelne marxistische Elemente zu integrieren«: »Der christlich-marxistische Dialog (...) lebt von der Einsicht, daß die entscheidenden Fragen unserer Zeit nur dann in einem humanistischen Sinn gemeistert werden können, wenn die Millionen Anhänger beider Weltanschauungen konstruktiv zusammenarbeiten« (in: Dialektik 10, hrsg. v. Hans Jörg Sandkühler und Hans Heinz Holz, Pahl-Rugenstein, 1985).

**Die Greinacher-Zitate stammen aus den Aufsätzen »Zum Verhältnis von Christentum und Sozialismus« und »von der ungeheuerlichen Gemeinsamkeit von Christen und Sozialisten«, die am 9.10.87 und 20.5.88 in der »Deutschen Volkszeitung/die tat« veröffentlicht wurden. Die Antworten von Kliem, Sandkühler, Holz und anderen erschienen ebenfalls in der »DVZ« (am 8.1., 5.2., 29.4.88); Steigerwalds Text findet sich im Zentralorgan unserer christlichen Linken, der »Neuen Stimme« 8/87. Neben den Greinacher-Beiträgen und ihrer Diskussion hat die »DVZ« am 15.4.88 unter dem Titel »Die soziale Sorge der Kirche« eine ausführliche Würdigung der letzten päpstlichen Sozialenzyklika (sollicitudo rei socialis) gedruckt, in der sich der trostlose Zustand des politischen Bewußtseins der BRD-Linken manifestiert. Der Autor

gibt beispielsweise seiner Verblüffung darüber Ausdruck, »daß die Passage über die Unterdrückung des 'Rechts auf unternehmerische Initiative' länger ist als jene über die materielle Not in der Dritten Welt« und schlußfolgert: »Im Vergleich zu 'Populorum progressio' (der Enzyklika von 1968) ist 'Sollicitudo rei socialis' mehr lehrhaft als prophetisch, mehr reformistisch als revolutionär (!).« Fünf Wochen später lobt Greinacher, der von Wojtylas Hirtenbrief geradezu begeistert ist, ebenfalls in der »DVZ« dessen »Äquidistanz zu Kapitalismus und Kommunismus«: »In einer ganz ungewohnten Schärfe verurteilt der Papst darin sowohl den marxistischen Kollektivismus wie den liberalistischen Kapitalismus.« Am gleichen Tag erhebt die »DVZ« »in einer ganz ungewohnten Schärfe« gegen abtreibende Frauen den Tötungsvorwurf.

Konkret 07/88, S 52

**Andreas Herzau**

# ich habe gelesen

Fünfzehn Meter, grob geschätzt, gelesen oder auch nicht, verliehen oder nur abgestaubt. So richtig zum Tragen kommt die Bibliothek im wirklichen Leben nur, wenn man umzieht. Da drängen sich unter der Last der soundsoviel Zentner Papier, die ich über sechs Treppenabsätze, über sechs mal elf Stufen in den dritten Stock tragen muß, Fragen auf: Bildet Lesen? Nützt es dem Kommunismus? Schadet es ihm? Und wenn nicht, warum?

Helfer und Helferinnen, die mit den Kisten die Treppen hochächzen, erzählen, erst neulich hätten sie ihre gesamten Bücher auf den Flohmarkt gebracht. Und – als ob Bücher laufen könnten – klagen sie, daß die sowieso nur rumstünden. Jetzt endlich habe man sich von diesem Ballast getrennt und wieder viel Platz für anderes: Entschlackung des Kopfes, Mut zu einer Lücke, die eine andere stopfen soll: die, die sich zwischen aufgereihter Theorie und der fehlenden Praxis auftut.

»Brosch« steht auf der ersten Kiste, die in der neuen Wohnung aufgemacht wird: Broschüren. Im ersten Packen, den ich an seinen Platz räume, liegt eine alte Ausgabe der »Stadtzeitung für München, Blatt, Nummer 183« obenauf. Acht Jahre ist das Heft alt. Achtzehn war ich, als ich es kaufte. Es war chic bei uns auf dem Dorf, in Tübingen, diese anrüchigen, anarchistischen und hoffentlich subversiven Sceneblätter aus den Metropolen zu lesen. In Tübingen wurde zu dieser Zeit gerade erst eine Stadtzeitung gegründet.

»War einmal ein Bumerang/war ein weniges zu lang/Bumerang flog ein Stück/kam nicht mehr zurück/Publikum noch stundenlang/wartete auf Bumerang«. Das steht auf dem Titel von »Blatt 183« und ist mit der Grund, weshalb ich diese Ausgabe aufgehoben habe. Damals hatte ich weder Ahnung, von wem diese Zeilen stammen, noch welchen Sinn sie haben. Sie erschienen mir passend zur Zeitung. Leicht anarchistisch und »irgendwie« subversiv. Es mußte etwas auf sich haben mit diesen Versen – Publikum noch stundenlang, wartete auf Bumerang.

Anachronistisch wie Ringelnatz auf dem Deckblatt einer so fortschrittlichen Zeitung: die schönschmutzigen Kinderverse auf einer Doppelseite in der Heftmitte. Wie von selbst schlägt sich die Seite auf. Drahtheftung! Mit Fotos von Kindern unterlegt steht da: »Zieh dich aus kleine Maus/mach dich nackig/steck'n rein, zieh'n raus/ist er babbich«. Oder: »Valenzia/Deine Titten/Ham gelitten/Unterm Drucke meiner Hand«. Was soll das? In einer linken Zeitung? Heute, 1988, acht Jahre später, denke ich: Pornodebatte? – Nein! Damals fand ich sie lustig, diese Kinderverse, auch ohne zu wissen, daß Peter Rühmkorf sie schon 1968 in seinem Buch »Über das Volksvermögen« gesammelt hatte zum Beweis, wie groß das anarchistische Vermögen des Volkes sei.

Der »Informationsdienst für unterbliebene Nachrichten – ID« ist auch drahtgeheftet, die Zeitung, die daraus hervorging, nur noch gefaltet: die »Tageszeitung«. Überhaupt haben sie nicht mehr viel Gemeinsames, der »ID« und die »taz«. Vielleicht nur noch das Archiv? Im »ID« konnte man all diese Nachrichten finden, die einem wenigstens das Gefühl gaben, am tendenziell verbotenen, linksradikalen Geschehen teilzuhaben: Hungerstreikerklärungen, Berichte über Hausdurchsuchungen, polizeiliche Überfälle auf Jugendzentren undsoweiter. Allein das Lesen dieser Nachrichten war Politik: Man konnte mitreden, als wäre man dabeigewesen. Ich hatte den Informationsdienst abonniert. Die »taz« habe ich neulich abbestellt.

Andere, noch unterbliebenere Nachrichten verbreitete die Zeitschrift »Radikal«, die zu beziehen noch politischer war, und deren Untertitel hießen: »Fachblatt für alles, was Terroristen Spaß macht«, oder »Zeitung für einen rechtzeitigen Ausbruch aus den Reservaten«. Die Ausgabe in meiner Hand ist »die 132«. Sie ist berühmt geworden, weil die Staatsanwaltschaft all ihre Kräfte aufgeboten hatte, um das gute Stück samt seiner Bastelanweisungen für Zeitzünder, Brandbomben und Natriumchloratmischungen einzukassieren. Das Lay-Out erinnert stark an Schnittmuster.

Eines aber habe ich nur dort und sonst nirgends gelesen: Das »Kommunique«, die Erklärung des Kommandos »mara cagol«, welches am 9. Juli 1986 »den vorstand für forschung und technik bei siemens und vorsitzenden des arbeitskreis kernenergie beim bdi, karl heinz beckurts angegriffen« hat. Auf gut drei Seiten wird hier der »angriff« erklärt, die Funktion Beckurts bis ins Detail beschrieben. der BRD-lmperialismus detailliert dargestellt. Alles in konsequenter Kleinschreibung. Nach dem Angriff und der Lektüre der Erklärung konnte man schon erstaunt sein, wie wenig von diesem Herrn vorher öffentlich bekannt war.

Die »Marxistisch Leninistische Partei Deutschlands«, MLPD, eine der wenigen Splittergruppen ohne O und /, widmete sich schon immer Höherem. Ihr war ich auf der Suche nach dem richtigen Verein begegnet, damals hieß sie noch »Kommunistischer Arbeiter-Bund Deutschlands«, KABD. Als Sympathisant nahm ich einmal an einer Schulung zu »Strategie und Taktik« teil. Seither weiß ich, was was ist, und daß der Weg nicht das Ziel sein darf, weil dies das Wesen des Reformismus ist. Ein kleines Heftchen ist davon übrig geblieben, erschienen im Verlag »Neuer Weg«: »In der BRD hat das

Monopolkapital seine allseitige Herrschaft über die gesamte Gesellschaft errichtet. Der staatsmonopolistische Kapitalismus hat alle Voraussetzungen des Sozialismus geschaffen...«. Dröhnung und Wahrheit.

Nächste Kiste. Obenauf: Friedrich Engels Erwiderung auf Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. Die Anregung für dieses Buch kam aus der gleichen Ecke, in der ich schon meine Strategie-und-Taktik-Schulung absolviert hatte. Damals hatte man auch im Urlaub politisch zu sein, und so gehörte zur Reisevorbereitung für den Urlaub auf Korsika der Kauf dieses Werkes in Berlin/Ost. Gemeinhin ist das Buch als »Anti-Dühring« bekannt. Es wurde erstmals zwischen 1877 und 1878 als Artikelserie im »Vorwärts«, dem Zentralorgan der Sozialdemokratie veröffentlicht. Für seine Darlegung der marxistischen Weltanschauung: des dialektischen und historischen Materialismus, der politischen Ökonomie und des wissenschaftlichen Sozialismus, nahm sich Engels die Schriften des Herrn Eugen Dühring vor, eines bekannten deutschen Metaphysikers, der die Gewohnheit hatte, »die Naturdinge und Naturvorgänge in ihrer Vereinzelung, außerhalb des großen Gesamtzusammenhangs aufzufassen; daher nicht in ihrer Bewegung, sondern in ihrem Stillstand..., nicht in ihrem Leben, sondern in ihrem Tod«.

Wenn man liest, was Dühring, dieser »Vertreter der einzig wahren Philosophen«, über andere Kollegen schrieb, wird schnell verständlich, daß Engels nicht mehr an sich halten konnte, als »Herr Eugen Dühring nicht ohne beträchtliches Gepolter auf die Bühne sprang und eine durch ihn vollzogene, totale Umwälzung der Philosophie, der politischen Ökonomie und des Sozialismus ankündigte«. So Engels in seiner Einleitung, in der er auch zitiert, was Dühring Marx bescheinigt: »Beengtheit der Auffassung. .. Seine Arbeiten und Leistungen sind an und für sich ohne dauernde Bedeutung... Schöngeistige Plätzchen und Mätzchen... Wissenschaftliche Rückständigkeit.« Es ist nicht bloß zum Lachen. Hundert Jahre später sitzt Dühring in der Programmkommission der 125jährigen Arbeiterpartei.

Im Kapitel »Quantität und Qualität« läßt Engels wieder erst Dühring zu Wort kommen: »Je widersprechender, desto wahrer, oder mit anderen Worten: je absurder desto unglaublicher, diese nicht einmal neuerfundene, sondern der Offenbarungstheologie und Mystik entlehnte Maxime ist der nackte Ausdruck des sogenannten dialektischen Prinzips.« Dagegen Engels: »Dieser Satz (Widerspruch = Widersinn) mag für Leute von sonst ziemlich gesundem Menschenverstand dieselbe selbstverständliche Geltung haben wie der, daß gerade nicht krumm und krumm nicht gerade sein kann. Aber die Differentialrechnung setzt, ungeachtet aller Proteste des gesunden Menschenverstandes, Gerade und Krumm dennoch gleich und erreicht damit Erfolge, der der auf den Widersinn der Identität von Gerade und Krumm sich steifende gesunde Menschenverstand nie fertigbringt.«

Um den Qualitativen Sprung darzustellen, das Umschlagen von Quantität in Qualität, benutzt Engels ein Beispiel aus der Gefechtstaktik Napoleons, der vor der Situation stand, daß seine zwar diszipliniert, aber schlecht reitende Kavallerie den gut reitenden aber undisziplinierten Mameluken gegenüberstand. Die erfolgreiche Taktik beschrieb Napoleon folgendermaßen: »Zwei Mameluken waren drei Franzosen unbedingt überlegen; 100 Mameluken standen 100 Franzosen gleich; 300 Franzosen waren 300 Mameluken gewöhnlich überlegen; 1000 Franzosen warfen jedesmal 1500 Mameluken.«

Es kommt, wie es kommt, und so steht jetzt neben Engels das Buch »Do it!« von Jerry Rubin. Diese »Scenarios für die Revolution« waren damals der Hit, ein echter Scene-Seller, eine klasse Schrift: »Du bist die Bühne. Du bist der Akteur. Alles ist wirklich. Es gibt keine Zuschauer.« Alles klar?

Es ist ein Buch über die Jugendrevolten der sechziger Jahre in den USA, und der Kladdentext verspricht: »Dieses Buch wird sich in euren Händen in einen Molotow-Cocktail verwandeln ... ein Comic-Book für Siebenjährige, ein Tribut an den Irrsinn.« Nicht nur deshalb liest es sich heute wie die Bibel. Wo immer ich es aufschlage, überall steht eine Weisheit für's Leben: »Die Geschichte wird uns freisprechen... Wir wissen das, weil wir diese Geschichtsbücher schreiben werden.« Oder: »Wenn die Yippies das Fernsehen im Land kontrollieren, könnten wir die Vietcong und die Black Panther innerhalb einer einzigen Woche zu den Helden dahinsinkender amerikanischer Hausfrauen mittleren Alters machen. Die Bewegung ist zu puritanisch im Gebrauch der Massenmedien. Karl Marx hat schließlich nie einen Fernseher besessen.« Armer Vietcong, arme Black Panther! Selbst der letzte Satz des Buches ist haarscharf und doch daneben: »Die Krise ersetzt die Kaffeepause.«

Alles klingt gut, geht runter wie Öl und ist gefährlich. Nicht etwa weil die Leser und Leserinnen nach der Lektüre Schulen niederbrennen und von zu Hause weglaufen, sondern weil diese Sorte von Haurein-ist-Tango-Büchern die Grundlage für eine grassierende Theoriefeindlichkeit bildet. Die antiautoritäre Revolte gegen alles, was einigermaßen logisch ist, hat zum ideologischen Schulterschluß mit der Mehrheit der Spießer geführt, die letztlich genau das gleiche meinen, wenn sie sagen: »Gib Gas, ich will Spaß.«

Lange Zeit in dem Glauben, ich könnte erfahren, was der Feind weiß, habe ich ihn mir bestellt, den Verfassungsschutzbericht, diesen deutschen Bericht, der Jahr für Jahr im Selbstverlag der Bundesregierung herausgegeben wird. Wunderbar zu sehen, wie bundesdeutsche Beamte deutsche Listen und Statistiken anfertigen, »um den Bürger in die Lage zu versetzen, aktiv an der geistig-politischen Bekämpfung des Extremismus teilnehmen zu können«. Also quasi der

Vereinsbericht der aktiven Gemeinden beider Zimmermänner. Hinweis für die Aktivitäten ist die Auskunft des Bundesministeriums des Inneren, als ich dort, wenige Wochen nachdem der Bericht erschienen war, die aktuelle Ausgabe bestellen wollte. Sie war bereits vergriffen. Macht nichts. Viel erfahren kann man aus den Broschüren nicht, zumindest nicht mehr, als sowieso bekannt ist. Allein die Tatsache, daß der DKP als extremistischer Partei der meiste Platz eingeräumt wird, erstaunt. Zumal sonst ganz andere Gruppen und Fraktionen als Hauptfeinde der Republik ausgerufen werden.

Ein Buch aus meinen Kisten habe ich nicht ins Regal gestellt, sondern auf den Nachttisch gelegt: Christa und Gerhard Wolfs »Till Eulenspiegel«. Ich lese es immer wieder. Die Geschichten sind wie ein literarisch geschriebenes Papier einer mittelalterlichen Spaßguerilla. Vor dem ersten Kapitel steht das marx'sche Zitat: »Man muß das Volk vor sich selbst erschrecken lehren, um ihm Courage zu machen.«

Was habe ich gelesen? Seit meinem Einzug in die 66 Stufen hoch gelegene Wohnung täglich mehrmals zwischen der 33ten und 34ten Stufe ein Wort: »AMOK«. Irgendwer hat es scheinbar unvermittelt an die Wand geschrieben. Neulich erst beim Runtergehen habe ich's nochmal gelesen, zwischen der 34ten und 33ten Stufe: »KOMA«. Treppab: »KOMA«. Treppauf: »AMOK«.

Publikum noch stundenlang, wartete auf Bumerang.

Konkret 07/88, S 54

**Franz Lerchenmüller**

# oebsö+3!4%"öl+ resp § § §

**Als ausgerechnet zu Pfingsten in Hannover ein »interdisziplinärer, interreligiöser und interkultureller« Kongreß namens »Geist & Natur« stattfand, der für 840 Mark Teilnahmegebühr zu einem neuen Verständnis des Menschen von der Natur und seiner Stellung in der Natur« verhelfen und den »Dialog zwischen östlicher und westlicher Welterfahrung«, aufnehmen wollte, gab's unter bundesdeutschen Intellektuellen kein Halten mehr. Ungezählte fühlten sich berufen – auserwählt wurde Franz Lerchenmüller, der Kollege B. und ein älteres Computer-Modell**

Am Anfang war die Mailbox und die Mailbox war geschaffen von Herrn C. und angekündigt wurde sie so: »Über die heute weltumspannenden Datennetze können wir auch eine Fernteilnahme am Kongreß anbieten: Von jedem Punkt der Erde kann zu jeder Stunde das Geschehen verfolgt und aktiv durch die Eingabe von eigenen Texten, die damit sofort allen Teilnehmern zur Verfügung stehen, beigetragen werden.« Außerdem habe er, Herr G., sich bemüht, »die Elektronik so nahe wie möglich an den Menschen zu bringen«, will heißen: »Das Kommunikationssystem ist so angelegt, daß auch Laien einen einfachen Einstieg erhalten.«

Einmal Garaudy per Computer die Meinung sagen? Ein Fall auch für den Kollegen B., der, allem Neuen grundsätzlich zugetan, über den notwendigen Personal-Computer verfügt und wichtige Beziehungen zur einheimischen Bits&Chips-Subkultur unterhält, aus der sich der ebenfalls erforderliche Akustikkoppler besorgen läßt. – Herr G. gibt letzte telefonische Anweisungen, »konkret« sei unser Name, »neuzeit« das Kennwort ( – Sie können auch jedes andere haben. – Ach wo, das läßt sich so schön übersetzen. – ), der Kongreß kann beginnen.

Und zwar in Hannover, einem Ort, dem Freund S. einmal die »Häßlichkeit einer Tiefkühltruhe in einem Lebensmittelsupermarkt kurz vor Ladenschluß« bescheinigte. Ausgerichtet wird »Geist & Natur« von der Stiftung Niedersachsen, erdacht und rhetorisch umkränzt von C. F. v. Weizsäcker, beschirmt vom Stiftungsvorsitzenden Ernst Albrecht. Vermutlich – »Haben das absolute Sein und das absolute Nichts nicht eine große Nähe zueinander?« – wäre nur einer noch besser geeignet als der musizierende Keksmanager, über Geist und Natur zu wachen: Mike Krüger, doch dem tut man damit sicher bitter Unrecht.

**Samstag, 21. Mai**

Premieremorgen. Alle Geräte sind installiert, Diskettenstapel und Blöcke von Endlospapier füllen den Tisch, Bier und Lammkeule den Kühlschrank, denn mögen die Geister von Autor und Kollegen B. noch so willig sein, ihre materiellen Hüllen werden, da kennen wir sie zu gut, im Lauf der Tage unerklärlich schwach werden. So viel zum Ambiente, in dem der Weltgeist in den nächsten Tagen umgehen soll.

Start. Der Bildschirm quittiert die Anwahl des Datex-P Knotens Hamburg ganz klar: oebsö + 3!4%"öl2resp§§§-. Daran ist, heiliger Dada, nicht zu deuteln. Hektische Rückfragen ergeben, daß der geliehene Akustikkoppler in der ganzen Szene als »Miststück« verrufen ist und alle anderen derartigen Geräte verliehen, benutzt oder eingeschlossen sind. Herzinfarkt vor Pfingsten? Auch keine Lösung. Zwanzig Minuten vor Ladenschluß ringt sich der Autor dazu durch, den Interessen einer zukunftshungrigen Leserschaft höheren Stellenwert einzuräumen als seinen Bemühungen um ausgeglichene Kontoführung und also einen neuen Akustikkoppler zu kaufen, beruhigt durch nichts weiter als die vage Erklärung eines Nachwuchs-Wernéry, daß man »so etwas« manchmal ganz gut wieder loswerden könne.

Und nun, nun endlich meldet Datex-P sich, – vermittelt uns aber nicht, wie verlangt, weiter, sondern behauptet eine »Störung im Netz«. Nach zwei Stunden ist diese behoben – beim Speichern der elfstelligen NUA-Nummer haben wir eine unscheinbare Null vergessen – und wir erfahren: »Auslösung – Gegenstelle antwortet nicht.« Verzweiflung zieht auf: Sollten zwei Lübecker Normalhirne selbst dieser Dilettantenversion der Datenfernübertragung nicht gewachsen sein? Sind wir, gestatten, zu blöd?

Und so, anstatt mit Agehananda Bharati über südasiatische Kultur zu parlieren, sorgen wir uns mit Jack Nicholson um die Ehre der Prizzis.

**Sonntag, 22. Mai**

Der Sonntagmorgen beschert uns eine altmodische Telefonverbindung mit Herrn G. in Hannover. Mit geradezu unanständiger Gelassenheit teilt er uns mit, daß »der Rechner in Berlin abgestürzt« sei, man an der Behebung des Schadens arbeite und wir uns doch in Geduld üben möchten. Nur der Gedanke an die Telefonrechnung vom Vortag verhindert, daß die gewisse Genugtuung – er war's! – in blanke Schadenfreude umschlägt.

Unverhofft viel freie Zeit also. Wir füllen sie mit dem Studium der Kongreßprospekte und spannenden Auszählspielen: Vierzehn der sechsundsechzig angemeldeten Referenten stellen sich als Teil- oder Vollphilosophen vor, acht Mediziner sind vertreten, je eine Handvoll Natur- und Sozialwissenschaftler und siebzehn »Schüler der Gottesgelehrtheit«. Ein Wink des

Himmels, ein Fingerzeig Gottes, wo es hingehen soll? Von wo sie kommen, all die Koryphäen, ist leichter zu beantworten: siebenundzwanzig aus der Bundesrepublik, achtzehn aus den USA, der Rest verteilt sich einigermaßen über Europa, drei Japaner und zwei Inder runden das Bild ab; der eine Vertreter der UdSSR, Vasily Vasilyevich Nalimov, vertritt – hoffentlich, ist man geneigt zu sagen – die Mathematik. Frauen gibt es auch: vier.

Eine Woche haben sie alle jetzt Zeit, ein paar offene Fragen zu klären: »Was bedeutet es, wenn die alte Vorstellung einer an sich wertfreien Erkenntnis der objektiven Wirklichkeit nicht mehr oder nur bedingt gilt?« – »Wie weit beruht jede Wissenschaft auf letztlich nicht beweisbaren Grundannahmen?« – »Lassen sich vergleichbare Einsichten zwischen den Annahmen der Naturwissenschaftler, den Glaubensgrundsätzen der Christen und den Ganzheitserfahrungen des Ostens feststellen?«

Sollten sie damit nicht ausgelastet sein, können sie, der Ganzheit wegen, darüber hinaus meditieren, sich ein Oratorium von Händel, Kabarett mit Riechling oder Clown Nögge zu Gemüte führen, Filme zu fernöstlichen Philosophien und europäische Landschaftsgraphik besehen. Nur tanzen scheint er nicht zu dürfen, der Kongreß, obwohl das doch seine eigentliche Bestimmung ist.

Abends folgen der Autor und Kollege B. auf einem altmodischen Fernsehbildschirm einer ersten Diskussion zwischen Carl Friedrich von Weizsäcker und Hans Jonas, und noch später, schon im Bett, grübelt der Autor, nicht sehr, aber doch, über der Frage, die der eine der beiden netten älteren Herren in den Raum, diese »oberflächliche Erscheinungsform des Wirklichen«, gestellt hat: »Bin ich die denkende oder die ausgedehnte Substanz?« und beschließt, sich eher auf die Seite des Gegenübers zu schlagen, der mit seinem »Geist ist ein ganz seltenes Vorkommnis in diesem Weltall« einen saftigen KO gelandet hatte. »I couldn't agree more«, hatte Carl Friedrich da den wissenschaftlichen Löffel abgeben müssen.

**Montag, 23. Mai**

Herr G. am Telefon: zu unserer Beruhigung etwas nervöser. Ja, man arbeite noch am Rechner, einen Tag werde es dauern, was aber gar nicht weiter schlimm sei, da im Mailboxfach noch nicht viel liege, er rufe zurück, sowie alles in Ordnung sei.

Noch mehr Zeit also, Zeit, die wir für neuen Input nutzen, rein mit den Daten in den Schädel, während draußen irgendwo das Leben tobt. Aber was solls! Andere fahren in diesen Tagen zu Treffen der Banatschwaben, sehen sich die Altherrenmannschaft des HSV an oder führen dicke Stücke Schwarzwälder Kirschtorte ein. Stellt sich ihnen dauernd die Sinnfrage?

Versuch eins: »New Age. Das neue Zeitalter des Wassermanns. Es bricht eben über uns herein.« Behauptet der »Wiener«. Zu dünn. »Die New-Age-Bewegung ist eine vielgestaltige Strömung von Vereinigungen, Organisationen und Individuen, die alle bestrebt sind, in unserer Gesellschaft ein Neues Zeitalter ('new age') der Erleuchtung und der Harmonie einzuführen. Das einigende Band unter ihnen ist der Wunsch nach Förderung einer neuen Weltanschauung auf der Basis eines Gemischs aus humanistischer Ethik, den Idealen ganzheitlicher Heilung, der 'Human-Potential-Bewegung' und den traditionellen östlichen Religionen (Hinduismus, Zen, Sufismus, Tibetischer Buddhismus), um dadurch der Menschheit neue Lebenskräfte zuzuführen.« Fein differenziert, Herr Eric Pement!

Und was hängt an der Pinnwand? »Bewußtsein 88. Ab 29. April, einen Monat lang, Tempodrom Berlin, 70 prominente Referenten«. Und: «Eins werden. – Wegen der Integration von Körper, Geist und Seele. – Vorträge, Demonstrationen und Workshops. 20. bis 29. Mai in der Hamburger Markthalle.« Welch glückliche Fügung übrigens: Wer Bruder David Steindl-Rast OSB, Hazel Henderson, den Brahma-Berendt oder Susan Griffin in Hannover nicht verstanden hat, reist ihnen nach Hamburg hinterher und versenkt sich dort in die jeweilige Version fürs Psychofußvolk: Hamburg für den Yuppie, Hannover seinem Pappi.

**Dienstag, 24. Mai**

Kollege B., nicht zufrieden mit dem Stand der Dinge, ist abgereist. In der »Frankfurter Rundschau« zitiert Herr Spoo aus wohl eher niedrigen Beweggründen in eindeutig dekuvrierender Absicht philosophische Einsichten des niedersächsischen Ministerpräsidenten im Wortlaut. Ein Bekannter erzählt, daß beim Berliner »Forum Futurum« in den wissenschaftlichen Vorträgen sich die üblichen ein- bis zweihundert Leute verloren hätten, während die Auftritte der Schamanen von bis zu tausend gebannten Zuhörern verfolgt wurden. Und was weiß uns die »Welt« Neues? »Inflationsängste schüren Abwärtstrend. Kursverluste auf breiter Front an den amerikanischen Aktienmärkten.«

Ansonsten antworten weder Herr G. noch sein Rechner. Der Autor, ungehalten schon, zwingt sich zu einer reflektierenden Zwischenbemerkung: Auch wenn er sich gelegentliche Koketterien mit seinen eigenen Unzulänglichkeiten bei der Beherrschung dieser nur in Ansätzen verstandenen Technik leistet – Datenverarbeitungsstürmer ist er keinesfalls. Im Gegenteil: Vom Segen dieser Technik weiß er sich spätestens seit Beginn dieses Jahres überzeugt, als er las, daß Atomkraftgegner die Bewegung von Atommülltransporten mit Hilfe eines bundesweiten Datenfernübertragungsnetzes minutiös überwacht und weitergemeldet hätten. So hat er seine Hoffnung aufrecht erhalten, daß wenigstens einige der

Hacker es nicht dabei bewenden lassen, Sicherheitslücken in Computersystemen aufzuspüren und bekanntzumachen, um dergestalt Konzerne und Behörden zur Perfektionierung ihrer elektronischen Anlagen zu stimulieren. Vielleicht fließt ja doch ganz im Verborgenen wichtiges Wissen in richtige Kanäle, vielleicht wuchern klammheimlich Killerviren, vielleicht greifen lautlos Verwüstungen in den Systemen um sich.

**Mittwoch, 25. Mai**

Der Autor, ermattet, gestattet sich eine Pause und läßt sich von einem eingeschworenen Kommunistenfresser vertreten, Herrn Arthur Koestler: »...die temperamentvolleren Mitglieder des internationalen Callgirlrings... wenn man sie zusammen in einen Konferenzraum sperrt, benehmen sie sich wie Schulkinder, die ein feierliches Theaterstück aufführen... Wissenschaftler geben sich gern als leidenschaftliche Diener der Wahrheit, frei von emotionalen Vorurteilen, während der Ehrgeiz und die Eifersucht ständig an ihren Eingeweiden nagen. . . Die Wahrheit? Mir scheint, jeder besitzt ein Zipfelchen von ihr, das er für die ganze Wahrheit hält und in seiner Tasche herumträgt wie ein klebriges Stück Bubblegum, das er bei feierlichen Anlässen aufbläst... Interdisziplinärer Dialog? Der existiert einzig und allein auf dem Programm. Kurz bevor er losgehen soll, holt jeder seinen Bubblegum heraus und bläst ihn dem andern ins Gesicht« (»Die Herren Callgirls«). Na ja. – In Hamburg hat am Vortag ein großer Schopenhauer-Kongreß begonnen, in Düsseldorf will eine Bürgerinitiative die Einrichtung eines Wohnprojekts für aidskranke Kinder verhindern, der Oberste Sowjet streitet über das neue Genossenschaftsgesetz.

Und im Kattegat sterben die Fische.

**Donnerstag, 26. Mai**

Nur ein verstaubter Akustikkoppler erinnert noch an die »Existenz« einer in einem abgestürzten Rechner vor sich hindämmernden Mailbox. Herr G. antwortet nicht mehr.

Doch da gibt es die Zeitungen, da ist noch das Fernsehen. Nachts fragen sich sechs Herren, ob dieses Sinnsucherspektakel denn nun Hinweise auf eine »neue Wissenschaft« gegeben habe. Was treibt, abgesehen von den hier gar nicht hoch genug zu veranschlagenden, kongreßfieberbedingenden Gründen: Marktwert steigern, Kontakte knüpfen, Publicity: Wann waren zuletzt so viele Philosophen auf dem Bildschirm? – was treibt einigermaßen ernsthafte Wissenschaftler dazu, sich mit Leuten in einen Raum zu setzen, die sich erklärtermaßen über deren Erkenntnisinteresse lustig machen: »Die Einsicht der Mystiker ist vollkommen gelassen und unberührt von der Version, in welcher die Quantenmechanik einmal vielleicht allgemein akzeptiert wird. Naiv mutet dagegen der Enthusiasmus einiger Physiker an, mit ihren Ergebnissen die Richtigkeit mystischer Einsichten bestätigt haben zu wollen.« Stellt Elmar Gruber klar.

Da mag Herr Zimmerli, Koordinator, noch so sehr die »westlich-wissenschaftliche Rationalität« als Spielregel des Kongresses beschwören – er bestimmt sie nicht. Der Physikerhase kann rennen und rennen – beim New-Age-lgel kommt er nie an. Denn der hat sich gleich auf ein anderes Feld gestellt und sieht nun grinsend zu.

Masochismus also? Oder Neugier? Ist es der Wunsch, an der New-Age-Welle teilzuhaben, kritisierend oder zustimmend? Natürlich erwärmt es das Herz des zeitgeistgeplagten Agnostikers, wenn ausgerechnet ein Original-Hindu-Mönch der New-Age-Bewegung »pathologische Eklektik« und »intellektuelle Faulheit« vorwirft und sich den »Ursünder Castaneda« zur Brust nimmt; natürlich ist es wichtig, – im Sinne des Physikers Walker: »In der normalen Welt der Automobile und Basketbälle sind die Quanten bedeutungslos« – darauf hinzuweisen, daß wissenschaftliche Grundlagenforschung bei der Beantwortung existenzieller Fragen nicht helfen kann – aber was kümmert das den New-Ager? Er sucht sich weiter seine Versatzstückchen auch aus den theologischen Abfällen der westlichen Wissenschaft zusammen und bastelt sie in die Plattform, auf der er sein okkultes Feuerwerk aus chinesischen Knallfröschen und europäischen Blendgranaten abbrennt.

Die Nachrichten vom Tag? Die »FAZ« berichtet von einer Podiumsdiskussion in Düsseldorf über die »Unentbehrlichkeit der Religion für die Gesellschaft«. Und der DFB verkauft die Fußballübertragungsrechte an die Ufa. Wäre ja noch schöner, wenn alles ganz glatt ineinander passen würde.

**Freitag, 27 Mai**

Der Autor gibt zu, daß er sich geirrt hat. Nicht in dem Bild vom Kongreß, das er sich gezwungenermaßen aus wenigen Anhaltspunkten zusammensetzte, denn das : wird, Ehre, wem Ehre gebührt, im heutigen Bericht der »FAZ« noch einmal bestätigt und lediglich um ein paar aparte Details erweitert: Daß Erwin Chargaff sich das Bein gebrochen hatte und Karl Popper dafür eingesprungen war (der dann, natürlich, die friedenstiftende Wirkung der Atombombe pries – doch das erfahren wir erst in der »Welt« von Morgen), hat echten Neuigkeitswert; 1,5 Millionen Mark Kosten, 1200 Dauer- und jeweils 500 Tagesgäste – das erspart einen Anruf bei der Pressestelle. Die Nachricht, daß ausgerechnet die Kirchen den »wissenschaftlichen Charakter der Tagung« angemahnt hätten, verweist auf interessante Absatzprobleme dieser spirituellen Konkurrenzunternehmen. Geirrt hat sich der Autor in der Annahme, daß es sich bei dieser Art Sinnsucherei lediglich um eine bereits im Abklingen befindliche Erscheinung handle, ein Randphänomen, gerade noch gut genug für eine Glosse.

Bis zu drei Millionen US-Amerikaner, schätzt man, gehören einer nicht-christlichen Sekte an oder üben irgendeinen derartigen Kult aus. Hierzulande hat der Spuk gerade erst richtig begonnen. Die wachsende Zahl der Symposien, die Konjunktur alles Philosophischen, der expandierende Markt der Bewußtseinserweiterungstechniken und -hilfen zeigen: Eine immer größer werdende Zahl von Menschen flüchtet vor den immer undurchschaubareren Lebensverhältnissen und den immer unlösbarer erscheinenden Krisenproblemen in die einfache Lösung der »sanften Verblödung« (Hans A. Pestalozzi, selbst New-Ager, schon 1985).

Der musizierende Keksmanager weiß es genau: Solange dieses Potential beunruhigter, unruhiger Menschen sich mit Hyperventilationstechniken und Plaudereien über Phanatologie abspeisen läßt, solange es keine vergesellschaftete, sondern lediglich eine sanfte Wirtschaft wünscht und diese vom Peak-Experience eines Bayer-Managers erwartet, solange es sich höchstens mit den Christen um den wahren Weg zur Erleuchtung streitet und Veränderungen aus der Kraft der Minerale erhofft – solange besteht zwar weiterhin höchste Gefahr für Leib und Leben, keine aber für deren Verursacher, Staat und Kapital.

**Samstag, 28. Mai**

Am Ende fügt sich alles, als gäbe es irgendwo eine transatlantische spirituelle Kommandozentrale: Die »FAZ« liefert eine Seite über Sekten in den USA, die »Welt« erzählt von Voodoo, Sex und Esoterik in Leeds, die »taz« heißt heute »Lettre International« und verschleudert »Europäische Meditationen«.

Und im wirklichen Leben? Meldet der Verfassungsschutzbericht einen Mitgliederschwund bei linksextremen Organisationen, ist die BRD nach einer Studie des US-Rechnungshofes seit 1984 der wichtigste Lieferant für Südafrika, beordert die Bundeswehr im »Krisenfall« zusätzlich ein Artilleriebataillon nach Norwegen, baut VW sein Werk in Emden zur »Fabrik der Zukunft« aus und schlägt, wenn dann der Autoabsatz nachläßt, seine Arbeiter den übrigen zwanzig Prozent Arbeitslosen Ostfrieslands zu.

Um ein letztes schiefes Bild zu gebrauchen: Diese Berge versetzt der neue Glaube nicht. Aber er nebelt sie so romantisch ein.

Konkret 07/88, S 58

**Stephi Minimalrappe**

# Danke, Nancy

Die USA, sagte mir 1971 ein kalifornischer Student, würden es noch so weit bringen, John Wayne zum Außenminister zu machen. Nun ist bald die zweite Amtszeit des schlechteren Schauspielers als Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika zu Ende. So what?

Entweder hat man jemanden zum Präsidenten der USA gemacht, der *andere* Qualitäten als die eines schlechten Hollywood-Schauspielers hat – dann kommt es auf *die* an, und nicht darauf, daß er zusätzlich noch eine Vergangenheit als schlechter Schauspieler hat. *Oder* es kommt auf die Fähigkeiten an, die mit ebenjener Vergangenheit zu tun haben – dann hätte man einen Politikdarsteller zum Präsidenten gemacht und damit deutlich, daß es auf die Besetzung dieses Postens nicht mehr ankommt, weil ohnehin jeder weiß, daß dieser Mann die Politik der USA nicht macht. Es ist nur wichtig, aus was für Gründen auch immer, daß dieser Posten besetzt ist. Diese Sichtweise hat, wenigstens für einen Linken, per se wenig Beunruhigendes. War doch immer das Argument gegen den individuellen Terrorismus, daß dessen potentielle Objekte austauschbar seien. Dennoch war die Empörung groß, als Ronald Reagan seinen berüchtigten Mikrophonscherz über die soeben angekündigte Bombardierung der Sowjetunion machte.

Unglaublich! Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika macht Witze über den Atomkrieg! Ja, wäre es Ihnen denn lieber, er machte ernst? Wir haben Kenntnis von sehr detaillierten Plänen der USA aus dem Jahre 1945, die Sowjetunion flächendeckend mit Atomwaffen anzugreifen. Was könnte angesichts dessen harmloser sein als ein Scherz? Im Ernst: Ronald Reagan ist Präsidentendarsteller. Es gehört nun zu den vornehmsten Aufgaben von Präsidenten, Kanzlern oder Königen, Kriege zu erklären, Länder zu verwüsten, Menschen zu Abertausenden sich gegenseitig umbringen zu lassen. Reagan darf das nicht. Aber er darf, als Präsidentendarsteller, mal so tun als ob. Und dann hat irgendeiner das Mikrophon angemacht und ihm dieses wahrlich harmlose Vergnügen vermasselt.

Daß der Präsident der USA ein Trottel ist, ist so lange nicht zu bedauern, als die Alternative wäre, daß er der umsichtige und tatkräftige Vollstrecker jener Ideologie ist, um derentwillen er zur Wahl gestellt wurde. Aber jetzt diese Sache mit der kalifornischen Astrologin und mit Nancy! Wobei, um mit letzterer anzufangen, doch allenfalls beunruhigend wäre, wenn sie intelligenter, entscheidungsfreudiger etc. wäre als er, da sie ja wohl Parteigängerin o.a. Ideologie ist. Aber nein, sie soll ja angeblich behindern, daß er seine Präsidentenrolle gut spielt, d.h. einerseits nichts tut, andererseits aber vorhanden ist, damit ihm andere sagen, was er zu sagen hat. Nichts besser als das. Nancy bringt den Terminkalender von Ronald durcheinander und behindert damit die Politik der USA. Danke, Nancy. Und die Astrologin? Ist es nicht beunruhigend, daß die Politik des mächtigsten Mannes der Erde von einer Wahrsagerin bestimmt wird? Nun, entweder ist er eben nicht dieser mächtigste Mann, dann ist es nur zu begrüßen, wenn das, was er sagt und tut und wann er es sagt und tut, nicht nur von General Motors, dem Pentagon und der CIA bestimmt wird, sondern auch von einer kalifornischen Wahrsagerin. Oder ist er wider Erwarten doch so mächtig wie man es seinem Amt nachsagt, dann ist es zu begrüßen, wenn durch den Umweg über Telefonate mit Kalifornien eine reale Tathemmung in Washington einsetzt. In beiden Fällen führt die Wahrsagerin ein, ich sage nochmal: nur zu begrüßendes Zufallselement in die US-amerikanische Politik ein.

Und wahrscheinlich dienen die diesbezüglichen Indiskretionen nur jenen, die genau dieses Zufallselement aus der Politik verbannen wollen. Mit der Wahl eines Präsidentendarstellers, der ohne vorgeschriebenen Text oder Souffleur gar nichts sagt, weil er nichts sagen kann, und einfach aufhört wie ein kaputter Kassettenrecorder, hat man einen entscheidenden Schritt in diese Richtung getan. Frühere Präsidenten hatten Anliegen, litten außer unter ihren wirklichen auch noch unter eingebildeten Aufträgen von der Geschichte persönlich und führten in die Politik jenes Moment von Unvorhersehbarkeit ein, das sie über ihren Lebensweg bis ins Weiße Haus hatten retten können. Der Schauspieler war also eine gute Wahl. Nicht einmal, daß er von Jahr zu Jahr immer tütteliger wurde, war *das* Problem. Das *Problem* war, wie wir nun wissen, daß sein Stabschef, dem ein wunderbares Schicksal den Namen Donald Regan verpaßt hatte, die anstehende Menge an Untaten und Unfug nicht im präsidialen Terminkalender unterbringen konnte, weil Nancy via Kalifornien bestimmte Tage mit Unheils-Tabus versehen hatte. – Liebe Leserin und lieber Leser, denken Sie bitte ganz ruhig darüber nach, was uns deshalb erspart geblieben ist.

Beunruhigend an diesem Vorgang sind lediglich jene liberalen, linken oder sonstigen guten Menschen, die mal wieder die Hände ringen, wo sie ihrem Schicksal dankbar sein können.

Konkret 07/88, S 59

**Eckhard Henscheid; Jens Thierfelder**

# Musikplaudertasche

Nachdem er schon im 1. Bild der Oper gleich zweimal Blutrache geschworen und auch noch ein funestloderndes d-moll-Duettino mit Donna Anna drangehängt hat; nachdem er zwanzig Minuten später deren Bericht von der Quasi-Vergewaltigung mit feurigen Exklamationen (»Stelle!« – »Perfido!«) kommentiert und abermals Rache (»Vendetta!«) an dem mittlerweile identifizierten Unhold und seinem »si nero delitto« zugesagt hat; nachdem er diesen im nächsten Bild mit der Pistole stellt (»Nol sperate, nol sperate!«) und ihn allerdings recht obskur wieder entwischen läßt; nachdem er Don Giovanni gleich darauf leider nur als Leporello nochmals einfängt, geruht der Tenor und tadellose Bräutigam Don Ottavio (ca. 46?) angesichts dieses neuerlichen, eines Cavaliere unwürdigen und schwarzen Delikts (ihn, Ottavio, durch Maskerade hereingelegt zu haben) einer interessiert aufhorchenden Öffentlichkeit mitzuteilen, daß er nun, vor dem Hintergrund all der erwähnten »eccessi enormi«, Don Giovanni insgesamtlich wohl doch für den Mörder von Annas Vater erachten müsse, und er bequemt sich zu einer abermaligen Racheankündigung in Form einer bräsig-sämigen, freilich auch, sehr dekorativ, leis-wutdurchzuckten B-Dur-Arie:

Es ist, als ob in der Evolution, in der Weltgeschichte des Komischen das Große Tor nicht des Monats, nein, des Jahrtausends im Rahmen einer weltatemholenden Sternstunde seine Flügel aufschlüge, um gleichzeitig über unseren hoch benommenen Köpfen diese dröhnend wieder zusammenzuschlagen.

Der Schock dankt wem sich? Richtig, dem Quatsch, der Oper immer auch ist; auch die größte. Aber zweitens auch der genauen Planung oder aber halluzinatorischen Fügung Mozarts und da Pontes. Denn:

Schon mit seinen feurigen Einstandssätzen im 1. Bild hatte der Tenor Ottavio die seltsamliche Ambivalenz ja akkuratest antizipiert: Nämlich Rache angesagt – freilich nur für den Fall, daß diese partout nötig sein sollte, »se bisogna«.

Es sollte, Schlußrundung des tenoralen Kasus ins Seraphische, nicht nötig sein. Der Himmel selber erledigt es, »vendicati siam dal cielo«, seufzt Ottavio dankbar und noch einmal unsterblich nach – wir aber lassen es damit an Verzauberung genug sein, und kommen nämlich jetzt und heute zur Ideologiekritik im strengeren Sinne:

&

In seinem Aufsatz »Theorie der Halbbildung« (1962) zitiert Adorno Prachtexemplare aus einem populären US-amerikanischen Konzertführer (Great Symphonies, How to Recognize and Remember Them) von 1936, dessen Verfasser Sigmund Spaeth sich zugunsten der Allerdümmsten darauf kapriziert, Mainstream-Motive der bekanntesten Werke zu deren Erklärung mit Worten zu versehen. Bei Beethovens Fünfter (Tata-ta-taaa) geht das z. B. so: »I am your Fate, come, let me in!«

Mit welcher polemischen Peitsche Adorno derlei Großunfug attackiert, kann man sich gut vorstellen – bei seinem schönsten Beweisbeispiel, der allbekannt melancholiegespreizten Seitenthemen-Phrase von Tschaikowskys Pathétique, hat aber wahrscheinlich selbst dieser rigide Mann gerechterweise gradheraus lachen müssen, ja der konstitutionellen Überlegenheit der reinen & genuinen Blödheit seine Bewunderung nicht versagen können:

»This music has a less pathetic strain,

It sounds more sane und not so full of pain. Sorrow is ended, grief may be mended,

It seems Tschaikowsky will be calm again!« Nicht lange freilich. Dann, bestens recreated, tobte er wieder, der Russenlackel.

&

Gustav Mahler hat Sinfonien von 90 min und mehr hinterlassen, und man spricht also tatsächlich besser von Symphonien. In einem seiner gnadenreichen FußballO-Ton-Montagen-Hörspiele heißt es bei Ror Wolf: »Und nun wieder ein paar Takte Musik« – drauf hört man drei identische, schamlos nichtige Quaktöne »Tö-tö-tö«, insgesamt also kaum ein Takt – drauf geht's mit »Hallo, hier ist wieder das Waldstadion« unbezähmbar verbal weiter. Wenn ich diesmal Adorno wäre, würde ich sagen: Die nachmahlerische Redundanz der vormaligen Expansion des musikalischen Materials ins tendenziell und potentiell Infinite unendlicher Melodie signalisiert durch die Regression hindurch ein utopisches Moment, das angehörs von täglich Bayern 4-Klassik, von der infernalischen Vulgarität der Musikbedudelung und -beduselung in Supermarkt und U-Bahn-Schacht nur schweigend zu seufzen, im zuende gedachten Sinne negativer Dialektik ihr chimärisch Rettendes wäre, nein, stop: ist.

Ror Wolf, dem Musiktheoretiker, sei Dank.

&

Die eine, J. Baez, sang einst mit entschlossenem Erweckungsblick die große und durchaus revolutionäre Befreiung durchaus im Sinne von Herbert Marcuse und Angela Davis sowie gegen die klassenkampfbegründeten Ungerechtigkeiten der Welt an. Der andere, K. Wecker, wollte früher immerhin und im Gefolge von Pasolini den Anarchismus in Westdeutschland einführen. Jetzt (ZDF 29.5.1988) singen sie zusammen mit Mercedes Sosa, R. Mey, B. Uhse, O. Kollo und R. Süssmuth im Fernsehen gegen die Aids-Bedrohung,

unter dem wahrhaft aidsbannenden verwichsten Titel: »Liebe ist Zärtlichkeit« .

Vielleicht wußten sie auch gar nicht genau, wo sie da hineingeraten sind, vielleicht wissen sie überhaupt nicht mehr so arg genau, wie oder was oder warum eigentlich nicht. Diedrich Diederichsen in einem etwas anderen Zusammenhang: »Das hat nichts mehr mit Mitteilung zu tun, man will sich in einem bestimmten Stil wohlfühlen«.

Und in einem bestimmten Milieu, nicht zu vergessen. Das Leben ist schon eine Zote ohnegleichen.

&

Der multible Medialentertainer Eberhard Schoener ist, von trivialeren Verbrechen abgesehen, einer der sehr vielen im Lande, die, weil sie keinen einfachen Gedanken halten können, an die Magie der Synthese glauben, gleich ob die nun Wondratschek und Beethoven, Richard Strauss und Rick Wakemann, Licht und Laser heißt, alles geht, lang schon vor der Postmoderne, nur synthetisch muß es sein. Gut so. Jedem Tierchen sein Manierchen, und daß einer uns damit vorzüglich im Fernsehen belästigt, ist ihm auch kaum anzukreiden, es können schließlich nicht alle in Neuenfels-Berghaus-Zadeks genialischem Synthesetheater unterkommen.

&

Sehr seltsame Synästhetik: Wenn man Schuberts Liedvertonung des dreistrophigen Gedichts »Auf dem Wasser zu singen« von Stolberg mit hingerissenen Worten beschreiben möchte, kommt man ziemlich genau auf die euphorischen des Gedichts.

So soll's sein.

&

Die schönste Platteneinspielung von Schubert-Stolberg, die mit Rita Streich, ist leider vergriffen; die zweitschönste, mit Lucia Popp, wird grad verramscht. So geht's zu auf der Welt.

&

Keineswegs allzu heftig gefeiert, vom Kanzler Kohl mal abgesehen, wurde im März 1988 der 200. Geburtstag des Joseph Freiherr von Eichendorff. Ich will die gutmacherische Gelegenheit aus dem Wanderrucksack packen und hier wenigstens en passant (doch, nach diesem Textchen muß auch ich wirklich nach Italien hinunter) noch schnell auf die besten oder interessantesten Eichendorff-Vertonungen verweisen: Schumann, Liederkreis op. 39; Mendelssohns Liedvertonungen »Es weiß und rät es doch keiner«, »Laue Luft kommt blau geflossen« und »Nachtlied« (des Komponisten liebste Komposition); Hugo Wolfs Liedzyklus; Richard Straussens »Im Abendrot«, das letzte der »Vier letzten Lieder«; Othmar Schoecks Liedvertonungen; Hans Pfitzners Eichendorff-Kantate »Von deutscher Seele« – nein, nicht schrecken lassen, die ist viel besser als ihr Titel bzw. diese deutsche Seele ist bei Pfitzner-Eichendorff gar nicht so dumm, oder so ähnlich.

&

Nicht so sehr die schiere Schönheit des erreichten hohen Tons ist es; nicht einmal das artistischste Tremolo der Welt erklärt das Geheimnis; schon eher der Aufschwung der Stimme aus der Mittellage bewirkt sie, die bekannte Gänsehaut – aber ich vermute, das alles ist noch viel komplizierter, das überlasse ich besser den Fachleuten. Jedenfalls: Zu den wenigen Dingen, die den Menschen für (bis zu 10) Sekunden restlos glücklich machen können, gehören manche Töne des Tenors Carlo Bergonzi im As-B-Bereich. Gegen sie ist auf alle anderen Opiate und Religionen dieser Welt – voll ideologiekritisch – voll gepfiffen.

&

Es gehört zwar nicht in eine Musikkolumne; letztlich aber doch. Jedenfalls nicht nur war mir das Gekichere, welches durch deutsche Kennerkreise gackerte, viel zu unhörbar, sondern auch andererseits hat die nicht gelogene, sondern wirkliche Verleihung des Heinrich-Heine-Preises 1988 der wirklichen Stadt Düsseldorf an die wirkliche Dr. Marion Gräfin Dönhoff etwas in aller Halbwelthaftigkeit noch etwas viel Triumphaleres und in seiner Zombieskerie lemurisch Logischeres, als selbst die gleichfalls denkbare Kraus-Preis-Verleihung durch Gremliza an die 79jährige es je haben könnte.

Und dritterseits hört man, genau hingelauscht, zu all der wahrgeworden peinreichen Schmöckerei ja tatsächlich den kleinen gelben Mann im Ohre singen. Es klingt irgendwie wie... wie Heine-Schumanns Lied von den »Zwei Grenadieren«? Hm. . . nein . . . wie .. . ja, genau: Ravels Bolero im Verein mit der, laut Adorno, vor keiner Banalität zurückschreckenden Mahlerschen Siebten als der Gräfin Mariza unserer Zeit, helau.

Konkret 07/88, S 62

**Walter Boehlich**

# Polen hätt'ste erschießen sollen

**Schon kurze Zeit nach 1945 erlahmte der Eifer deutscher Gerichte, Verbrechen, die während der Nazizeit verübt wurden, zu verurteilen. Die Integration der großen und kleinen Braunen war viel zu wichtig. Damit eine Verurteilung nicht möglich wurde, half jeder jedem. Ärzte den Ärzten, Juristen den Juristen, Militärs den Militärs. Der Bundestag tat ein Übriges und half mit entsprechenden Gesetzen nach.**

Eben waren die Deutschen noch ein Volk von Mördern gewesen, bald auf Befehl, bald ohne Befehl, und dann verwandelten sie sich über Nacht in scheinbar kreuzbrave Biedermänner. Ihre Bilanz konnte sich sehen lassen: 6 Millionen ermordete Juden, 50.000 durch die Wehrmachtsjustiz Ermordete, annähernd 18.000 durch die normale Justiz Ermordete, 70.000 Euthanasie-Opfer, zu schweigen von den nie gezählten Toten in den innerdeutschen KZs, zu schweigen auch von den Hunderttausenden, die überall in den besetzten Ländern ermordet worden sind.

Verbrechen ohne Strafe. Verbrechen, die sich in jedem Verstande der Strafe entzogen. Kein Recht der Welt hätte da Gerechtigkeit herstellen können, aber es fragt sich, ob die Art und Weise, in der sich die wieder guten Deutschen nach 1945 mit den ehedem bösen Deutschen juristisch auseinandergesetzt haben, die einzig mögliche oder sogar die notwendige gewesen ist. Die Alliierten hatten ihnen die schlimmste Arbeit abgenommen. Im sogenannten Kriegsverbrecherprozeß sind 12 Todesurteile und 9 zeitige bzw. lebenslange Freiheitsstrafen verkündet worden. In weiteren Prozessen haben die Nordamerikaner 324, die Engländer 240, die Franzosen 104, andere westliche Länder 64 Todesurteile ausgesprochen, die aber keineswegs alle vollstreckt worden sind. Was in Polen, der Tschechoslowakei, Jugoslawien, der UdSSR geschah, ist im einzelnen nicht bekannt.

Auf jeden Fall ging das Morden weiter, oft blutiger als im besiegten Deutschland. Allein die Franzosen haben 4783 Todesurteile gegen Franzosen ausgesprochen, von denen rund 2000 vollstreckt worden sind. Auch ein Versuch, mit dem fertigzuwerden, was ohne die deutsche Besetzung nie geschehen wäre. Die Deutschen nun, als sie selbst Prozesse gegen NS-Täter führen durften, haben sich sehr anders verhalten. Zum einen haben ihnen mehr als vierzig Jahre nicht genügt, dieses entsetzliche Kapitel abzuschließen, zum andern haben sie eine vergleichslose Milde walten lassen. Die einen Deutschen jedenfalls. Während es in der kleinen DDR zu rund 13.000 Verurteilungen gekommen ist, sind auf dem Gebiete der Bundesrepublik zwar gegen über 91.000 Beschuldigte Ermittlungen aufgenommen worden, verurteilt worden sind von diesen allerdings nur rund 6.500, davon in den ersten Jahren 12 zum Tode.

Der Eifer, den die deutschen Gerichte vor allem 1948/49 zeigten, erlahmte bald. Die Integration der braunen Mehrheit wurde wichtiger als die Verfolgung der braunen Mörder. Niemand weiß, ob beides gleichzeitig zu haben gewesen wäre. Was man dagegen weiß, ist, daß jedermann seinesgleichen schützte. Die alten Militärs wären für die Bundeswehr nicht zu gewinnen gewesen, wenn man ihren alten Kameraden zu nahe getreten wäre. Die Juristen waren durch nichts zu bewegen, Juristen den Prozeß zu machen, die Ärzte exculpierten sich selbst. Der Bundestag tat ein Übriges, indem er für Amnestien, gewollte und ungewollte, sorgte und Gesetze erließ, die es dem Bundesgerichtshof ermöglichten, Verbrechen für verjährt zu erklären, die nicht hätten verjähren dürfen. Die Täter im Reichssicherheitshauptamt hörten auf diese Weise auf, Täter zu sein, und kamen ungeschoren davon.

Das Ergebnis waren immer weniger Prozesse mit immer milderen Urteilen. Da für freilich zogen die wenigen Prozesse sich in die Länge. Während 1962 von der Aufnahme der Ermittlungen bis zum milderen Urteil ungefähr dreieinhalb Jahre vergingen, waren es zwanzig Jahre später dreizehn Jahre – mit den bekannten Folgen: Erinnerungsschwächen der Zeugen, Verhandlungsunfähigkeit der Angeklagten. Das alles sah schon beinahe so aus wie eine nachträgliche Rechtfertigung oder Billigung der Mörder, sei es aus unbewußter Zustimmung zu den Morden, sei es aus bewußter Abwehr des Vorwurfs, die Deutschen seien ein Volk von Mördern gewesen. Lange Zeit wurden die NS-Verbrechen schlicht als Kriegsverbrechen bezeichnet, obgleich fast alle Verbrechen, die hätten verfolgt werden sollen, mit dem Kriege selbst wenig zu tun hatten und allenfalls im Kriege begangen worden waren. Die einen hatten gegen das Kriegsrecht verstoßen, die anderen waren nie durch ein Gesetz »legalisiert« worden. Der Führerwille genügte, denn, wie Carl Schmitt 1935 postulierte: der Führer ist das Gesetz.

Nicht viel, aber doch einiges hat sich geändert, nachdem 1958 die Zentrale Stelle in Ludwigsburg eingerichtet worden war. An diese Stelle wurde im April 1960 die Staatsanwältin Barbara Just-Dahlmann abgeordnet, weil sie des Polnischen mächtig war. Wenige Wochen später, eben 15 Jahre nach der Kapitulation, verjährten Totschlagsdelikte und in der Meinung vieler auch das Delikt der Beihilfe zum Mord. Eile war geboten. Frau Dahlmann begab sich an die Arbeit, die fünfeinhalb Jahre währen sollte und die das Leben der »Übersetzerin« nach ihren eigenen Worten total verändert hat.

Eher naiv und ahnungslos hat sie ihre Arbeit begonnen. Von dem, was in Polen geschehen war, wußte sie so gut wie nichts, aber als sie begriff, was nicht einfach geschehen, sondern getan worden war, verschrieb sie sich ihrer Arbeit mit Haut und Haaren. Sie verfolgte die Prozesse, die nach und nach stattfanden, und machte sich Gedanken über die Urteile, die

ergingen. Ihre Gedanken waren so einfach wie schlicht: sie wollte Strafe als Antwort auf Verbrechen, und sie wollte, daß diese Strafe sich auf die übliche Strafpraxis reimte. Genau das aber war ihrer Meinung nach nicht der Fall, da die Gerichte, wo immer sie konnten, nicht auf Mord, sondern auf Beihilfe zum Mord erkannten, und außerdem nach Möglichkeit das geringste Strafmaß festsetzten. Zwar wäre es dem Buchstaben nach möglich gewesen, darauf besteht sie, auch Beihilfe zum Mord so streng zu bestrafen wie Mord, es blieb aber fast immer bei der Mindeststrafe von drei Jahren für einen Mord.

Da war zum Beispiel das Schwurgericht Gießen, daß eine Erschießungsaktion in Polen zu verhandeln hatte: Beihilfe zum Mord in wenigstens 162 Fällen. Alle drei Angeklagten wurden zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, für den jeweils ersten Mord. Für die übrigen 161 Morde wurde die Strafe um 3, bzw. 6, bzw. 9 Monate erhöht. Etwa zur gleichen Zeit wurde Vera Brühne wegen Mordes zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Damals erschien eine Karikatur von einem SS-Mann und Frau Brühne mit der Unterschrift: 'Polen hätt'ste erschießen müssen, dann wärste billiger weggekommen'.

Solche Disproportionen sind es, über die Barbara Just-Dahlmann nicht hinweggekommen ist. Sie und ihr Mann haben einen jahrelangen, sehr einsamen Kampf darum geführt, daß Schluß gemacht werde mit der »Gehilfenrechtsprechung«, und sie haben diesen Kampf umständlich und mit vielen Wiederholungen dokumentiert. Ihr Buch enthält vor allem Vortragstexte, Briefe, Zeitungsberichte, Protokolle, Materialien eines verzweifelten Bemühens, die Kirchen, die Strafrechtslehrer, die Fachzeitschriften auf das aufmerksam zu machen, was vor sich ging. Das Echo war gering; alles, was sie erreicht haben, ist die sogenannte Königsteiner Entschließung, deren wichtigster Satz besagte, daß die Mitverantwortung der Gesellschaft für die geschehenen Verbrechen nicht dazu führen dürfe, daß gegenüber diesen Taten unangebrachte Milde geübt werde. Auch diese Entschließung hat an der Praxis der Gerichte kaum etwas geändert. Alles blieb, wie es gewesen war.

Der Biedersinn, mit dem Barbara Just-Dahlmann und Helmut Just ihre Thesen vortragen, kann für sie einnehmen, weil sie durch die Opfer motiviert sind und nicht durch das abstrakte Recht. Es gibt keinen Zweifel für sie, daß so ungeheure Verbrechen bestraft werden müssen, denn Verbrechen werden nun einmal bestraft. Um das zu belegen, führen sie immer wieder Beispiele für die Strafmaße bei nach 1945 begangenen Taten an, aus denen hervorgeht, daß die einen für einen Mord mit zehn Minuten, die anderen aber mit zehn Jahren Haft bestraft worden sind, Sie fragen nie danach, was der Sinn der einen, was der Sinn der anderen Strafe sein soll, ob von den NS-Tätern noch eine akute Gefährdung der Rechtsordnung ausgeht, ob sie nicht längst »resozialisiert« sind, wie Strafe rechtsethisch in diesen Fällen überhaupt begründet werden kann. Es hat niemand mehr Angst gehabt vor den braunen oder schwarzen Mördern, niemand hat sich mehr durch sie bedroht gefühlt, ihre Verbrechen waren so unbegreiflich, daß das Prinzip des Strafens vor ihnen versagen mußte. Was dann also? Rache? Vergeltung? Talionsrecht? Bestraft eine Gesellschaft, was sie nicht fürchtet? Bestraft sie um so härter, je

mehr sie Angst hat? Die kriminelle Vereinigung der SS also möglichst nicht, die RAF dagegen möglichst hart? Die Mordgehilfen, die ihrem Wesen nach mehr Täter als Gehilfen waren, milde, den Straßenräuber aber hart?

Das Aufrechnen: hier so, da so, klärt nichts, solange man die Gesellschaft, die straft, und die Motive, aus denen sie straft, aus den Augen läßt. Die wenigen und immer gleichen Beispiele, die das Buch über die »Gehilfen« anführt, sind zudem eine unsichere Grundlage. Sie sind zufällig, wenn auch nicht untypisch. Wer die Rechtsprechung in NS-Prozessen analysieren will, wird nicht darum herumkommen, das Monsterwerk »Justiz und NS-Verbrechen« auszuwerten, in dem sämtliche Urteile über nationalsozialistische Tötungsverbrechen erfaßt sind, in mehr als 20 Bänden. Es erscheint in den Niederlanden und wird, wenn auch mit deutscher Unterstützung, von holländischen Juristen herausgegeben – eine Tatsache, die ziemlich nachdenklich stimmt. Darauf hat sich das Ehepaar Just, mit anderem beschäftigt und an anderem interessiert, nicht eingelassen. Solange ein anderer diese Arbeit nicht auf sich genommen hat, wird man mit den »Gehilfen« vorliebnehmen müssen, ein wenig unwillig, ein wenig enttäuscht und sehr unbefriedigt.

*Barbara Just-Dahlmann/Helmut Just, Die Gehilfen. NS- Verbrechen und die Justiz nach 1945. Athenäum, Frankfurt 1988, 326 Seiten, 38. – DM.*

Konkret 07/88, S 64

**Dietrich Kuhlbrodt**

# Affäre Aldo Moro

**Aldo Moro, Parteipräsident der Democrazia Christiana, wird am 16. März 1978 von den Roten Brigaden entführt. Am 9. Mai wird er erschossen aufgefunden – in einer Seitenstraße Roms, die die Zentralen der kommunistischen und christ-demokratischen Parteien verbindet. Der Tod Moros beendet den Versuch eines historischen Kompromisses zwischen diesen beiden Parteien. Zehn Jahre später hat Giuseppe Ferrara über diese 55 Tage andauernde Entführung einen Film gedreht, einen dramatischen Krimi, der Authentisches und Erfundenes vermengt und den Politiker Moro zum einsamen, gütigen Menschen macht, der von den wilden, instrumentalisierten Brigadisten gefangengehalten wird. Eine zugerichtete Geschichte, die niemandem weh tut**

Ein journalistisches Spektakel. Verzweifelt klopft der Eingeschlossene an die Mauern um ihn her, und draußen jagen die Reporter nach Nachrichten. Gelingt die Bergungsaktion? Wird alles getan, um den Verunglückten zu retten? Es wird nicht alles getan. Das gibt übergenug Anlaß, Statements einzuholen und Kommentare zu verfertigen, auch ist eine Sondersendung im Fernsehen angezeigt. Verschütt gegangen ist allerdings nicht die Schicht im Bergwerk Borken, sondern Parteipräsident Moro im Volksgefängnis Rom. Ein Medienspektakel. Der Film »Die Affäre Aldo Moro« ist in vorderster Linie dabei, die ganze Zeit, vom 1. bis zum 55. Tag der Einkerkerung. Und er schlägt alle Konkurrenten. Denn es gelingt ihm, in die Zelle vorzudringen, zu Moro, dem Chef der Christdemokraten, und zu den Brigadisten, die ihn verhören. Die Personen kommen ins Bild und die wesentlichen Sätze ins Mikrofon.

Zwar hat der Film, neun Jahre danach, die historischen Szenen nachgestellt und mit Akribie das berühmte Foto, das Moro unter der Fahne der Brigate Rosse zeigt, in eine Spielfilmhandlung überführt. Aber der Einwand zählt nicht. Die Simulation ist so perfekt, daß sie als solche nicht mehr wahrnehmbar ist. Hektisch folgen die Einstellungen aufeinander, so kurz wie möglich, ein Satz hier, ein Satz dort, und die Stimme des Reporters überschlägt sich; dazwischen Videomaterial, Ausschnitte aus TV-Nachrichtensendungen; ob authentisch oder nicht, ist ohne Belang. Denn die journalistische Perspektive des Films macht aus Spielszenen und Dokumenten das Gleiche: Nachrichtenmaterial. »Die Affäre Aldo Moro« hat den Blick von Außen. Was läßt sich verwerten?

Verwerten möchte der Film, guter Absicht voll, das recherchierte und inszenierte Bild- und Ton-Material, um einige interessante Thesen zum Hintergrund des Falls Moro zu belegen. Da dies jedoch nur verbal geschieht und Talking Heads nicht eben attraktiv sind, geht die Aufmerksamkeit vor allem dahin, wo den Sinnen etwas geboten wird. Zum Beispiel zur Musik (Pino Donaggio), die immer wieder dramatisch eingreift (gern Streicher und Schlagzeug), aber zu nichts anderem als zu den letzten Dingen führt, die etwa zum Sinnieren über »Treue« und »Verrat« Anlaß geben. Ja, Aldo Moro sinnt in seiner Zelle genau darüber nach, – er, der seinen Christdemokraten treu war, die ihn nun in seiner Zelle sitzenlassen und verraten. Gespielt wird er von dem großen Schauspieler Gian Maria Volonté, und das ist die Attraktion des Films, die allerdings leider die redlichen, aber blassen intellektuellen Bemühungen des Regisseurs, Thesen zu erarbeiten, in den Schatten stellt. Volonté macht den Politiker Moro zum Menschen, zum Leidenden, zum Opfer – und alle anderen zu Tätern, zu Wölfen. Das Märchen »Der Jäger und die Wölfe« hatte er noch rechtzeitig vor der Entführung seinem kleinen herzigen Enkel vorgetragen. So viel auch Politika in diesem Film herumrennen, agieren und konferieren, Volonté spricht in der Rolle des Moro, des gütigen, sympathischen, menschlichen, eine andere Sprache: die Sprache des Herzens. Es ist die Hauptrolle, und Volonté bekam dafür auf den Internationalen Filmfestspielen Berlin einen Silbernen Bären als bester Darsteller.

Die Schauspielkunst des Moro-Darstellers ist eindrucksvoll, aber eindimensional und entpolitisierend. Sicherlich ist es der nicht zu übersehenden Naivität des Regisseurs Giuseppe Ferrara zu verdanken, seinen Film mit dem in Italien sehr bekannten Namen Volontés zu schmücken. Nicht nur Cineasten ist der Schauspieler aus den edelsten der italienischen Filme bekannt. Jedes italienische Kind ist mit ihm aus unzähligen Fernsehfilmen vertraut. Freilich kennen wir hier nicht das spezifisch italienische Genre des politischen Fernsehfilms, der den authentischen Hintergrund mit TV-Stars bevölkert. Und solange wir hier auf den heimischen Monitoren keinen Spielfilm über die Affäre Uwe Barschel sehen können, sollten wir die Plakativitäten und Sentimentalitäten der »Affäre Aldo Moro« nicht scheuen, um etwas über den politischen Hintergrund des Falles zu erfahren.

Gesagt wird dazu vieles, vornehmlich andeutungsweise. »Die Affäre Aldo Moro« ist ein Dialogfilm. Laut und vernehmlich lassen sich lediglich die Brigadisten hören, protokollgerecht reden sie ihren Gefangenen mit »Herr Präsident« an, schätzungsweise hundertmal im Film. Nachdem uns gut bekannten Muster »Um 10.40 wird zurückgschossen« lassen sie Sprüche ab wie »Wir sind im Krieg, Herr Präsident! Sie sind im Volksgefängnis! Wir haben mit dem Angriff auf den Staat begonnen ! « Aber sie sind keine Menschen, auch wenn dem einen die Stimme einmal zittert, sondern nützliche Idioten und nur Vordergrund, denn sie spielen das Spiel der eher anonymen Mächte, die mit ihrer Hilfe den unbequemen Politiker Moro loswerden wollen. Die Brigadisten arbeiten nämlich dem ISM in die Hand. Dem ISM? Wir erfahren in Synchrondeutsch, daß es sich dabei um den Internationalismus der multinationalen Konzerne handelt. Und daß die Roten Brigaden, nur den bewaffneten Kampf im Auge, den politischen Hintergrund nicht zu durchschauen vermochten.

22 Brigadisten sitzen nach der Hinrichtung Moros in lebenslanger Haft, und sie entrüsten sich über die Aussage des Films. Regisseur Ferrara hat sich denn auch in einem Interview mit Franca Magnani, jetzt im deutschen Fernsehen ausgestrahlt, beeilt, den Verurteilten zu versichern, daß sie nicht instrumentalisiert worden seien – mit der für ihn und seinen Film bezeichnenden formalen Begründung: »weil sie autonom sind«. Die absurde Exkulpation ändert jedoch nichts an der in Frageform vorgebrachten Behauptung des Films – und dafür liefert er einige Indizien – , daß den unterschiedlichsten politischen Kräften die Rückkehr Moros aus der Brigadistenhaft unerwünscht war. Weswegen der Dialog mit den Terroristen verweigert, ihre Forderungen ignoriert und der Tod des Häftlings in Kauf genommen wurde. Also wer? Die Roten Brigaden brauchen die Hinrichtung explizit – zwecks Stabilisierung der ins Wanken geratenen »Kolonnen« (synchrondeutsch); immerhin ist dies nur eine Mehrheitsentscheidung, gefällt während hochdramatisch die Polizei bereits den konspirativen Treff umstellt hat, viel Blaulicht flackert und das Käsebrötchen ungegessen bleibt. Auch Moro verschmäht das Weißbrot, das gleich drauf groß ins Bild kommt, denn ihn schmerzt der Verrat seiner christdemokratischen Parteigenossen: »Macht verliert Berechtigung, wenn sie unmenschlich wird«, erkennt er. Aber wir haben noch mehr: die KPI, die Nato, CIA, Pentagon, ISM nicht zu vergessen, Bonn, Zion und den Teufel.

Um mit dem letzten anzufangen, Moro selbst kommt es vor, »als ob der Papst selbst Teil eines unergründlichen teuflischen Plans ist«, denn Paul VI. entschied sich angesichts der Alternative von Staatsräson und Menschlichkeit dafür, gegenüber den Forderungen der Terroristen standhaft zu bleiben. Die »einfache und bedingungslose« Freilassung Moros verlangte seine Heiligkeit von den Roten Brigaden. Damit besiegelte er das Schicksal des Opfers. Nun zu Zion. Auch hier legt der Film die argumentative Spekulation raffinierterweise in den Mund des verstorbenen Moro (wie er auch sonst eigene Erklärungen und Statements gern von Dritten zitieren läßt: sie werden dadurch zu journalistisch verwertbarem Material). Moro also spekuliert in seiner Zelle, daß die von ihm eingeleitete pro-arabische Öffnung beanstandet wird, weil dadurch die Nato sowie Israel nicht zu den gewünschten »Stützpunkten«, nämlich den »Landungsplätzen« in Sardinien kamen; wie sollten die Natopartner daher rasch den Israelis zu Hilfe eilen können? Moro bestätigt damit indirekt die Kriegstheorie der Roten Brigaden, die zwar nicht ausdrücklich von Israel sprechen, aber mindestens bei uns wird der bekannte Satz aktiviert »Die Juden haben Deutschland den Krieg erklärt«, wenn der Brigadist im Film plakativ seine Motivation mit der Feststellung erläutert: »Das Kapital hat der Arbeiterklasse den Krieg erklärt«.

Von der Rolle Bonns und seiner Geheimdienste hätten wir in diesem Film gern etwas Genaueres gehört. Der Film beläßt es beim name dropping und vagen Andeutungen. Sind nicht in der Bundesrepublik zuvor zwei Häftlinge aus Gründen der Staatsräson in ihren Zellen zu Tod gekommen – so wie Moro aus den nämlichen Gründen dem gleichen Schicksal überlassen wird? »Aus den gleichen Gründen«, sagt der Brigadist, »wie Bader und Meinhof sich in ihren Zellen in Stammheim umgebracht haben, hätten wir Sie, Herr Präsident, zum Selbstmord zwingen können«. Aber die Roten Brigaden ziehen das förmliche Verfahren vor und vollstrecken ein Urteil des »Volksgerichtshofes«.

Weitere konspirative Macht der Verschwörung, der Aldo Moro zum Opfer fallen wird: Pentagon-Nato. Sie wollen mit dem DC-Chef denjenigen wegräumen, der die Partei politisch nach links geöffnet hat und die KPI an der Regierung beteiligen wird. Und Berlinguer selbst, staatsbewußter als der Staat, die Realisierung des compromesso storico vor Augen, formuliert die bekannten Berührungsängste: kein Kompromiß mit den Terroristen, »wir lassen uns von den Roten Brigaden nicht einschüchtern«.

Im Gerede dieses Films verdüstert sich der Hintergrund der Aldo-Moro-Affäre, die zu erhellen doch Anliegen des Films gewesen war. Der Vorsatz, Reportage und Faktensammlung sein zu wollen, steht dem von vornherein entgegen. Ihren Ausdruck finden auch die Roten Brigadisten nicht. Sie sind zu Zitatenträgern und Stichwortgebern degradiert, verbiesterte Intellektuelle neben dem Mann des Herzens, Held und Opfer dieses Films. Ja, Moro will eine Bibel in der Zelle haben und eine Audiokassette, auf der die heimatliche Messe aufgenommen ist. Genau das bringt die bunte Faktenschau heraus, und das ist wenig, aber etwas fürs Gemüt und einen großen Filmverleih.

Einmal rückt der Film ein Filmplakat ins Bild: Bertoluccis Letzten Tango. Ein fataler Vergleich für den Film »Die Affäre Aldo Moro« . Denn Bertolucci hat in dem Film, der dem »Letzten Tango« folgte, den historischen Kompromiß zwischen dem Partito Comunista Italiano und der Democrazia Cristiana zum Gegenstand eines Großwerks gemacht und ihm Form und Ausdruck gegeben: in »Novecento«, gedreht in den Jahren, in denen Aldo Moro Politik machte, 197676. 1978 war Aldo Moro tot. In Ferraras Film wird er jetzt auch politisch erledigt. Der Papst selbst hält die Totenmesse, und uns werden zwei unterhaltsame und besinnliche Stunden erlaubt: Wie war das denn noch, seinerzeit vor einem Jahrzehnt? Jaja, was 1978 Kraft, Kampf und Stärke war, ist jetzt journalistisch sauber zugerichtet, und es tut keinem mehr weh.

Konkret 07/88, S 68

**Hermann Peter Piwitt**

# Piwitts kleines Feuilleton

Einer der geschicktesten Titel der Jahre: »Die unerträgliche Leichtigkeit des Seins«. »Sein« ist angesagt immer, wenn es für viele von Vorteil ist, etwas auf das Leben selbst herauszureden, was sie andernfalls sozial zu verantworten hätten. Das eint den christianisierten Ex-Nazi der 50er Jahre mit dem Yuppie der 80er. Wie es ist, ist es eben. Hauptsache, daß vorerst keiner mehr dran dreht und uns dabei womöglich auf die Schliche kommt. Und wenn es dann noch leicht ist, leicht und lässig...! Und womöglich diese Leichtigkeit noch »unerträglich« . . ! Und die Roten dazu noch schön gruselig dräuen im Hintergrund: also, wenn das nicht putzt!

Dabei enthält das Buch eine hübsche Liebesgeschichte. Und hier und da Vermischtes zum Nachdenken. Ich mag dies und das daran. Aber ich mag auch, wie Brahms den Johann Strauß gemocht hat...

*

Sehen kann ich es nicht, das alte Ehepaar, das im Großraumwagen schräg hinter mir sitzt, nur hören, während über den Lautsprecher »Göttingen« angesagt wird.

»Göttingen... Da wächst am Dom der tausendjährige Rosenstock. 30 Meter hoch. Wenn der mal blüht. . ! Ja, Göttingen. . . Da wohnt der ehemalige Chef der Spionageabwehr, Professor Dr. Dr. . . Wie hieß er noch gleich? 83 Jahre ist der alt. War zuständig für Verhöre und alles.«

»Ei, und *den* hast Du gekannt?« »Freilich hab' ich den gekannt.« »Ja, und nu' ist alles vorbei.«

»Ja, nu... Aber 83! Und fährt noch Auto!«

*

Demut und das Knie gebeugt vor Barbra Streisand, wie sie mit Fleiß Schumanns »Mondnacht« einfach nachsingt, nein, aufsagt, nachgerade; mehr noch: ein paar mächtige Tränen zerdrückt. So demütig wünschte man sich denn doch auch mal wieder Shakespeare, Kleist auf Bühnen nachgespielt. Glatt noch mal breitschlagen ließe ich mich zur Anschaffung einer Zweit-Hose, fürs Theater.

*

Herr Unbekannt! Mit dem anthroposophieverdächtigen leichten Basedow, der Sie mir kürzlich im ICC Richtung Würzburg, nachdem ich mich mit einer Zigarette auf den Gang begeben hatte, aus dem Nebenabteil bedeuteten, ich möge mich ein paar Schritte weiter bequemen, der Rauch zöge durch das geöffnete Lüftungsgitter, – Herr! Sie haben mich – seit 30 Jahren 10 Zigaretten pro Tag und nur Hasch auf Lunge – unwiderruflich zum militanten Raucher gemacht. Und damit das klar ist: Von hier und heute an wird zwar nicht zurückgeschossen, aber jeder Versuch einer weiteren Vernichtung alter schöner Rauchkultur, wie sie Telemann mit dem unvergeßlichen »In allen Lexicis und Wörterbüchern ist doch kein schöner Wort als Tobak« besang, jedes weitere Erdreisten, altes indianisch-preußisches Brauchtum endgültig auszulöschen, unnachsichtig mit mindesten einer 11., wenn nicht einer 12. Zigarette gekontert.

Und wem's nicht paßt an mir, der soll sich verpissen.

Sollten der Republik Zigarettenhersteller in Zukunft aber dem Beispiel Jan Philipp Reemtsmas folgen und etwas von ihrem Mehrwert für gute Zwecke rüberschieben, es wäre – versprochen! – eine 13., ja eine 14. drin.

*

Was immer der Rechten und dem Kapital die Zukunft sichert: man kann in der Regel davon ausgehen, daß irgendwelche Leute sich irgendwann besonders links dabei vorkamen, als sie sich's ausdachten. Wenn ich bedenke, wie als Elitärer einer dastand, der in den 70er Jahren darauf beharrte, daß das Wort »Kommunikation«, wie es damals jeder Sozial-Knilch im Munde führte, einen Scheißdreck meint. Aber es kam ja noch schlimmer: »Netzwerk«, »Vernetzung«! Und schon waren sie alle all' dor und hauten ihre Knoten hinein bis hin zu, heute, Philip Morris, nun auch mit einer eigenen Illustrierten:

»... Frei nach MICHEL FOUCAULT bietet Philip Morris News ein Netz von Informationen, das seine Punkte verknüpft und sein Gewirr durchkreuzt. Mal schrill und schräg, hier wichtig, dort witzig, ob elegant oder extravagant – das Spektrum ist offen und weit gefaßt. Spaß an der Abwechslung – ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Alle sechs Monate.«

Ich meine, ich lasse ihn mir ja gern noch mal zerstreuen, den Verdacht, daß einer heute schon bis tief in die Fränkische Schweiz fahren muß, um noch mal auf ein paar Achtzehnjährige zu stoßen, denen nicht immer schon der Riesmansche Radar aus der Birne schaut. Aber bis dahin gilt Satz I der Kommunikationslehre: Wo die Vernetzung total ist, da ist der Arsch der Welt.

Apropos, Michel Foucault, wie Sie es hätten verhindern können, daß – wo Sie kaum tot sind – schon eine Zigarettenfirma mit Ihnen wirbt? Einfach beim Grübeln noch einen Zahn zulegen!

*

Aus dem »Lesebuch der 1000 Mißverständnisse zwischen den Geschlechtern«:

1. »Du liebst nur meinen Körper!« »'Nur' ist gut...«

2. »Er war nur ein Mann fürs Bett. Schnell vergessen!« »'Nur' ist gut! Ich kann mich an hundert Frauen erinnern, mit denen ich im Bett war. Und *nur* an sie!« »'Nur' ist gut.«

*

Im Fernsehen »Duell in Gunhill« mit Gregory Peck. Was ist Kino? Wenn nachts bei Regen die Sonne scheint.

*

»So eigensinnig widersprechend ist der Mensch: Zu seinem Vorteil will er keine Nötigung, zu seinem Schaden leidet er jeden Zwang.« Goethe, in: Maximen und Reflexionen.

*

Der »Kapitalismus mit menschlichem Gesicht«, den wir haben, ist für einen Landlosen in Brasilien, Bangladesh oder den Philippinen eine entsetzliche Sache. Das Wissen darüber ist nicht sehr verbreitet. Fast ein öffentlicher Konsens wurde dagegen in den vergangenen Monaten darüber hergestellt, daß er sein »menschliches Gesicht« ganz wesentlich den Ereignissen von '68 mitverdanke, mithin der ersten gelungenen bürgerlichen Rebellion in Deutschland. '68! Nicht natürlich den 68ern. Die sind ätzend. Heuchlerisch, wo sie sich angepaßt haben. Weinerlich, wo sie nicht Ruhe geben. Und am beliebtesten als Helden, also tot.

Als Held gilt auch der Pole. Und Polinnen sind alle Huren. Und KONKRET ist das »linke Männer-Magazin der ewigen 68-Ender«. So die sonst mir sehr liebe Viola Roggenkamp in »Emma«, dem Mitteilungsblatt des Dachverbandes Deutscher Eisenbahnerinnen.

Nie gelesen, Viola, was Piwitt 1969 geschrieben hat in KONKRET über die Flegeljahre des »sinnlichsten Kapitalismus, den es je gab.«? Nie all die Jahre auch nur ein Auge gegeben auf den Gedankenfluß, den der Herausgeber dieses Blattes dann in 5/88 – in den Kommentar »Müder Mythos« hat münden lassen?

Schwester, Schwester...

*

Zärtlichkeit, sorgende Neugier und Untröstlichkeit: das wäre die Dreifaltigkeit. Und da ziehen wir doch schon mal, bitte, den Hut, ja?

Die »Reise ans Ende Nacht« hat etwas davon. Und »Die Gärten im März«. Und Born, der Mann und seine Gedichte. Und der Brinkmann von »Westwärts 1&2«. Und. Und. Und so geht man vor die Hunde.

Konkret 07/88, S. 71

**Horst Tomayer**

# Tomayers ehrliches Tagebuch

### Liebes Kräutermännlein

### Lutz Kroth 2001

Von Deinem Standpunkt aus hast du recht: Nullwachstum beim Kräuterhandbücherversand ist Stillstand. Stillstand ist Stagnation. Stagnation ist Rückgang. Rückgang ist Ruin, Armut, Schande undsoweiter und vom Fenster weg. Deswegen liegst Du dem Anschein zuwider goldrichtig, wenn Du »Das Kräuterhandbuch für Hund und Katze«, »Das Kräuterhandbuch für Stall und Weide« und »Das Kräuterhandbuch für Menschen« für zusammen nur fünfzig Mark verschleuderst, obwohl du beim Einzeldeal ein Drittel mehr verdienen würdest. Aber Du sagst dir, wenn ich auf einen Schlag für die drei Kräuterriemen fünfzig Mark erlöse, dann kann ich davon gleich wieder Cembalokonzerte von Bach im 24er Pack für 99,90 nachpressen lassen und außerdem erwerbe ich fürn Rest die Rechte an der verschollen geglaubten matriarchalischen Aztekenbibel. Soweit so gut und zwar für Dich. Aber was mach ich? Null Hund, keine Katze und weit und breit kein Stall noch Weide. Von den Kräuterhandbüchern für die vier letztgenannten Einsatzgebiete hätte ich also nichts wie Unkosten. Und so gehts vielen. Sie dürfen kein Haustier halten vom Hauswirt aus, geschweige Stall und Weide. Nein, *Menschen* für Kräuter sind nicht im Fadenkreuz Deiner dynamischen Angebotspolitik, der süße Kelch der Rabattgnade des Kräuterdreieckpacks geht an uns vorüber. Hier, Kräutermännlein Kroth, wäre weniger mehr! Bedenke!! Nun zum Buch von Frau Doktor Kübler-Ross und daß es keinen Tod gibt. Vor Jahren saßen wir einmal in der Frankfurter Apfelweinschenke und disputierten über das menschliche Sein und ob man es erkennen kann. Ich sagte: Ich bestelle, also bin ich. Du erwidertest: Und ich versende, also bin ich auch. Rasch, erinnere ich mich, einigten wir uns dann darauf, daß das Leben im Großen und Ganzen ein einziges Bestellen und Versenden sei und daß, unbeschadet ob man zur mississippibreiten Masse der Besteller oder zur kleinen aber feinen Klasse der Versender gehört, nach dem letzten Atemzug nichts mehr auf den Postweg gebracht werden könne. Nun versendest Du dieses Buch von dieser Frau, wo drinsteht, daß es sehr wohl ein Bestellen und Versenden nach dem Tode gibt und daß man keine Angst haben muß. Kräutermännlein, Kräutermännlein! Erinnerst Du Dich nicht mehr, wie wir damals in der Apfelweinschenke uns geschworen, nichts so sehr zu fürchen wie den Tod?! Erinnere!

### Titelschutz

Für die Ökofarce »Nordsee« beantrage ich unter dem Titel »Mare caccatum« (Meer der Scheiße) Copyright.

### O, daß euch doch der Big Blitz streifete!

In der der Straßenfestsozialdemokratie nahestehenden Hamburger »Morgenpost« fand ich dieses von postwilhelminischlaunigen Sprachbildern wie »Vater des ersten Fahrradzuges der Bundeswehr«, »Strampel-Truppe«, »Trettruppe«, »moderne Pedalritter«, »Stahlrösser« und »Drahtesel« gerahmte Bild. Ich erinnere mich an die bayerische Volksschulzeit gleich nach dem Krieg, wo man wegen geringerer Ausdrucksschwierigkeiten vom Lehrer eine ansatzlos geschlagne Rückhand geschossen kriegte, daß die Nase suppte. Im Zuge der Adenauerschen Restauration wurde dann leider die Prügelstrafe für Journalisten abgeschafft. Nun bleibt in Fällen wie diesem nur der Wunsch nach dem III. Weltkrieg. Der ist auf den ersten Blick vielleicht nicht besonders originell, läßt aber auf den zweiten Blick vielleicht nichts zu wünschen übrig. Mir jedenfalls geht ein gewaltiger Schadenfroh ab bei der Vision, daß diese modernen Pedalritter von der unter Führung eines Vaters stehenden Tret-, bezugsweise Strampeltruppe, die grad noch unter Mißachtung der StrVO freihändig (!) aus dem Sattel ihrer Stahlrösser resp. Drahtesel geschossen, vom Big Blitz derart radikal aus der menschlichen Landschaft entsorgt werden, daß sie nicht die Spur einer Silhouette im kochenden Asphalt hinterlassen. Und auch der Schmierfink, der die Verhurung des genuin friedfertigen Werkzeugs Fahrrad an den Moloch Militär so metaphernselig betreibt, hätte von nun in alle Ewigkeit ausgepfiffen.

Konkret 07/88, S 74

**Hermann L. Gremliza**

# Gremlizas Express

Grußanzeige aus der Boulevardzeitung einer Weltstadt:

*Mitchi Stüve hatte Geburtstag! Wir gratulieren Puschelohr, High-Tech-Gila und Elke-Hasi*

Atari, Atari! Mors, Mors!

Einmal in der Woche ruft der liberale Wirtschaftsredakteur nach

*Weniger Staat!*

Und einmal in der Woche betet der liberale Leitartikler vor:

*Der Staat, das sind wir alle.*

Ist das nicht eine Dreisatz-Aufgabe von bezwingendem Charme?

Friedrich Karl Fromme trauert um die toten Bergleute von Borken:

*Der Berufsunfall ist eine regelmäßige Erscheinung in einer Industriegesellschaft.*

Im Bergwerk ist das Kohlenmonoxid, in den Verlagsräumen der »Frankfurter Allgemeinen« vielleicht ein wackliger Redakteursstuhl oder eine brüchige Klobrille die Regel: Gefahren lauern überall.

Lachen mit der DKP:

*Für 50 Pfennig kann man am Stand der DFG/VK abrüsten. Soviel kostet ein Stück von der leckeren Rosinenrakete. Den Realitäten entsprechend ist die Abrüstung auf der sowjetischen Seite schon weiter fortgeschritten als am US-Ende. Das Messer fiel offenkundig auch schon unter die Abrüstungsbestimmungen: Es ist ziemlich stumpf.*

Den Realitäten entsprechend.

Der neue Hamburger Sozialsenator Ortwin Runde, der dem linken Flügel seiner Partei zugerechnet wird, hat in einem Interview unumwunden bekannt:

*Ich bin ein proletarischer Humanist.*

Eines mut'gen Mannes Wort sollt' man wohl lassen stehn – und doch: Auf dem Weg, den die Erwägungen des Herrn Runde genommen haben, bis er, am sozialistischen Demokraten, am engagierten Linken, am humanistischen Sozialisten, am sozialistischen Radikalhumanen, am demokratischen Linkssozialisten und an anderen, mal dem Landesamt für Verfassungsschutz, mal der Delegiertenversammlung, mal der Lokalpresse verdächtigen Bekenntnissen vorbei, schließlich zum proletarischen Humanisten sich durchgewurstelt hatte – auf dem Weg hätte man ihn gerne begleitet. Und zu Fall gebracht.

Die »FAZ« schluchzt über Rußland:

*Dort hat das Volk nur einen historischen Atemzug lang (von 1905 bis 1917) Bekanntschaft mit der aufgeklärten Monarchie gemacht. Das war zu kurz zum Eingewöhnen und zum Fortschreiten,*

und nur lang genug zum Davonlaufen.

*An späteren Entwicklungsstufen der europäischen politischen Kultur haben die Russen nur aus der Ferne teilgenommen.*

Obwohl speziell die an Frankfurter Zeitungen für die europäische politische Kultur Schaffenden nichts unversucht gelassen haben, die Distanz überwinden zu helfen, und es auch tatsächlich einmal bis auf wenige Kilometer vor Moskau geschafft haben.

Ökokatastrophe in der »taz«:

*Seehunde – unsere Brüder im Meer . . . Seehunde sind nicht nur geschmeidige Schwimmer, sie können auch im Wasser stehend bei beträchtlichem Wellengang »vögeln«, was »einwandfrei beobachtet« wurde... Wahre Künstlerlnnen!*

Das kann die Qualle, die durch das Weltmeer segelt, bekanntlich nicht. Sie ist darum auch nicht des »taz«-Redakteurs Schwester im Meer. Oder sagen wir so: Er will von dieser Verwandtschaft nichts wissen.

In der Illustrierten »Stern« ruft Bruder Michael Jürgs nach Rache:

*Nordsee – Mordsee: Jagen wir die Mörder!*

Au fein, ich bin zu gern dabei, wenn Dick das Steuer herumreißt, Doof einer Sahnetorte begegnet und ein Liberaler radikal wird. Immer fängt er an mit den Anfängen, denen zu wehren ist:

*Keiner soll sagen, er habe es nicht wissen können. Keiner soll so tun, ob Minister oder Bauer, er habe damit nichts zu tun.*

Daß keiner so tun soll, er habe damit nichts zu tun, kommt von der Aufregung. Die zittert nach:

*Sterbende Robben erregen das Gemüt, Fische mit blutigen Geschwüren nur Ekel. Die Verursacher aber sind dieselben Verbrecher.*

Die Verursacher des Ekels sind natürlich nicht die Fische mit den blutigen Geschwüren, sondern vielmehr:

*Die Namen der Zuständigen sind Schall und Rauch.*

Wie in jedem guten Krimi kennt man die Verbrecher zu Beginn noch nicht. Suchen wir sie:

*Die Namen der Zuständigen sind Schall und Rauch. Welche Chemiefirma welchen Dreck in den Rhein geleitet hat, welches von den Ackern geschwemmte Düngemittel in welcher Dichte Algen sich vermehren und Tiere sterben läßt, all das ist kein neues Thema.*

Man kennt also die Verbrecher? Sie heißen Schall & Rauch AG? Oder einfach Schall und Rauch? Allein im Hamburger Telefonbuch gibt's 22 Schalls und 103 Rauchs. Bringt uns das weiter?

*Die Chemiefirmen, die Dreck ableiten und verklappen und die Bauern mit Dünger beliefern, der das Wasser sterben läßt, weckt ein Boykotts sicher auf. Sie stellen ja auch eine Menge anderer Produkte her als die, die unsere Umwelt vergiften. Und wenn ein paar Millionen »Stern«-Leser den entsprechenden Firmen schriftlich mitteilen, daß sie ab sofort nicht mehr kaufen, wenn dann in den Bilanzen schwarz auf weiß nachzulesen ist, daß dies keine leere Drohung war, dann wird sich etwas ändern. Versuchen Sie es mal.*

Jürgs macht es ganz schön spannend. Ob er die Namen der Mörder noch verrät? Oder ob er darauf vertraut, daß die Millionen Leser sich selber die Adressen der Verbrecher aus dem Anzeigenteil des »Stern« nicht heraussuchen? Es sei, sagt er, nicht so, daß

*Schuld nicht namentlich gemacht werden kann. Wir sprechen von Mord, und wir wollen von Mördern sprechen... Wenn durch Menschenhand andere Lebewesen schlicht zerstört oder ausgerottet werden, wird es Zeit, zurückzuschlagen... Treffen wir sie da, wo es ihnen weh tut... Jeder hat begriffen, daß heute die Robben sterben und morgen wir. Es geht also ums Überleben. Und da, meine ich, sind alle Mittel erlaubt.*

Vom Aufregen bis zum Briefschreiben an unbekannte Adressen, selbst vorm Parken im Halteverbot würde Jürgs gegebenenfalls beim Zurückschlagen nicht zurückschrecken. Denn, sagt er,

*in Gefahr und Not bringt der Mittelweg den Tod. Lassen wir also unsere ohnmächtige Wut, unsere traurige Empörung nicht in Resignation verenden, da ja eh nichts zu ändern ist. Emigration ins Private gilt nicht. Verwandeln wir die sogenannte »Betroffenheit« in Treffsicherheit. Die Ziele sind klar, viele Methoden denkbar.*

Viele Ziele sind denkbar, die Methode ist klar: Jagen wir die Mörder – und sehen wir zu, daß wir sie nicht finden. Gut aufgeregt ist halb verdrängt.

Aus der Farbanzeigen-Beilage der »Frankfurter Allgemeinen«:

*Warum hat der deutsche Widerstand in der Welt so wenig Prestige? Weil es kein antifaschistischer Widerstand war... Die edlen Konservativen wollten im letzten Augenblick noch retten, was die unedlen im ersten schon preisgegeben hatten.*

Was ist denn das? Und dies?:

*Man begegnet gelegentlich Herren im besten Alter, schlank und gutgewachsen, erfolgreich und herrischen Blicks, und erfährt, sie waren als Kinder Napola-Zöglinge, haben sich aber längst zu prächtigen Demokraten entwickelt. Nur wenn man die Augen schließt, sieht man sie plötzlich in einer bestimmten Uniform.*

Wie kriegt man sowas in einer Zeitung unter, die von deutschen Konservativen gemacht wird und von Antifaschisten nur mit geschlossenen Augen ganz zu verstehen ist? Indem man jahrelang jenen edlen Scheiß schreibt, den die Unedlen so schätzen? Ist der Preis nicht ein bißchen zu hoch, Johannes Gross?